

Kardex-Kontrolle

20 JAN. 1951

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Anzeiger

Z
Sa 4

GEO POLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT

WELTPOLITIK &
WELTWIRTSCHAFT

VIII. JAHRGANG

6.

HEFT / JUNI 1931

KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.



SOWJET-RUSSLAND

Jahresplan / Die autarke Wirtschaft / Weltwirtschaftliche Verflechtung
Verkehrspolitik / Nationalitätenprobleme / Die asiatische Großmacht

MIT BEITRÄGEN VON

Professor Dr. K. Haushofer, A. W. Just, Dr.-Ing. H. Saller
Dr. J. Semjonow, Dr. R. von Ungern-Sternberg

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgeber für den INDOPAZIFISCHEN RAUM: *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor an der Universität, Gen.-Maj. a. D., München O 27, Kolberger Straße 18, Tel. 480444; für EUROPA und AFRIKA: *Dr. E. Obst*, o. Professor an der Techn. Hochschule Hannover, Alleestraße 18, Tel. 38086; für die AMERIKANISCHE WELT: *Dr. O. Maull*, o. Professor an der Universität Graz, Hilmteichstraße 22, Tel. 2655; für WELTWIRTSCHAFT: *Dr. G. Herrmann*, Leipzig, Ferd.-Rhode-Straße 3, pt., und für den LEITAUFSATZ: *K. Vowinkel*, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83, Tel. Pfalzburg 2234.

Unter ständiger Mitarbeit von *Dr. Kurt Wiedenfeld*, Geheimer Legationsrat, o. Professor an der Universität Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Straße 80, und Privatdozent *Dr. Hermann Lautensach*, Gießen, Ostanlage 1.
Schriftleitung: *Dr. H. J. Rust*, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83, Tel. Pfalzburg 2234

VIII. J A H R G A N G / H E F T 6 / J U N I 193

ZUM INHALT DES HEFTES

In diesen Tagen schweben Verhandlungen über die Erneuerung des Berliner Vertrages; sie fallen in eine Zeit, in der sich im deutschen Volk — enttäuscht über die Erfolglosigkeit der deutschen Außenpolitik im Westen — die Stimmen für eine engere Zusammenarbeit mit Rußland mehr hören lassen. Und es drängt sich uns die Frage auf, welchen realpolitischen Wert Rußland für die Fortführung der deutschen aktiven Außenpolitik besitzt, wie sie weitschauend im Aprilheft der „Z. f. G.“ umrissen wurde.

Aus dieser Überlegung widmeten wir das zweite der Planhefte der „Geopolitik“ dieses Jahres dem Thema: Sowjet-Rußland.

Zum Fünfjahresplan, der im Mittelpunkt des Heftes steht, wollen wir unseren Lesern eine Stimme von russischer Seite bieten. Wir haben uns daher — dank der Vermittlung der sowjet-russischen Botschaft — von autentischer Seite einen Beitrag erbeten, der die Ansicht der Sowjets zur Frage „Fünfjahresplan und kapitalistische Welt“ wiedergibt. Diesen sehr aufschlußreichen Aufsatz haben wir von deutscher Seite A. W. Just, Berichterstatter der Kölnischen Zeitung in Moskau, und R. Glanz, Herausgeber der Zeitschrift „Die Ostwirtschaft“, kommentiert.

In den übrigen Aufsätzen des Heftes haben wir die Kernfragen angeschnitten, von denen die Zukunft Rußlands abhängen wird: Das Nationalitätenproblem (Dr. J. Semjonow), die Verkehrsfragen (Dr.-Ing. H. Saller), die Asienpolitik der Sowjets (Professor Dr. K. Haushofer).

Wir sind uns darüber klar, daß manche Einwände gegen das Bild erhoben werden können und müssen, das sich aus diesem Heft für das Verhältnis Deutschland-Rußland ergibt. Wir werden diesen Einwänden in einem der nächsten Hefte u. a. in einem sehr interessanten Aufsatz von Geheimrat Cleinow das Wort geben.

Die Schriftleitung**Vierteljährlich 6.— / Einzelheft 2.50 / Jahrgang mit Register 25**

Gebunden RM 30.— / Register für den Jahrgang RM 1.— / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—
Postcheckkonto: Kurt Vowinkel Verlag G.m.b.H. / BERLIN 18769 / WIEN 55918 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 62

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

R. Glanz, Herausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift „Die Ostwirtschaft“, Berlin W 10, Königin-Augusta-Str. 28 — Dr. Karl Haushofer, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — Artur W. Just, Berichterstatter der Kölnischen Zeitung, Moskau, Twerskoj Boul. 25, Qu. 4 — Hans Ludwig, Berlin-Wilmersdorf, Weimarsche Str. 13 — Dr. Otto Maull, o. Professor a. d. Universität, Gießen, Hilmteichstr. 22 — Dr. Erich Obst, o. Professor a. d. Technischen Hochschule, Hannover, Alleestr. 18 — Dr. Hans-Joachim Rust, Berlin-Dahlem, Cecilienallee 10 — Dr.-Ing. Heinrich Saller, Direktor bei der Reichsbahn, Regensburg, Reichsbahndirektion — Dr. Jurij Semjonow, Berlin W 30, Stübgenstraße 7 — Dr. Roderich von Ungern-Sternberg, Herausgeber und Chefredakteur der Korrespondenz „Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Sowjet-Union, WSS.“, Berlin W 10, Margaretenstr. 7.

**KURT VOWINKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRÜNWALD
HOHENZOLLERNDDAMM 83**

INHALT DES JUNIHEFTES / 1931

Geopolitische Berichterstattungen

ERICH OBST	
<i>Berichterstattung aus Europa und Afrika .</i>	417
KARL HAUSHOFER	
<i>Bericht über den indopazifischen Raum ...</i>	422
(Mit 4 Zeichnungen)	
OTTO MAULL	
<i>Berichterstattung aus der amerikanisch. Welt</i>	430

Untersuchungen zur Geopolitik Sowjet-Rußlands

* * *	
<i>Fünfjahresplan und kapitalistische Welt ..</i>	435
ARTUR W. JUST	
<i>Der autonome russische Raum.....</i>	445
R. GLANZ	
<i>Die Sowjetunion auf dem Weltmarkt.....</i>	456

RODERICH VON UNGERN-STERMBERG	
<i>Der Fünfjahrplan im Spiegel der Weltresse</i>	462

HEINRICH SALLER	
<i>Die russische Verkehrspolitik</i>	466

KARL HAUSHOFER	
<i>Das asiatische Antlitz der Sowjets.....</i>	473
(Mit einer Karte)	

JURIJ SEMJONOW	
<i>Der „Kulturbolschewismus“ in seiner Heimat</i>	481

Literaturberichte

HANS LUDWIG	
<i>Auswahl der wichtigsten einschlägigen Ruß-</i>	
<i>land-Literatur</i>	489

ERICH OBST UND HANS-JOACHIM RUST	
<i>Literaturbericht aus Europa und Afrika...</i>	491

ERICH OBST:

Berichterstattung aus Europa und Afrika

Alfred Wegener † — Zollunion und Genf — Unser Verbleiben im Völkerbund — Aufgaben der deutschen Politik — Italiens Wirtschaftsabkommen mit Österreich und Ungarn — Italien in Nordafrika — Parlamentswahlen in Ägypten — Ostafrikas Eingeborene lehnen das „Dominium“ ab.

Alles Hoffen und Harren hat sich nun also doch als vergeblich erwiesen: Alfred Wegener, dessen Forschungen über die Verschiebung der Kontinentschollen in der ganzen Welt stärkste Beachtung gefunden haben, ist in der Eiswüste Grönlands den Heldentod gestorben. Zwar gelang es ihm, trotz Einsetzens der furchtbaren winterlichen Schneestürme die Station Eismitte zu erreichen; aber statt sich nun dort Erholung zu gönnen und zu überwintern, hielt es Wegener für seine Pflicht, zu den randlichen Beobachtungsstationen zurückzukehren und die dort vorgesehenen wissenschaftlichen Arbeiten zu leiten. Nur 150 km von der Station Eismitte entfernt, erlag Wegener den unsagbaren Strapazen. — Mit Alfred Wegener haben wir einen Mann verloren, der für die Weltgeltung deutscher Wissenschaft Unvergängliches geleistet hat. Unbeirrt von Zustimmung oder Ablehnung ging er den Weg, den Forscherdrang und Entdeckerfreude ihn gehen hießen. Auch als seine kühne Theorie im In- und Ausland mehr und mehr Anerkennung fand, wahrte er sich jene Schlichtheit, die den Ehrentitel wahrhaft Großer ausmacht. Emsig und unverdrossen arbeitete er daran, neue Fundamente zur Stützung seiner genialen Hypothese herbeizuschaffen. Die groß angelegte Ex-

pedition nach Grönland sollte sein Lebenswerk krönen. Unfaßbar noch immer die Nachricht, daß der Tod diesen vielerprobten, jeder Tollkühnheit abholden Forscher bezwang. Ehrfürchtig neigen wir uns vor dem großen Toten, dessen Andenken in deutschen Landen lebendig bleiben wird von Generation zu Generation. — — —

In der Berichterstattung des vorigen Heftes hatten wir den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion als Auftakt zu einer allgemeinen Vergrößerung des Innenmarktes in Europa bejaht und der Meinung Ausdruck gegeben, daß das Deutsche Reich und Österreich als souveräne Staaten unzweifelhaft das Recht haben, ihre handelspolitischen Beziehungen im Rahmen der geltenden Verträge nach eigenem Ermessen zu gestalten. Dem Genfer Völkerbundsrat war es vorbehalten, uns darüber aufzuklären, daß von Souveränität und Gleichberechtigung bei Deutschland und Österreich nicht die Rede sein soll. Daß der Wiener Vertrag dem internationalen Gerichtshof im Haag zur Prüfung der Rechtslage überwiesen wurde, hatten wir erwartet; im Bewußtsein unseres guten Rechts können wir dem Urteil des höchsten internationalen Gerichts mit gutem Gewissen und aller Ruhe entgegensehen. Es bedeutet aber eine sehr schwere Niederlage des deutschen Reichsaußenministers, daß sich der Völkerbundsrat nach Vorliegen des Haager Urteilsspruches die rein politische Entscheidung des gesamten Fragenkomplexes vorbehält und verlangt, daß alle Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich bis zur endgültigen Stellungnahme des Völkerbundsrates zu ruhen haben. Mit Recht brandmarkt Oeri in den „Basler Nachrichten“ diese Forderung durch die Kennzeichnung: „Recht hin, Recht her; der Rat ist befugt, die Frage der Zollunion politisch zu entscheiden!“ In diesem Begehren der Gewaltigen von Genf—England ging dabei durchaus Hand in Hand mit Frankreich, der südslawische Außenminister Marinkowitsch erdreistete sich sogar, von einer „Friedensstörung“ durch Deutschland und Österreich zu sprechen! — liegt eine so schwere Demütigung der beiden deutschen Staaten, eine so unerträgliche Verletzung der feierlich verbrieften Gleichberechtigung, daß wir das unter keinen Umständen hinnehmen können. Mit Protesten und Demonstrationen dürfte wenig oder nichts zu erreichen sein. Die politische Gesamtlage stellt uns vor die folgenschwere Frage, ob ein Verbleiben im Völkerbund für uns überhaupt noch tragbar ist, ob wir nicht außerhalb des Genfer Kreises unsere deutschen Belange besser zu wahren imstande sind als durch weiteres Zusammengehen mit dem brutalen Siegerkonzern. Wir sind uns des Ernstes der Situation durchaus bewußt und unterschätzen keineswegs die Schwierigkeiten, die sich aus einer offiziellen Ankündigung des Austritts aus dem Völkerbund ergeben. Trotzdem meinen wir, daß dieser Schritt jetzt mehr denn je ernsthaft ins Auge gefaßt werden muß. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wollte und will ehrliche und gerechte Völkerbundspolitik treiben; mißbraucht man aber wie im vorliegenden Falle unseren guten Willen derartig schnöde, so erheischt unsere nationale Selbstachtung eine deutliche und eindeutige Antwort. Nachdem

ich überdies schon jetzt mit großer Sicherheit erkennen läßt, daß auch die Abrüstungskonferenz als Tragikomödie enden und die deutschen Rechtsansprüche auf allgemeine Abrüstung verneinen wird, haben wir an dem Genfer Völkerbund nicht mehr das mindeste Interesse. Wir bejahen zwar auch weiterhin die Idee eines Völkerbundes, aber wir verwerfen mit allem Nachdruck deren augenblickliche Erscheinungsform. Die Ankündigung des Austritts aus dem Völkerbund ist die einzig würdige Antwort auf die Verhöhnung des Völkerbundsgedankens, wie sie in Genf soeben stattgefunden hat. Von der Regierung Brüning erwarten wir auf das bestimmteste die entscheidende Tat, nachdem der Worte wirklich übergenug gewechselt worden sind. Dabei wissen wir uns frei von irgendwelchem „nationalistischen Rausch“. Nicht um einer aufbrauenden Leidenschaft willen fordern wir die ernsthafteste Überprüfung unseres Verhältnisses zu Genf, sondern weil bei dulderwilligem Hinnehmen immer neuer Denütigungen außenpolitisch nichts erreicht wird, innerpolitisch aber die Wogen zum Überschlagen kommen müssen.

Wenn man erlebt, daß die französische Kammer die deutsch-österreichische Zollunion als Verstoß gegen die loyale Zusammenarbeit der Völker „verbietet“, wenn man den Streit um die belgischen Befestigungspläne verfolgt (einseitig gegen Deutschland unter Einbeziehung von Eupen-Malmedy!), wenn man die Einberufung des allpolnischen Geographenkongresses nach Gdingen als Antwort auf den Deutschen Geographentag in Danzig in die geopolitische Chronik einträgt, wenn man die Deutschenausweisungen aus Litauen bzw. dem Memelgebiet ohne Rücksicht auf das im Handelsvertrag vorgesehene Schiedsgericht wahrnimmt, so kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, daß die Genfer Herausforderungen nur als Symptome für die allgemeine Geringschätzung des Deutschen Reiches zu werten sind. In solcher Lage erscheint es vielleicht verständlich oder ist es gar verführerisch, mit Sowjetrußland zu liebäugeln und von einem deutsch-russischen Rachebündnis zu träumen. Wir möchten unsere deutschen Volksgenossen beschwören, diesen Weg nicht zu betreten. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß die militärische Leistungsfähigkeit der Sowjetunion vor Durchführung der Industrialisierung (d. h. voraussichtlich von ein bis zwei Generationen) nicht übermäßig hoch einzuschätzen ist, sprechen grundsätzliche Erwägungen durchaus gegen eine solche deutsch-russische Allianz. Wir können nur wieder hochkommen, wenn wir den überlebten Formen und Gedankengängen der imperialistischen Welt etwas Eigenes und Neues entgegenstellen: unentwegtes geistiges Ringen für Recht und Freiheit aller Völker und Organisation eines wahrhaften und gerechten Friedens. Als Vorkämpfer einer solchen neuen Weltordnung müssen wir dafür sorgen, daß unsere Politik allezeit offen und ehrlich bleibt und sich von jedweder Zweideutigkeit freihält. Nur wenn wir unbeirrt von Erfolg oder Mißerfolg des Tages in absoluter Eindeutigkeit unseren Weg gehen, werden uns die

Völker allmählich jenes Vertrauen schenken, dessen wir bedürfen, um der neuen Weltidee zur Verwirklichung zu verhelfen und zunächst im Bereich des eigenen Erdteils den Aufbau auf neuartiger Grundlage zu vollziehen. Anschluß an eine kapitalistisch-imperialistische „Antisowjetfront“ darf demgemäß für uns ebenso wenig in Frage kommen wie ein im alten Stil gehaltenes Paktieren mit dem Bolschewismus. Verschreiben wir uns irgendwelchen Bündnisystemen alter Art, so verlieren wir das Recht auf Führung im Kampfe um eine neue, gerechte Weltordnung und berauben die deutsche Politik damit ihres wirksamsten Aktivpostens. Darum noch einmal gerade in der Stunde starker nationaler Demütigung: Glauben wir nun erst recht, daß diese überlebten diplomatischen Schachzüge eines im Grunde schon der Vergangenheit angehörenden politischen Systems auf die Dauer nicht bestehen können; seien wir davon überzeugt, daß am Ende der Erfolg nur auf der Seite derer stehen wird, die sich reinen Herzens und aus ehrlicher Überzeugung dem Kampf für Recht und Freiheit aller Völker, für Organisation eines wahrhaften Friedens widmen; glauben wir an das Kommen einer neuen Zeit, eines neuen politischen Systems, und wahren wir uns im Kampfe hierfür unsere Führerstellung durch absolute Offenheit, Eindeutigkeit und Sauberkeit unserer Politik. Und wenn die Welt voll Teufel wär', es muß uns doch gelingen!

Während die deutsch-österreichische Zollunion infolge des Genfer Machtspruches vorerst aufgeschoben bleiben muß, scheinen andere Regionalverträge inzwischen in aller Stille weiterzugedeihen. Wir verweisen in erster Linie auf die abgeschlossenen italienisch-österreichischen Verhandlungen hin, die eine Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen durch Erleichterungen auf dem Gebiete des Kredits, des Transits und des Transportes bezwecken. Dem Vernehmen nach stehen entsprechende Verhandlungen zwischen Italien und Ungarn vor dem Abschluß.

Die außerordentliche politische Regsamkeit, die das Italien Mussolinis auszeichnet, macht sich auch in Nordafrika von Monat zu Monat mehr fühlbar. Nach der Besetzung der Oase Kufra im Januar 1931 steht ganz Libyen unter der Herrschaft Italiens. Der Staat Mussolinis fühlt sich nun erst recht als Nachfolger der Türkei in Tripolitanien und seinem Hinterland und ist tatkräftig darauf bedacht, die Grenzen seines nordafrikanischen Besitzes nach Süden und Südwesten vorzuschieben. Als Rechtstitel stützt sich Italien dabei auf die Bestimmungen des Londoner Vertrages vom 26. April 1915. Danach steht Italien „bei Erweiterung des britischen und französischen Besitzes in Afrika auf Kosten Deutschlands ein Anrecht auf angemessenen Gebietsausgleich, insonderheit auf eine günstige Festsetzung der Grenzen zwischen Erythrea, Somaliland und Libyen sowie den benachbarten französischen und britischen Besitzungen“ zu. Der Ausgleich mit England ist durch die 1924 englischerseits erfolgte Abtretung des Jubalandes und das 1926 ausgesprochene Zugeständnis betr. Oase Kufra vollzogen. Mit Frankreich steht eine entsprechende Einigung noch aus; sie würde eine Neuregelung des Status der

Italiener in Tunis (mit 120000 Seelen die Mehrheit der dortigen europäischen Bevölkerung) und die Bewilligung eines territorialen Zugangs zum Tschad-Gebiet einschließen müssen (Tibesti, Bilma, Borku usw.). Es ist wohl begreiflich, daß sich Frankreich mit allen Kräften gegen die Raumwünsche der Italiener im zentralen Nordafrika auflehnt. Italien am Tschad-See hieße, daß der Zusammenhang zwischen Französisch-West- und Äquatorial-Afrika aufgehoben werden würde, und daß ernstlich mit einer Zurücklenkung des Sudanhandels auf die alten tripolitanischen Karawanenstraßen nach den Küsten der Syrte gerechnet werden müßte. Das Wort des deutschen Afrikareisenden Rohlf: „Wer Tripolis besitzt, ist Herr über den Handel im Süden“ könnte sich leicht auch für die nächste Zukunft wieder als wahr erweisen, ist doch die Route vom Tschad zur Syrtenküste um 500 bis 800 km kürzer als die Trans-Sahara-Verbindung der Franzosen weiter im Westen. Man begreift nun erst recht den Eifer, mit dem Frankreich neuerdings seine Bahnprojekte zur Durchquerung der Sahara (von Oran nach Gao am Nigerbogen) fördert. Man versteht jetzt, warum Frankreich eine Einladung zum internationalen Ausschuß für die Trans-Sahara-Bahn an England, Belgien und Italien (!) ergehen ließ. Man will eben mit aller Gewalt den Italienern zuvorkommen und ihnen klarmachen, daß eine Konkurrenzbahn Tschad—Tripolis angesichts der bereits sehr weit gediehenen Vorbereitungen zum Bahnbau Gao—Oran aussichtslos sei. Das zähe Ringen zwischen Frankreich und Italien um die Schlüsselstellung des Tschad-Gebietes verdient auch weiterhin die denkbarste Aufmerksamkeit.

Die Parlamentswahlen in Ägypten sind von schweren Unruhen begleitet gewesen: Fellachen gegen Latifundienbesitzer, Nationalisten gegen vermeintliche oder wirkliche Parteigänger Englands, Anhänger der Jahrtausende alten Wirtschafts- und Sozialordnung gegen Neuerer sozialistischen oder gar bolschewistischen Einschlags. Ein brodelndes Chaos, dem ein Ordner und Reformator vom Typ des Freiherrn vom Stein einstweilen noch fehlt. Man soll das Hin und Her in Ägypten nicht trivialisch nehmen; aber man soll es ebensowenig unterschätzen, handelt es sich doch um Vorgänge in einem Raum, der durch seine weltpolitische Schlüssellage von ganz besonderer Empfindlichkeit ist.

In Ostafrika haben die Engländer nunmehr auch eine Reihe von Häuptlingen zur Frage des Ostafrikadominiums vernommen. Alle Eingeborenenführer sprachen sich gegen den Unionsplan in Ostafrika und für Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes aus. Nun ist England bekanntlich in ganz besonderem Maße ein „Vorkämpfer für das Selbstbestimmungsrecht der Völker“. Indessen niemand zweifelt daran, daß die Vertreter Albions in Ostafrika ohne Rücksicht auf die Stimmung der Eingeborenen das tun werden, was ihnen im panbritischen Interesse ratsam erscheint. Eine Ausrede wird leicht bei der Hand sein: die noch zurückgebliebenen Eingeborenen vermögen nicht zu beurteilen, was zu „ihrem“ Nutz und Frommen getan werden muß.

(Abgeschlossen Ende Mai.)

K. HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum.

Emil Trinkler† — O'Connor in Persien, Sikkim, Tibet, Nepal — Notwendigkeit geopolitischer geschulter politischer Führer — Lord Irwin und Gandhi als Typen — Schweizer in Indien und Nepal — Abgliederungen von Teilräumen: Burma; Australien und Neu-Süd Wales — Status quo und Indien — China: Extraterritorialität; Szechuan, Yünnan und Kanton als Unruherherde — Chinesische Zustände in Zahlen und Kurzgeschichten — Sowjetbesitzabrundungen in Nordasien — Schwierigkeiten japanischer Außenpolitik — Fischereireibungen und lebenswichtige Bedeutung der Meerernährung — Untersuchungen von Fels — H. H. Kung über chinesische Fischerei und Küstenhoheit — Umfang der indischen Selbstbestimmungsforderungen und das Abschmelzen des kolonialen Imperialismus — trotz der Pariser Kolonialausstellung!

Eine Totenklage als Vorklang ist das Ehrenrecht Emil Trinklers. Ein Kraftwagenunfall in seiner Heimat an der Unterweser hat ihn an der Schwelle neuer Ausfahrt nach Hochasien hingerafft. Auch in seinem Reiseleben in Afghanistan, Kaschmir, Westt Tibet und Ostturkistan hat ihm das Schicksal tückische Gegenschläge nicht erspart. Er hat sie überwunden und an großräumiger, spannungsreicher Stelle zwischen angloindischem, ostasiatischem und Sowjeteinfluß das Weltbild seines immer mehr raumblind werdenden Volkes erweitert; nebenbei war er ein Mann, der künstlerisch zu schauen, zu schildern und zu zeichnen verstand. Mit zähem Willen rang er sich zum wissenschaftlichen Beherrschen eines zukunfts wichtigen Raumes der Erde empor. Was bedeutet solcher Gesamtleistung und Hoffnung gegenüber einem morphologischen Einzelfündlein, eine aufgeworfene, heute so und morgen anders gelöste Haarspalterei oder Streitfrage weniger oder mehr?

Erhaltung und Erweiterung des Weltbildes; Erziehung geopolitisch schöpferischer Persönlichkeit: das ist es, was wir von unseren wenigen, wieder ins Weite ziehenden erdkundlichen Führern verlangen. Auf diesem Felde läge vor allem eine zeitgemäße anthropogeographisch, ja politisch vorbetonte Landeskunde Indiens und seiner Glacislandschaften bis zum asiatischen Machtbereich der Sowjets.

Wie wichtig solche Männer sind, die das können, die sich nicht nur an Einzelheiten festfahren, das bringt uns erst wieder des Briten Sir Frederick O'Connor Lebensbericht zum Bewußtsein: „On the Frontier and beyond“ (an und jenseits der Grenze!) (London 1931, John Murray). An und über der Grenze zu wachen, das war auch Emil Trinklers Ziel! Aber wieviel leichter ist das in dem extensiven britischen Reichsbetrieb dem Briten geworden: dem typischen geopolitisch geschulten Beamtenoffizier! Persien, Sikkim, Nepal und Tibet: ungefähr Trinklers Forschungsbereich hat auch O'Connor nach allen Richtungen durchforschen können. Nach 7 Jahren „Noviziat“ in Indien kommen Teilnahme an der Younghusband-Expedition nach Lhasa, später den britisch-chinesisch-tibetanischen Verhandlungen in Simla (1907); Weltreise mit einem indischen Prinzen (1908/09); die persische

Rolle mit O'Connors Niederlage gegenüber dem deutschen Konsul Waßmuß, dessen politische Begabung, Furchtlosigkeit und persönlichen Mut O'Connor neidlos anerkennt; von 1917 an die Tätigkeit in Sibirien und im Fernen Osten, den er früher nur flüchtig hatte kennenlernen, als er den Thronerben Kumar von Sikkim zu einer Weltreise (1908) so nebenher geleitet hatte; schließlich 7 Jahre als Resident, dann Gesandter im Nepal, dessen wichtiges Verhältnis zu Indien er neu regelt. Und als Erholung Sport in aller Form, „Auspuff für das männliche Tätigkeitsbedürfnis in weitem Raum“, keine drückende, lastende Ellenbogenenge, kein ermüdendes Gezerr mit kleinlicher Knauserei, wie es dem Deutschen von heute das Leben verbittert.

Was es aber bedeutet, für Notfälle geopolitisch geschulte, in Kontinenten denkende Männer zur Verfügung zu haben, das zeigte eben in diesem Frühjahr — wie immer die indische Frage sich weiter entwickeln möge — der ungeheure persönliche Erfolg des Vizekönigs Lord Irwin in seinem geistigen Ringen mit den Führern des indischen Kongresses. Das verrät eben doch auch die Tatsache, daß in Lord Willingdon sofort wieder ein solcher Vizekönig mit weltumspannender geopolitischer Schulung (in Australien, Südafrika, Kanada, der Präsidentschaft Bombay gewonnen) zur Verfügung stand. (Vgl. „Irwin and India“; „The Economist“ 25. 4. 1931, S. 884 — eine höchst bezeichnende Betrachtung.)

Wieviel leichter es durch die politische Nichtbelastung dem reisekundigen Schweizer wird, verwandte, wenn auch nicht aus eigener Tätigkeit gewonnene Einblicke im indopazifischen Bereich zu gewinnen, erhellt aus Wehrlis Indienefahrung und z. B. aus dem glänzend illustrierten Nepalbericht über den Erbhausmeier von Nepal: Chandra von Martin Hürlimann in der geopolitisch ausgezeichnet und umsichtig geführten Zeitschrift „Atlantis“ (Mai 1931, S. 273—292 mit Rede des verstorbenen Ministerpräsidentendiktators von Nepal). So harte Mühen und Opfer der Wettbewerb zwischen zwei so hervorragend geleiteten, bilderreichen Zeitschriften, wie „Koralle“ und „Atlantis“ ihren Leitern und Verlegern auferlegen mag: das deutsche Weltbild, sonst arg gefährdet, von seiner strengen Wissenschaft allein gewiß nicht ausreichend farbenecht erhalten, gewinnt bei diesem geistigen Kampfe, zumal die Welt als Ganzes sicher nicht der Erhaltung des „status quo“, sondern weit eher bedeutsamen Neugliederungen und Umformungen zuneigt.

Mehr als örtliche Bedeutung besitzen deshalb auch die Anläufe zu räumlichen Abgliederungen von politisch oder wirtschaftlich unsicheren, schlecht regierten größeren Gebieten, die wir 1931 im ganzen indopazifischen Bereich gemacht sehen. War schon die fast geräuschlose Lösung des heterogenen Burma mit immerhin rund 600 000 qkm und 13 Mill. E. vom indischen Gesamtbundesstaat ein höchst bemerkenswerter Vorgang — geradezu ein Präzedenzfall für Umgliederung in einer sich verkörpernden Panidee —, so verdient noch weit mehr Aufmerksamkeit, was sich in Australien zwischen der dort gestalteten Panidee der australischen Ge-

meinwelt, dem Staate Neusüdwaless und dessen blühendem, in sich gesünderem Nordostgebiet „Riverina“, „Neuengland“ abspielt. Es ist der bemerkenswerte Los-trennungsversuch eines gesunden Teils von einem an sozialer Hysterie erkrankten Land!

Als Grenzen sind dabei gedacht: im Norden die jetzige Grenze von Queens-land, im Westen der Darling und im Süden der Hunter-River, der allerdings ein Flußgau von einheitlicher Struktur ist. (Vgl. F. R. E. Mauldon: „The Hunter river valley“, Melbourne 1927, Robertson & Mullers Ltd.) Hier entstünde also ein sehr heikles Südgrenzproblem, bei dem man sich außerdem mit einem abgeschnittenen, ertraglosen und Lasten bringenden Hinterlandrest abzufinden hätte, den keine der beiden Hälften begehrt. Es handelt sich um Räume von der ungefähren Größe Vorkriegs-Ungarns oder Frankreichs südlich des Loire- und westlich des Rhonebeckens — je nach dem Umfang, der sich durchsetzen ließe; der Verlust würde Neusüdwaless mit seinen mehr als 800 000 qkm noch nicht umwerfen, aber doch empfindlich sein und vor allem als Mißtrauenssymptom peinlich wirken.

Australien schuldet England und USAmerika zusammen rund 11½ Milliarden GM., davon nur 1,6 Milliarden als Kriegsschuld, gegen deren hohe Verzinsung sich die öffentliche Meinung Australiens und von Neusüdwaless im besonderen am heftigsten aufbäumt. Noch übernimmt für den seine Schulden protestierenden volkreichsten Staat die Gemeinwelt die Gesamthaftung; aber auch hier bahnt sich ein weltgeschichtlicher Präzedenzfall an, der größere Aufmerksamkeit verdient, als er in Mitteleuropa findet.

Man versteht angesichts einer solchen unruhigen Bewegung im Raumgefüge der Welt und ihres Vorgefühls bei den alten Kolonialmächten und Vorkämpfern des Status quo — (die sich trotz der vorzeitigen, unreifen Eröffnung der gipsprunkenen Pariser Kolonialausstellung keine Illusionen vormachen, sondern nur anderen solche vortäuschen) — die ungeheure Erleichterung darüber, daß es Lord Irwin gelang, noch im Scheiden ein fadenscheiniges Kompromiß über den aufgährenden indischen Schlund zu ziehen.

Nicht geringer freilich war die völkerpsychologische Kunst seines Gegenspielers Gandhi, das bockende Gespann der Kongreßleute an das Joch dieses Kompromisses heranzubringen — den entflohenen bösen Geist in die Flasche zurückzuzwingen. Die glänzende Spottzeichnung von Sapajou (vgl. Spottbild I) verrät, wie man im Osten in Kolonialkreisen die Haltbarkeit dieses Zustandes zwischen der ersten und zweiten Indienkonferenz beurteilt; aber etwas anderes als fadenscheinige Kompromisse von der einen zur nächsten „Machtabrutschung“ (Craddock!) blüht der kolonialen Gewaltpolitik alten Stiles nirgends mehr.

In China hat die innerlich sehr schwache Nankinger Regierung dennoch gewagt, durch einen einseitigen Regierungsakt die „Exterritorialität“, die Sonderstellung der Angelsachsen, Franzosen, Japaner aufzuheben. Wie man diesen Schritt, der ja zu-

st Deutschen und Russen aufgenötigt worden war, in den Kreisen von Schanghai ansieht, zeigt die andere beigefügte Spottzeichnung (II) der wohl oder übel ins Wasser genötigten Machthaber von einst. Sie werden wohl alle mit mehr oder weniger Vorbehalt den peinlichen Sprung einander nachtun müssen!

Trotzdem vermag die chinesische Doppeldiktaturrepublik weniger als je die nötige Sicherungsgewähr zu bieten. Außenräume wie Szechuan und Yünnan, die wieder abgefallene Südrepublik Kanton-Kwangsi — mit ihren Angrenzen — sind völlig außer Kontrolle geraten (vgl. z. B. North China Herald vom 4. 31, S. 2 über die rund 268 000 Mann, die in Szechuan in offenem Bürger-



rieg widereinander stehen oder S. 7 den Operettenstaatsstreich in Yünnan oder die langsame Grenzangliederung einer Nordmark durch die Sowjets).

Wir illustrieren den Tatbestand vielleicht am besten durch eine Reihe: Chinesische Zustände in Zahlen und Kurzgeschichten.

Im März 1929 waren die Männer unter Waffen innerhalb eines Gesamtvolkskörpers von 445 Mill. auf $1\frac{1}{2}$ —2 Mill. geschätzt; im März 1931 sind es etwa 3 Mill. Soldaten zu rund 500 M. jährlich Aufwand auf den Kopf (der Bauer kostet etwa 501); zählt man alles Bewaffnete, so gibt die Schätzung etwa 5 Mill.; dem Namen nach auf 280 Divisionen verteilt, davon 66 Div. und 9 selbst. Brigaden der Nanjingregierung. Etwa 150 Mill. Menschen sind unterernährt, von ihrer Scholle vertrieben, ohne Arbeitsmittel; 20—25 hungern direkt. Nach französischen Missionsnachrichten sind die Kommunisten allein für den Tod von etwa 20 Mill. Menschen verantwortlich. Die Zahl von 4 Mill. Hungerverstorbenen für Kansu allein wird aber für übertrieben erklärt.

Den roten Streitkräften von Kiangsi, Hupe, Kwangsi, Fukien und Kwangtung wird besondere Bewährung bescheinigt; gegen Kriegsbrauch ist freilich, daß sie der Kommandeur der 18. Div., Chang-Huei-chan, in Tungku auf unschilderbare Weise gemartert haben, ehe sie den abgeschnittenen Kopf, mit den Ohren an ein Brett genagelt, stromab treiben ließen. Unzählige solche Fälle an einzelnen und Gruppen hat das Riesenland ausgehalten; dennoch hat es in Mandschurei und Kwangtung neue Goldfunde erschlossen, immer wieder neu gehofft, gewagt; an einem der wenigen sicheren Punkte, S c h a n g h a i, in kaum vorstellbarer, die Vorstädte Londons übertreffender Dichte Menschen gehäuft, die bei der nächsten Zählung die Einwohnerzahl innerhalb der Schutzgrenzen auf $1\frac{1}{2}$ Mill. bringen werden. Und in London predigt ein neuer Generalkonsul: Dr. C. Kuangson Young unter dem Beifall des „China Express & Tel“ (26. 3. 31, S. 153) „Optimismus“.

Fast gleichzeitig wird beinahe unter den Mauern von Wuchang die Stadt Chin-niuchen von 4000 „Räubern“ geplündert — angeblich einem Teil der V. Roten Armee!

Der Mann weiß, wie man angelsächsisches und kontinentales Federvieh zähmt: er hat es in guter Schule (Sze; Chen) gelernt und in London lange praktisch geübt. Auch die rund 60000 Fremden in Schanghai, von 50 verschiedenen Nationalitäten, schwimmen mit nur etwa 2% als Scholle im gelben Meer, wie die rund 15000 Malayas im gelben und braunen.

Woher die „Far Eastern Review“ ihre stolze Sicherheit darüber nimmt, daß China selbst bei der Ausarbeitung seines Schicksals nur eine untergeordnete Rolle spielen werde?

„China ist seines Schicksals Schmied. Es kann sich mit den Sowjets auf eine Linie begeben und kann sein Spiel mit Japan spielen“, meint George Bronson Rea. — „In jedem Fall kann es nur eine untergeordnete Rolle in dem größeren Drama spielen, zu dem sich der Vorhang hebt.“ — Das glauben wir nicht, und der japanische Außenminister glaubt es auch nicht!

Auch die gut informierten Sowjets dürften daran zweifeln.

Den Sowjetbesitz in Asien umgibt freilich schützend gegen China eine rötliche, rötler und rötler werdende Grenzzone unbestimmter Zugehörigkeit. Das ist ein geopolitisch erprobter Weg russischer Raumvergrößerung, auf dem sich seinerzeit Tannutuwa und Mongolei herüberfanden. Nun wird die Gefahr der Südgrenzwassergrenzen dafür benützt, bei welchen zumeist die Besitzer der Stromrinne auf das Gegenufer haben wollen, so am Amur, Ussuri und Chankasee.

Überall im Randbereich der chinesischen Länder Heilungkiang und Kirin werden seit den chinesisch-russischen Grenzwirren von 1929 russische Grenzverbesierungen durch Streifparteien usw. gemeldet. Grenzmarkierungen wurden zerstört, vier früher chinesische Grenzstädte besetzt, aus den Inseln des Hungkai (Chankasee)

wurden die chinesischen Fischer vertrieben; vom Mishan- und Tungninggau sind große Teile unter russische Verwaltung genommen worden, der Grenzhandel ist eingeschränkt, und ein Grenzstreifen von etwa 650 km Länge und 16 km Tiefe wurde einfach weggenommen.

Statt Grenze und Standfestigkeit der bestehenden Länder in Ordnung zu bringen, berät aber chinesischer Neugliederungsfanatismus die Zerschlagung der alten, wenigstens in ihrer Art dauerhaften und wohlgefügtten Länder in 70 neue Provinzen, damit der Maikongreß der Kuo-Min-Tang seine papiernen Schöpfungen vermehre.

Zeigen so schon an sich günstige Fluß-, See- und Hochlandrandgrenzen einige



geopolitisch wohlbekannte Schwierigkeiten, so nicht minder die sonst besseren und wirksamer scheidenden der Randmeere.

Am schwersten leidet unter diesen unklaren Verhältnissen natürlich die an sich schon durch innere Spannungen belastete Stetigkeit der japanischen Außenpolitik — trotz dem vorübergehenden Glanzlicht, das sie im Mai durch den Besuch des Königspaares von Siam erfuhr. Dafür züngelt wieder die Frage der fernöstlichen Einwanderung in Britisch-Kolumbia empor, wo im ganzen etwa 54 000 Ostasiaten, darunter etwa die Hälfte Japaner sind, wo sich aber die weißen Schulkinder um 5%, die farbigen um 38% vermehren. (China Expr. & Tel, 30. 4. 31, S. 230.) Und eben jetzt kann Japan (angesichts des verschlechterten Verhältnisses zu den Sowjets, der nordchinesischen Bahnstreitigkeiten und der russischen Fischerei-reibungen) keine Spannungen mit dem transpazifischen Ufer brauchen, mit dem man ja wegen der Flottenabrüstungswünsche Englands (vgl. Spottzeichnung III) eher Zusammenwirken der Pazifikanlieger sucht.

Aber bei den scheinbar weltpolitisch abseitigen japanisch-russischen Fischereireibungen handelt es sich in Wahrheit für das übervölkerte Inselreich um Lebensinteressen; denn es braucht die eiweißreiche Ergänzung aus der Meerernährung aller nordostasiatischen Randmeere und ist zur Ergänzung seiner sonstigen Unterernährung auf sie angewiesen. Gerade der kontinentale Russe, aber auch Mitteleuropäer unterschätzt leicht die Lebensnotwendigkeit des Fischereiertrags in ausgesprochenen Meerernährungsgebieten.

Schlüssige, demnächst erscheinende Untersuchungen von Prof. Dr. Fels werden ergeben, daß die Nutzungserträge des Meeres um mehr als das Doppelte höher sind, als man zumeist in wirtschaftlichen Untersuchungen liest; und daß diese sehr viel höheren Wirtschaftswerte des „Brottes auf dem Wasser“ vor allem von der bisherigen Unterschätzung des Fischereiertrags der indopazifischen Räume herrührt. Zu den Gebieten, bei denen es am schwersten ist, zu klaren Ziffern zu kommen, gehört China; während die — sehr hohen — japanischen und indonesischen Ergebnisse leichter zugänglich sind. So wird man dankbar begrüßen, daß sich seit 4. 4. 31 (von einer Massenversammlung der Interessenten in der Ming Li Nantao-Hochschule vom Groß-Schanghai ausgehend) eine „Bewegung zur Verbesserung der Fischereiindustrie“ in den chinesischen Gewässern auftrat. Der Rede des Industrieministers Dr. H. H. Kung dabei entnahm man, daß die bisher geschätzten Werte der Hochseefischerei für China mit 80 Mill. M. einheimischem, 200 Mill. M. zumeist über Schanghai eingeführtem Wert (der längst nicht den Gesamtwert erfaßt) Anhaltspunkte für die Richtigkeit meiner und Prof. Fels' Schätzungen geben, als Mindestzahlen, die wesentlich zu steigern sind. Zur Hochseefischereiunterstützung sind 1 Mill. M., zur Gründung einer wissenschaftlichen Untersuchungsanstalt für 1931 2 Mill. M. vorgesehen: kleine Anfänge, nicht ohne autarkischen, fremdenfeindlichen Hintergrund gegenüber der fremden Fischerei in den bisher fast schutzlosen chinesischen Gewässern. (North China Herald, 7. 4. 31, S. 13.)

Hier steigt also hinter dem schon nicht ganz einfachen japanisch-russischen Komplex (Spottbild IV) der viel zahlenwuchtigere chinesisch-japanisch-russische Territorialgewässerkomplex und dahinter ein ähnlicher indischer und schließlich malaio-mongolischer (für Indonesien und Philippinen) empor.

Wie ernst aber diese Generalauseinandersetzung über die Neuverteilung des Lebensraumes auf der Erde wenigstens im indopazifischen Bereich zu nehmen ist (und wie bescheiden dabei der Zahlenanteil westlich eingestellter, wie z. B. der 2 848 410 indischen Katholiken [Week, 9. 4. 31, S. 364] sich ausnimmt), das bezeugt wohl am klarsten, was der Kongreß in Karachi an Mindestforderungen seinen künftigen Bevollmächtigten mitgab.

Wir geben den Kern der indischen Kongreßforderungen, weil sie für die Gesamtvorstellung des indopazifischen Selbstbestimmungsrechts von seinem früher oder später unvermeidlichen Umfang bezeichnend sind:

Sie umfassen für ein wirkliches „Swaraj-Government“ vollkommene Kontrolle des Heeres, der Auswärtigen Angelegenheiten, der Finanzen, der Steuer-, Zoll- und Wirtschaftspolitik und das ausdrückliche Austrittsrecht aus dem Empire.

Jede indische Verfassung müsse nach dem Kongreßbeschuß vom 31. 3. 31 enthalten, als Grundrechte des Volks: Assoziationsfreiheit, Rede- und Preßfreiheit, Freiheit für weltanschauliche Bekenntnisse und Gottesdienste, soweit sie die öffentliche Ordnung und Sitte nicht gefährden; Schutz für Kultur, Sprache und Schrift der Minderheiten; gleiche Rechte und Pflichten für alle, ohne Schranken für das Geschlecht; keinerlei Unterwerfung aus Gründen der Religion, Kaste oder des Glaubens bei öffentlicher Anstellung, Macht, Ehre und bei Ausübung irgendeines Geschäfts oder Berufes; gleiche Zutrittsrechte für alle Bürger zu öffentlichen Straßen, Brunnen und sonstigen Stätten; das Recht, Waffen zu besitzen und zu tragen, nach den dafür zu erlassenden Bestimmungen und Verordnungen; das Recht auf Unantastbarkeit der Persönlichkeit, Unbetretbarkeit der Wohnstätte, und Sicherheit gegen Zwangsverwaltung oder Wegnahme ohne gesetzliche Verfügung.

Religiöse Neutralität des Staats.

Mindestlöhne für Industriearbeit; begrenzte Arbeitsstundenzahl; Werkhygiene; Schutz gegen die wirtschaftlichen Folgen hohen Alters, der Krankheit oder Arbeitslosigkeit.

Befreiung von jeder Zwangsarbeit; Frauenarbeits- und Mutterschutz.

Verbot der Fabrikarbeit schulpflichtiger Kinder.

Gewerkschaftsrecht und Streikrecht.

Wirksame Einschränkung der Landlasten und Ackerbaurenten; Pachterleichterungen gegenüber den Zemindars.

Steigende Grundrentenbesteuerung bei übergroßem Grundbesitz.

Steigende Erbschaftsteuern.

Wahlrecht der Erwachsenen. Freie Schulbildung in den Grundschulen.

Verringerung der Wehrausgaben um etwa die Hälfte des gegenwärtigen Standes.

Erhebliche Zurückschneidung der Ausgaben und Gehälter im Zivildienst. Keine Gehälter, die — außer in besonderen Expertenfällen — 500 Rupien im Monat übersteigen. (6000 Rupien rund 9000 Mark im Jahr.)

Schutz der einheimischen Webindustrie durch Ausschließung fremder Stoffe und Garne aus dem Lande. (Schmerzlich für Lancashire und Japan!)

Völliges Verbot aller vergiftenden Getränke und Drogen (Opium! Haschisch!).

Abschaffung der Salzsteuer.

Kontrolle der Münz- und Welselpolitik zur Hilfe indischer Industrie und Erleichterung der Massen-Not, der Schlüsselindustrie und Bodenschätze, des Luxusverbrauchs.

Es ist ein Programm auf Papier, das Gandhi gegenüber England binden soll; Papier ist geduldig und Gandhi nicht zum erstenmal von seinem letzten Wort umgefallen. Aber immerhin: von kolonialem Imperialismus bleibt nicht mehr viel, wo ein solches Programm auch nur proklamiert werden darf und wo man mit seinen Verfechtern auf Abmarkten verhandelt.

Die Kolonialen und Cotton-Leute schreien denn auch in allen Kolonialmächten zum Himmel, aber er schleudert keine Blitze mehr: ultima ratio regis, wie rei publicae bleibt — nach verlorenem Herrschaftswillen — Verhandeln — — zuletzt dienen und verlieren!

(Abgeschlossen Mitte Mai.)

OTTO MAULL:

Berichterstattung aus der amerikanischen Welt

Argentinien — Brasilien — Peru — Venezuela — Honduras — Nicaragua — Kanada —
Vereinigte Staaten — Wanderziel der Europamüden

Eine Studienreise durch Algerien, Tunesien und die nördliche Sahara hat den Ausfall des letzten Berichts erzwungen und damit die Berichtsperiode verdoppelt. Während sich in dieser besonders in Europa Dinge von beträchtlicher Tragweite abgespielt haben bzw. in ihren Auswirkungen noch das politische Leben beherrschen, kommt Amerika in dieser Phase mehr denn vorher die Beobachterrolle zu. Denn weder hat die Frage der Zollunion zwischen dem Deutschen Reich und Österreich die Vereinigten Staaten auf den Plan gerufen, noch hat der Sturz der Monarchie in Spanien irgendeinen politisch bedeutenden Widerhall in dem spanischen Amerika gefunden. Beides hat tiefere Gründe. Sie sind nicht allein in dem bewußt betonteren Eigenleben der amerikanischen Welt zu sehen, sondern sie werden zum wesentlichen Teil in der starken Beanspruchung des Interesses der einzelnen Staaten durch die amerikanischen Verhältnisse selbst zu sehen sein. Denn im großen und ganzen hat sich dort seit den letzten zwei Monaten nichts geändert. Eine Frage des politischen Innenlebens verdrängt die andere, ohne eigentlich Beantwortung gefunden zu haben. In einer Anzahl der lateinamerikanischen Staaten ist die politische Unruhe der verflossenen Zeit nicht gewichen. So ist in Argentinien noch längst keine völlige Konsolidierung nach dem Umsturz gefunden worden. Alle Augen blicken erwartungsvoll auf die provisorische Regierung des Generals Uriburu, ohne aber viel Anzeichen zu sehen, wie der Kurs gehen soll. Es herrschen noch Belagerungszustand und Verordnungen, die die Versammlungsfreiheit beschränken, und die Parteien schauen von den Konservativen bis zu den radikalen Sozialdemokraten nicht gerade vertrauensvoll auf die Maßnahmen und Äußerungen der Regierung, die selbst an eine Änderung der demokratischen Grundlagen des Wahlgesetzes zugunsten einer Ständeverfassung gedacht hat. Dabei wirken Vorbilder, die für Lateinamerika bestimmt nicht als glücklich zu bezeichnen sind. Denn mag wohl zugegeben werden, daß ein nicht unwesentlicher Teil der argentinischen Bevölkerung — man streitet sich um die Zahl der Analphabeten: die Regierung beziffert sie auf 60%; andere Stimmen sind geneigt, die Elementarbildung in besserem Licht erscheinen zu lassen und schätzen sie auf 22% — nicht reif für eine rein demokratische Verfassung ist, so bleibt aber doch der demokratische Grundzug Amerikas, der nicht an die Kunst des Lesens und Schreibens gebunden ist. Mit dieser politischen Unsicherheit paart sich die der argentinischen Währung. Die Explosion einer Bombe, die vermutlich dem Prinzen von Wales galt, ist ein sehr peinlicher Zwischenfall. Auch Brasilien hat bisher noch keine Stabilisierung zu erreichen vermocht. Das läßt sich am besten

dem Milreiskurs erlassen, der sich seit drei Jahren zwar nicht dauernd, aber im Ergebnis doch empfindlich abwärts bewegt hat. Im Mai 1928 entsprach er mit 100 M. etwa der Parität. Im Oktober 1930 war er auf 0,42 M. gesunken, und er ist seitdem weiter bis zum März auf 0,34 M. gefallen. Es ist abzuwarten, ob die kürzlich erteilten Sanierungsvorschläge Erfolg haben. Wie schwierig die wirtschaftliche Lage sein muß, lehrt das Verbot des Imports von Fabrikationsmaschinen, um damit die Überproduktion zu steuern. Auch politische Ruhe ist noch nicht ganz wiederkehrt (Meuterei von drei Regimentern in São Paulo). Die Goldfunde in Minas Gerais bedeuten natürlich gegenüber der Gesamtlage nichts. Peru hat abermals, im März, einen Militäraufstand durchgemacht, dessen Herd wiederum der Süden war. Doch konnte die Regierung seiner Herr werden. In Venezuela richtete sich am ersten Hälfte des April eine neue Militärrevolte des Generals Cedeño gegen die Regierung Gomez. Die Meldungen berichten von anfänglichen Erfolgen im südlichen Venezuela, vom Herüberwechseln kolumbianischer Banditen über die Grenze. Ganz genau ist aber die Lage völlig unklar. Im letzten Drittel des gleichen Monats brach auch eine Revolution im nördlichen Honduras unter der Führung von Ferrada und Diaz aus, die einen viel größeren Umfang angenommen hat, als ursprünglich zu erwarten war. Auch sie hat ihren Abschluß noch nicht gefunden. Nicaragua ist furchtbar heimgesucht worden. Ein Erdbeben hat Managua in Trümmer geworfen. Ein Telegramm vom 1. April berichtet von 2500 Todesopfern, eine ungeheuren Zahl im Verhältnis zu der Bevölkerungsmenge eines kleinen Staates, die zudem die hauptstädtische Bewohnerschaft betrifft. Daneben ruht die revolutionäre Bewegung Sandinos nicht. Der General erhebt kräftiger sein Haupt denn je. Die durch das Erdbeben bedingte Unmöglichkeit, daß die Regierung selbst zur Abwehr durch Vergrößerung der Nationalgarde für genügende Abwehr Sorge, hat den Abzug der amerikanischen Truppen, der mit Ausnahme von 500 Mann bis Ende Juni erfolgt sein sollte, in Frage gestellt. An eine Offensive, die die Kritik Lateinamerikas auslöste, wird dabei freilich nicht gedacht. Im Gegenteil hat unter dem Einfluß solcher Lage das Washingtoner Staatsdepartement den amerikanischen Staatsbürgern, die sich nicht sicher fühlen, geraten, das Land zu verlassen oder sich von den Küstenstädten zurückzuziehen, wo sie des vereinsstaatlichen Schutzes teilhaftig werden können. Diese Erklärungen offenbaren den Willen zu nur beschränkter Intervention, ohne aber die Position aufgeben zu wollen. Sie rechtfertigen unsere Vermutungen, die wir vor nicht allzu langer Zeit an dieser Stelle geäußert haben.

In Kanada ist es zu Arbeitslosendemonstrationen und -unruhen gekommen, weil die Regierung sich weigert, eine staatliche Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Zwischen Kanada und Rußland ist der Wirtschaftskrieg ausgebrochen.

Auch in den Vereinigten Staaten sind die schwebenden Probleme geblieben. Dieses goldreichste Land der Erde, dessen Goldreserven auf 4685 Mill. Dollar, d. h. auf etwa 42 % der Goldbestände der Welt, auf mehr als das Doppelte der französischen

und das Siebenfache der englischen Goldreserven veranschlagt werden, berechnet das Staatsdefizit auf etwa eine Milliarde Dollar und kämpft nach wie vor mit seiner schlechten Geschäftslage. Man denkt an Steuererhöhungen und an Lohnkürzungen. Dabei hat die Emission ausländischer Anleihen in den Vereinigten Staaten mit einer Summe von 1,08 Milliarden eine Rekordzahl aufzuweisen. Amerikanisches Geld ist besonders von Kanada, Deutschland und Österreich beansprucht worden. Mit der Ausweisung von Ausländern, von denen etwa eine halbe Million auf ungesetzliche Wege nach den Vereinigten Staaten gekommen sein sollen, glaubt man die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Während der Kongreß sich der durch die Trockenheit geschädigten Farmer angenommen hat, ist die Regierung nicht gewillt, Gelder zur Stabilisierung der Weizenpreise zur Verfügung zu stellen. Auch denkt die Regierung noch nicht ernstlich daran (Mellon), durch Herabsetzung oder Stundung der Kriegsschulden und durch die Erniedrigung der Zölle, die der „Rat für Zollherabsetzung“ befürwortet, aus der Wirtschaftsdepression herauszukommen. Außerordentlich bezeichnend für diese Einstellung ist daher ebenso die vorbeugende Erklärung Hoovers, alle Entschließungen der Tagung der Internationalen Handelskammer bezüglich der Schuldenrevision würden bei den Vereinigten Staaten „taube Ohren“ finden, wie die Rede des Präsidenten auf der Konferenz selbst. In der letzten gibt er wohl zu, daß die gegenwärtige Weltdepression der schlagende Beweis für die wirtschaftliche Abhängigkeit aller Länder voneinander sei. Allein er wendet sich dann der Abrüstungsfrage zu. Die Welt gäbe jährlich 5 Milliarden Dollar, 700 mehr als vor dem Kriege für Rüstungen aus. 51½ Mill. Menschen stünden im aktiven Heeresdienst und 20 Mill. bildeten die Reserven. Zwölf Jahre nach Abschluß des Waffenstillstandes seien die ungeheuren Kräfte noch nicht demobilisiert. Das sei die Hauptursache der politischen Unruhe und erhöhe zudem die Steuerbürde. So ist es wichtig und richtig dabei von Hoover die Tatsache an sich herausgestellt worden, daß die Schlüsse, die daran geknüpft sind, sind ungemein anfechtbar. So lange es noch zu entmilitarisierten Staaten neben hochmilitarisierten gibt, wird auch die Unruhe nicht weichen, selbst wenn die heutigen Militärmächte ihre aktiven Bestände auf die Hälfte der heutigen Stärke herabsetzen. Für eine Entscheidung ist es natürlich gleichgültig, ob sich Millionenheere oder nur Heere von Hundert- oder Zehntausenden einander gegenüberstehen, ob sich Flotten aus Dutzenden von Einheiten oder aus nur ganz wenigen Einheiten zu bekämpfen gewillt sind. Die außerordentlichen Rüstungen sind natürlich gefährlich wie alle außerordentlichen Kampfwerkzeuge. Aber nicht die Rüstungen schaffen die politische Unruhe, sondern durch diese werden die Rüstungen bedingt. Das sieht der amerikanische Präsident nicht, oder er will es nicht sehen. Das ist verständlich. Denn im Falle der Vereinigten Staaten, die sich natürlich nach wie vor einer günstigen Isolierung erfreuen, bietet eine einfache Abrüstung anderer Mächte eine besondere Ersparnis. In Europa liegen die Dinge dagegen vollkommen anders. Sie sind keineswegs in ein in Amerika aus

lachtes Schemen zu fassen. Ganz und gar nichts hat aber die Rüstungs- bzw. Ab-
 rüstungsfrage mit der wirtschaftlichen Depression zu tun. Man könnte sogar sagen,
 daß die Arbeitslosigkeit eines Staates verhältnismäßig schnell behoben wäre, wenn
 dessen Wirtschaft durch eine ausgesprochene Rüstungsindustrie belebt werden
 könnte. Das Wohlergehen der Vereinigten Staaten zur Zeit des Kriegs ist selbst der
 historische Beleg dafür. Die Rede Hoovers hat Fragen nebeneinander angeschnitten,
 die der tieferen inneren Verknüpfung entbehren, sich nur recht oberflächlich be-
 zühen. Bei Überlegungen, die für die wichtigsten Fragen der heutigen Weltlage nur
 „taube Ohren“ haben, ist das natürlich nicht anders zu erwarten. Sie dürfen aber
 auch nicht verlangen, ernst genommen zu werden. Es ist bedauerlich, daß das offi-
 zielle Amerika noch nicht reif ist, rückhaltlos über die Probleme zu diskutieren, die
 die Welt am schwersten bedrängen. Man möchte, wenn man nicht die verhängnis-
 vollen Rückwirkungen auf die übrige Erde erkannte, wünschen, daß die Union noch
 durch ein viel tieferes wirtschaftliches Tal zu gehen hätte, um endlich die Position
 zu erreichen, in der ohne jede Einschränkung eine Aussprache über die Gesamtlage
 möglich wäre. Allein es bedarf vielleicht dessen nicht. Denn es gibt Einsichtigere, viel-
 leicht sogar Mächtigere als den amerikanischen Präsidenten. Von einer ganzen Reihe
 amerikanischer, europäischer und asiatischer Delegierter sind auf der Konferenz
 selbst die Schutzzölle als ein unheilvolles Hindernis für den Wiederaufbau der
 Wirtschaft angegriffen worden. Die Kriegsveteranen Amerikas und der Mittelmächte
 verlangen die Revision der alten Verträge oder den Abschluß neuer. Auf der Kon-
 ferenz selbst ist wenigstens bei Anerkennung der Kriegsschulden die Frage der Aus-
 lehnung der Zahlungsfristen erwogen worden. Der wichtigste unter allen Vorgängen
 ist sicher der Besuch Montague Normans, des Gouverneurs der Bank von England,
 in Amerika (vgl. dazu unsere Ausführungen über die Weltwirtschaftskrise H. 3,
 S. 205), bei dem der sogen. Norman-Plan erwogen worden ist, eine Schaffung einer
 internationalen Investmentbank, die die Aufgabe der Kapitalüberführung aus den
 kapitalreichen in kapitalarme Staaten haben soll, um damit vor allem den Repa-
 rationsdruck zu erleichtern. Das Kapital dieser Bank soll von den Großbanken und
 von großen Industrieunternehmungen gezeichnet werden. Dieser Plan ist viel zu
 großartig, als daß leichterdings mit seiner Verwirklichung gerechnet werden könnte,
 besonders da auch Frankreich nicht als Glied in dem Ring, der sich schließen soll,
 entbehrt werden kann. Der einzige wirklich greifbare Erfolg der Normanverhand-
 lungen scheint der Entschluß zu einer liberaleren Kreditpolitik in den Vereinigten
 Staaten zu sein. Für die allmähliche Entwicklung einer europäischen Zollunion ist
 das Urteil Stimsons günstig, daß er ein Zollabkommen zwischen dem Deutschen
 Reich und Österreich für einen vollkommen unpolitischen Akt ansieht. Ebenso hat
 Borah das deutsch-österreichische Zollabkommen begrüßt und erklärt, daß das Ver-
 trauen in die paneuropäische Idee erschüttert werde, wenn es nicht zustandekomme.
 Zur Zeit sind entschieden diese fortschrittlichen Einzelstimmen als die wirklich vor-

wärtstreibenden Kräfte wichtiger als die konservative Haltung der offiziellen Vertretung der Staaten. Gegenüber den englisch-französisch-italienischen Flottenverhandlungen, deren Erfolg selbst in höchstem Grade gefährdet ist, nimmt Amerika die Haltung eines Unbeteiligten ein, erklärt ein eventuelles Abkommen für eine europäische Angelegenheit, die nicht zu einem Fünfmächtepakt erweitert zu werden brauche.

Die an sich nicht zu verkennenden Lichtseiten Amerikas kontrastieren in der letzten Zeit immer stärker mit den tiefen gesellschaftlichen und moralischen Schatten. Prohibitionsvergehen, gemeine Verbrechen, das ist das alte Lied. Es heißt, daß jährlich 18 Milliarden Dollar von Verbrecherbanden erpreßt werden. Die Stadt New York soll 200 Mill. Dollar in der gleichen Zeitspanne an Erpresser zahlen. Skandalaffären in Chicago und neuerdings auch in New York beschäftigen die Öffentlichkeit. Man ist so weit, daß man in Michigan und Kansas an die Wiedereinführung der Todesstrafe denkt.

Und doch gilt Amerika als die bessere Welt. Es ist das Wanderziel der Europamüden. Der Großteil ging auch im verflossenen Jahr noch immer nach den Vereinigten Staaten; dann folgen Argentinien und Brasilien unter den Zielländern. Aber auch andere Staaten spielen eine Rolle. Im Augenblick interessiert immer noch die Siedlungspläne des ehemaligen österreichischen Ministers Thaler, der ausgereist ist, um günstiges Siedlungsland zu erkunden. Man darf wohl auch richtig hoffen, daß Minister Thaler bei seiner Rückkehr auch das Angebot der deutschen Siedlungsgesellschaft „Bauernland-AG.“ in Berlin, die 200 österreichische Familien auf geschlossenem Areal in Ostpreußen ansiedeln will, oder andere Möglichkeiten, deutsche Bauernkraft in Deutschland zu erhalten, ernsthaft in Erwägung zieht. Auch Chile will großzügig kolonisieren, und bayrische Bauern wollen den Ruf folgen. Es ist kein Zweifel, daß schon ein kleines Deutschland im südlichen Chile entstanden ist, und daß sich dort viele Anknüpfungspunkte an die alteingesessenen Kolonisten finden werden. Allein vom Standpunkt der völkischen Entwicklung in Mitteleuropa gesehen, muß auch da betont werden: Deutschland braucht im Augenblick seine deutschen Menschen selbst. Freilich, Auswanderungslustige werden durch solche Erwägungen nicht abzuhalten sein.

(Abgeschlossen 29. Mai 1931.)

* * *

Fünfjahresplan und kapitalistische Welt

An den Anfang unserer Rußland-Untersuchungen stellen wir eine Beurteilung der künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der UdSSR. und der übrigen Welt von Sowjetseite.

Sie wurde uns auf unsere Bitte freundlicherweise zur Verfügung gestellt und entstammt der Feder einer mit den internen Fragen der Sowjetwirtschaft sehr vertrauten Persönlichkeit.

Die deutschen Gegenargumente faßt im folgenden Beitrag A. W. Just, Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung“ in Moskau, zusammen.

Die Schriftleitung

Das Problem der gegenseitigen Beziehungen zwischen der UdSSR. und der kapitalistischen Welt beschäftigt gegenwärtig breitere Kreise der europäischen Intelligenz. Der unmittelbare Anlaß, der dieses Problem auf die Tagesordnung stellte, war das unerwartete Erscheinen des Sowjetgetreides auf dem Weltmarkte im Herbst vorigen Jahres. Damit war mit einem Schlage die geläufige Vorstellung erledigt, als ob die Landwirtschaft der UdSSR. dahinsiehe. Die raue Sprache der Wirklichkeit zeigte, daß das Sowjetwirtschaftssystem fähig ist, sich — obendrein in einem außerordentlich raschen Tempo — selbst unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise zu entwickeln, deren Stößen nicht einmal solche Giganten der industriellen Entwicklung wie USA., Deutschland und Großbritannien standzuhalten vermochten.

Einen anderen elementaren Anlaß für die verschärfte Stellung des Problems bildete die im Gegensatz zu allen kapitalistischen Ländern zu beobachtende rasche Entwicklung des Sowjetimports, die hauptsächlich auf der Linie des Imports von Produktionsmitteln erfolgte. Dieser Umstand, der das Interesse an der UdSSR. als einem Absatzmarkt für die europäische Schwerindustrie nachdrücklich steigerte, veranlaßte noch kürzlich die deutsche Industrie, die bekannte Vereinbarung über die allgemeinen Bedingungen für neue große Bestellungen der UdSSR. in Deutschland abzuschließen, und auch die italienische Regierung sah sich veranlaßt, die schon vorher bestehende Praxis der Exportkreditgarantie für Sowjetbestellungen wesentlich zu erweitern. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß nach Deutschland und Italien den Weg einer Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR. auch Polen, England, die Tschechoslowakei, Österreich und sogar Frankreich einschlagen, so wird das Interesse völlig verständlich, das gegenwärtig den Fragen des Sowjetexports in breiten Schichten der europäischen Öffentlichkeit entgegengebracht wird.

Demnach lenkt die UdSSR. sowohl auf der Linie des Exports wie auch auf derjenigen des Imports die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung der europäischen Länder auf sich.

Warum nicht Autarkie?

Ausgangspunkt für die Behandlung aller erwähnten Fragen bildet die zweifelloserfolgreiche Erfüllung des Fünfjahresplans der volkswirtschaftlichen Entwicklung der UdSSR. Die Aufstellung des Fünfjahresplanes wurde bekanntlich in Europa seinerzeit mit dem Lächeln der Skepsis aufgenommen. Über die „Pjatiletka“ spottete man ebenso, wie man seinerzeit über den Elektrifizierungsplan der UdSSR. gespottet hatte. Es schien völlig unmöglich, absolut undenkbar, daß das gigantische Land mit seiner 150-Millionen-Bevölkerung im Verlaufe einer längeren Frist nach einem strengen Plan arbeiten, produzieren könnte, der die Entwicklung aller Produktionszweige, des Güterumlaufes und des Transportes, ebenso wie aller Zweige der Kultur ausnahmslos und im Detail regeln sollte. Das im Fünfjahresplan vorgesehene Entwicklungstempo, das eine 10%ige jährliche Zunahme der industriellen Produktion vorsah, erschien phantastisch. Die öffentliche Meinung Europas ging von der unrichtigen Vorstellung aus, daß die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung auch für die UdSSR. bindend bestehen. Sie berücksichtigte nicht den Umstand, daß sich in Gestalt der UdSSR. vor sich ein völlig neues wirtschaftliches Gebilde, ein völlig neues gesellschaftliches System hat.

Die Erfolge des Fünfjahresplanes stellen eine ganze Reihe von Fragen hinsichtlich der gegenseitigen Beziehungen der UdSSR. zu der kapitalistischen Welt. Die erste und grundlegende Frage besteht darin, ist ein Wachstum der Sowjetwirtschaft und die Verwirklichung des Fünfjahresplanes ohne Teilnahme der kapitalistischen Welt möglich? Obwohl diese Frage rein theoretische Bedeutung besitzt, so antwortet doch die Sowjetöffentlichkeit auf diese Frage durch ein entschiedenes und kategorisches Ja! Der Fünfjahresplan ist in der Weise aufgestellt, daß die Entwicklung auch in dem Falle möglich wäre, wenn die gegenseitigen Beziehungen der UdSSR. mit der kapitalistischen Welt — nicht aus Schuld der UdSSR. — zerrissen würden. In dem unermeßlichen Sowjetlande gibt es genügend innere Kraftquellen, um den Fünfjahresplan zu erfüllen und an die weitere Entwicklung ohne Teilnahme der übrigen Länder heranzugehen. Jedoch stellt sich die UdSSR. wie in der Vergangenheit auch für die Zukunft nicht die Aufgabe wirtschaftlicher Autarkie, sie besitzt eine zu tüchtige Dosis historischer und ökonomischer Kenntnis und Erfahrung.

Was bedeutet das Prinzip der wirtschaftlichen Autarkie, das wie eine Epidemie von Zeit zu Zeit die Gehirne der Wirtschaftsleiter des Kapitalismus zu vernebeln beginnt? Es bedeutet den reaktionären Versuch, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen, was allgemein gesprochen nicht nur undenkbar, sondern auch unmöglich ist. Man kann nicht ungestraft das Gewebe der internationalen Wirtschaftsverbindungen zerreißen, das in Jahrhunderten auf der Grundlage natürlicher und historisch entwickelter Arbeitsteilung ausgebildet worden ist. Selbst die unbedeutendsten

törung dieser Verbindung wirkt sich katastrophal auf die Wirtschaft jedes einzelnen Landes aus. Es genügt, daran zu erinnern, welche Folgen die Einschränkung des Welthandels im Resultat der gegenwärtigen Krise hatte, um zu verstehen, in welchem Grade der wirtschaftliche Organismus jedes einzelnen Landes mit seiner Rolle und seiner Bedeutung innerhalb der weltwirtschaftlichen Beziehungen geschwächt ist.

Die Menschheit kann nicht mehr zum Mittelalter mit seinen geringen weltwirtschaftlichen Verbindungen zurückkehren. Die Zukunft der Menschheit liegt nicht auf dem Wege der Verringerung der zwischen den Ländern bestehenden Verbindungen, sondern auf dem Wege der Weiterentwicklung bis zu dem Grade, wo sie schließlich unter den Bedingungen einer höheren gesellschaftlichen Ordnung die gesamte Erde auf der Basis eines einzigen Planes als allgemeiner Lebensbedingung der wechselnden menschlichen Generationen nutzen wird.

Von diesem Standpunkte wäre es durchaus reaktionär, ebenso wie völlig undenkbar und kaum möglich, zu versuchen, die Einbeziehung der gigantischen Naturreichtümer der Sowjetunion in den Weltgüterverkehr zu verhindern. Die Bereicherung der Naturkräfte der Menschheit durch die gewaltigen Schätze, die im Schoß der Sowjetebenen, der Gewässer und der Berge schlummern, stellt eine der grandiosen Aufgaben dar, die jemals in der Welt bestanden. Auf der anderen Seite wäre es nicht weniger reaktionär, auf die Nutzbarmachung der gewaltigen industriellen Ausrüstung der europäischen und nichteuropäischen Länder bei der Hebung dieser gigantischen Reichtümer der UdSSR. zu verzichten, bei dem grandiosen Bauwerke, welches jemals die Geschichte gekannt hat und das in der UdSSR. durchgeführt wird. Aus dem Bestehen der materiellen Verbindungen der UdSSR. mit der umgebenden Welt ist in keiner Weise die Notwendigkeit irgendeiner Einschränkung dieser Beziehungen zu folgern. Im Gegenteil, vom Standpunkt der materiellen Produktion liegt die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen der UdSSR. zu der umgebenden Welt gänzlich in der Linie der historischen Entwicklung.

Sowjetexport als weltwirtschaftlicher Faktor

Hierzu gehört noch eine zweite Frage: ob nicht der soziale Unterschied zwischen dem sowjetistischen und dem kapitalistischen System ein Hindernis für die Erweiterung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen bildet. Daß ein solcher Unterschied besteht und daß er äußerst wesentlich ist, darüber streitet man gegenwärtig nicht mehr. Dialektisch gesehen, existieren jedoch solche Gegensätze immer und überall nebeneinander. Der Modus dieser gleichzeitigen Existenz des sowjetistischen und des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist aber bekanntlich das Prinzip des gegenseitigen Vorteils.

Wir haben schon oben erwähnt, daß in der breiten historischen Perspektive die

Welt, die die UdSSR. umgibt, an der Entwicklung des Sowjetexportes interessiert ist, da dieser Export nicht weniger ist, als ein Ausdruck der Tatsache, daß die Welt endlich real an die Ausnutzung der gigantischen Naturschätze der UdSSR. heran-
gegangen ist. Aber sogar vom kapitalistischen Standpunkt aus bedeutet der Sowjet-
export eine Erscheinung, die man mit allen Kräften entwickeln muß. Es erübrigt
sich, zu beweisen, daß die Industrien der entwickelten Länder in erster Reihe billige
und qualitativ gute Rohstoffe für ihre verarbeitende Industrie benötigen. Die
UdSSR. ist an erster Stelle vor allen anderen Ländern der Welt in der Lage, billigste
und beste Rohstoffe zu liefern. Das Dumping-Geschrei braucht uns nicht in Verwirrung
zu bringen: es ist das Geschrei des Konkurrenten angesichts des stärkeren
Gegners. Für jeden, der die Wirtschaftsgeschichte kennt, muß klar sein, daß dieses
Geschrei entstand und entsteht bei jedem Konkurrenzkampf. Der Unterschied besteht
hier darin, daß man infolge der Eigenart des Wirtschaftssystems der UdSSR.
und dadurch, daß die breiten Schichten Europas die UdSSR. nicht kennen, mehr
widersinnige Anklagen und Vorwürfe verschiedenster Art über sie ausschütten kann
als über die anderen Partner. Wir müssen deswegen vorübergehend uns von diesem
Geschrei frei machen und die Frage nach ihrem Sinn betrachten.

Die Billigkeit der industriellen und landwirtschaftlichen Rohstoffe der UdSSR.
ergibt sich nicht aus der Billigkeit der Arbeitskraft in der UdSSR. Jedem, der die
Lage der Arbeiter in der UdSSR. kennt, ist bekannt, daß das schwerste Problem der
UdSSR. infolge des vollkommenen Verschwindens der Arbeitslosigkeit das Problem
der Beschaffung der Arbeitskraft ist. Die Billigkeit der Sowjetrohstoffe ergibt sich
aus den außergewöhnlich natürlichen Vorzügen der UdSSR. Die unversiegbaren und
mit jedem Jahr sich vergrößernden Schätze an Naphtha, Kohle, Asbest, Apatit und
anderen Bodenreichtümern, die in der Welt einzigartigen Holzbestände, die gigantischen
Strecken noch ungenutzter schwarzer Erde usw. — alles dies erhebt die UdSSR.
über alle produzierenden Länder und sichert ihr niedrigere Selbstkosten, als es bei
den anderen Produzenten möglich ist. In bezug auf den europäischen Markt tritt
noch ein anderer wichtiger Umstand hervor, und zwar die geographische Nähe der
UdSSR., die auch im wesentlichen bei der Beurteilung der relativen Billigkeit der
Sowjetrohstoffe nicht unbedeutend ist. Andererseits müssen wir niemals auch nur
für einen Augenblick vergessen, daß in einer ganzen Reihe von Produkten die
UdSSR. gegenwärtig über größere und vollkommeneren technische Ausrüstungen als
die Konkurrenz verfügt. Dies kann man nicht nur hinsichtlich Naphtha und Asbest
sagen, hinsichtlich deren die Förderungstechnik der UdSSR. schon gegenwärtig
an erster Stelle der Welt steht, sondern vor allem auch, und zuvor noch, hinsichtlich
des Getreides. Die nach dem letzten Stand der landwirtschaftlichen Technik ein-
gerichteten gewaltigen Staatsgüter der Ukraine, des Nordkaukasus, Sibiriens, Kasach-
stans, Baschkiriens sind imstande, Getreide zu so niedrigen Herstellungskosten zu pro-
duzieren, wie sie für jeden der Konkurrenten undenkbar sind. Die eben unternom-

ne Mechanisierung der Holzbeschaffung verspricht auch, die Forstwirtschaft der UdSSR. in ihrer Technik auf einen der ersten Plätze der Welt zu rücken.

Die UdSSR. hat ihre industrielle Entwicklung sehr spät begonnen. Dies ist natürlich eine schwache Seite. Eine starke Seite hierbei ist jedoch, daß dank dem späten Eintritt in die Reihe der industriell entwickelten Länder die UdSSR. die Möglichkeit erhält, ihre industrielle Entwicklung vom Standpunkte der höchsten Technik aus zu beginnen, der durch die fortgeschrittenen Länder bis dahin erreicht wurde. In der Geschichte der industriellen Länder war es immer so. Das spätmittelalterliche Europa begann seine industrielle Entwicklung auf dem Standpunkte, auf dem die industrielle Entwicklung der Mittelmeerländer stehengeblieben war. Das England des 17. und 18. Jahrhunderts erlangte die industrielle Weltherrschaft auf der Basis der am meisten fortgeschrittenen industriellen Erfahrung des kontinentalen Europa. Deutschland überholte Ende des vorigen Jahrhunderts England durch Ausnutzung der technischen Erfahrung, welche dieses älteste Land selbst zu nutzen nicht imstande war. Die Vereinigten Staaten rückten im 20. Jahrhundert an die erste Stelle auf Basis derselben fortgeschrittenen industriellen und technischen Erfahrung der europäischen Länder. Die UdSSR., deren industrielle Entwicklung eben erst anhebt, beginnt diese Entwicklung mit der Nutzbarmachung der fortgeschrittensten amerikanischen und europäischen technischen Erfahrung. Es ist nicht zu zweifeln, daß demzufolge sie in kurzer Zeit an einem der ersten Plätze in der Welttechnik stehen kann.

Andererseits kann man die gewaltigen Vorzüge nicht außer acht lassen, die sich für den sowjetistischen Export aus den Besonderheiten des sowjetistischen Wirtschaftssystems ergeben. Gänzlich neue Gesichtspunkte hat die Planwirtschaft in den Bergbau getragen, wo dank der Konzentration der Gesamtförderung in einer Hand es möglich geworden ist, die Gewinnung auf eine für den Kapitalismus überhaupt unerreichbare technische Stufe zu stellen (Asbest, Naphtha). In der Landwirtschaft hat die Nationalisierung des Bodens und das Fehlen der durch das Privateigentum dem Boden auferlegten Beschränkungen eine in der Geschichte der Landwirtschaft ungekannte Größe der landwirtschaftlichen Betriebe möglich gemacht, deren Territorium große europäische Provinzen bedeckt. Wenn wir die übrigen verschiedenartigen positiven Wirkungen der Planwirtschaft auf die Gesteungskosten berücksichtigen, so verstehen wir, daß das Wirtschaftsprinzip der UdSSR. selbst ihm die Möglichkeit einer stärkeren Erhöhung der Produktivkräfte und damit — bei sonst gleichen Bedingungen — niedrigere Gesteungskosten sichert.

Dies ist es, was die UdSSR. instand setzt, auf den kapitalistischen Märkten völlig konkurrenzfähige Rohstoffe guter Qualität anzubieten. Natürlich muß im Rahmen des gesättigten Weltmarktes die Entwicklung des Sowjetexportes, der, wie wir festgestellt haben, über volle Konkurrenzfähigkeit verfügt, von einer gewissen Verdrängung alter Produzenten vom Markte begleitet sein, die dieselben Waren unter

schlechteren natürlichen, technischen und sozialen Bedingungen produzieren. Es ist natürlich, daß diese Konkurrenten um so lauter schreien, je hoffnungsloser ihre Positionen sind. Es wäre jedoch der größte Irrtum, dieses Geschrei für den Ausdrück der wahren Interessen der europäischen Wirtschaft zu halten.

Bei der Verantwortung der Frage nach den Interessen dieses oder jenes Landes müssen wir immer ausgehen von den Interessen der führenden entscheidenden Wirtschaftszweige. Es fragt sich jetzt, welche Zweige der Wirtschaft für das künftige Europa führend und entscheidend sind: ob es die Zweige der fördernden oder die Zweige der verarbeitenden Industrie sind? Man muß nicht besonders gelehrt sein, um sich sofort zu sagen, daß die gesamte Zukunft Europas von der Lage abhängt, in der sich seine verarbeitende Industrie befindet. Die fördernde Industrie Europas — wenn man von Kohle und Eisen absieht — kann überhaupt verschwinden, ohne daß dies viel an den Grundlinien der wirtschaftlichen Entwicklung Europas, wenn man es als eine Gesamtheit betrachtet, verändern würde. Für die industrielle Welt, statt der Welt, die Europa bis vor kurzer Zeit darstellte und die sie in gewissem Grade auch jetzt bleibt, sind natürlich die Interessen der Zweige der verarbeitenden Industrie entscheidend und nicht die Interessen der fördernden Industriezweige. Dabei wird das Schicksal der verarbeitenden Industrie in erster Linie durch die Kosten der Existenzmittel der Arbeiterklasse und durch die Kosten des zur Verarbeitung gelangenden Rohstoffes bestimmt. Die Höhe der Gestehungskosten in der verarbeitenden Industrie wird in erster Linie durch diese Faktoren bestimmt. Ihrerseits wird durch die Höhe der Gestehungskosten die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Industrie auf dem Weltmarkt bestimmt. Das Geschrei der Konkurrenten über das Sowjetdumping kann deshalb für die entscheidenden Grundzweige der europäischen Wirtschaft nichts anderes bedeuten, als den Rat, bewußt die eigene Produktion zu verteuern.

Wenn allerdings das Interesse der europäischen Industrie darin liegt, mit möglichst hohen Gestehungskosten zu produzieren, dann muß natürlich die europäische Industrie an dem Kampf gegen den Sowjetimport teilnehmen. Dies ist jedoch nicht so. Und wenn jetzt die Politik einer ganzen Reihe europäischer Regierungen in ununterbrochenen Versuchen besteht, prinzipienlos Unversöhnliches zu versöhnen, in ihrer Zollpolitik die Interessen sowohl der fördernden wie der verarbeitenden Industrie zu vereinigen, so kann man dazu nur das eine sagen, nämlich: daß eine derartige Politik völlig blind ist. Das Schicksal des kapitalistischen Europa hängt ausschließlich davon ab, ob seine leitenden Kreise verstehen, das entscheidende Kettenglied zu finden, mittels dessen sie hoffen können, die ganze überalterte und buchstäblich verrostete Kette der kapitalistischen Produktion zu bewegen.

Die Probleme des Imports

Als eine Besonderheit des Außenhandels mit der UdSSR. zeigt sich bei näherer Betrachtung die Tatsache, daß die UdSSR. in den letzten Jahren das größte Maschinenimportland der Welt geworden ist. Wenn noch im Jahre 1924 die UdSSR. der Zahl der wichtigeren Maschinenimportländer kaum figurierte, so steht sie mit Anfang 1926 an erster Stelle dieser Länder und behauptet auch gegenwärtig unverändert diesen Platz. Man könnte allerdings entgegenhalten, daß im Verhältnis zu Deutschland dies in dem Sinne nicht ganz zutreffend ist, als formal-statistisch in den letzten beiden Jahren an erster Stelle der Länder, nach denen Deutschland seine Maschinen exportiert, nicht die UdSSR., sondern Frankreich steht. Wenn wir uns jedoch vergegenwärtigen, daß etwa die Hälfte des Maschinenexportes Deutschlands nach Frankreich auf Rechnung von Reparationszahlungen erfolgt, so ermag das eben erwähnte formal-statistische Zahlenverhältnis uns nicht mehr zu wundern, und die Bedeutung der UdSSR. als ersten Maschinen-Import-Landes wird für Deutschland ebenso wie für alle übrigen Maschinen exportierenden Länder offenbar.

Eine der Nebenfragen in den sowjet-europäischen Wirtschaftsbeziehungen ist die mehrfach in der europäischen Presse ausgesprochene Furcht vor der Entwicklung der UdSSR. zu einem künftigen industriellen Konkurrenten europäischen Landes. Wir haben schon auf die Tatsache hingewiesen, daß, soweit es sich um den Export handelt, erstens die UdSSR. diesen durch den Umfang des erforderlichen Importes begrenzt, d. h. nur verkauft, um einzukaufen und dazu mehr einzukaufen als zu verkaufen und daß die UdSSR. zweitens den Export nur der Halbfabrikate und Rohstoffe entwickelt, bei denen die UdSSR. über natürliche oder unbestreitbare technische Vorteile verfügt.

Was den Import von Maschinen betrifft, so klingen die Erörterungen darüber, daß die europäische Industrie sich selbst durch die Maschinenlieferungen nach der UdSSR. das Grab grabe, völlig kindlich im Lichte der industriellen wissenschaftlichen Erfahrungen, über die wir heute verfügen. Die Wirtschaftsgeschichte kennt natürlich Perioden, wo die alten Industrieländer aus Furcht vor dem Erscheinen neuer Konkurrenten ihre Industriegeheimnisse eifersüchtig hüteten, sie mit dem Siegel staatlichen Schutzes versahen und sorgfältig den Export von Maschinen und technischen Kräften ins Ausland verhinderten. Den Regierungen dieser naiven Periode schien es, daß man auf diese Weise das Rad der Geschichte aufhalten, auf ewigkeit das Recht der industriellen Erstgeburt für einen kleinen Kreis ausgewählter Länder reservieren könne. Die Geschichte des Kapitalismus hat diese kindliche Illusion in Stücke zerschlagen. Keine Regierungsverbote, keine Agitation närrischer und unvernünftiger Schützer der heimischen Industrie waren imstande, die mächtige Entwicklung der Produktivkräfte in den Ländern zu verhindern, wo diese Entwicklung auf unbestreitbare natürliche Vorzüge gestützt war. Das Leben ging

nicht den Weg der Isolierung von Industrie und Technik auf einen Kreis wenig ausgewählter Länder, sondern den Weg rascher und breiter Entwicklung der Industrie in der ganzen Welt mit allmählicher Einbeziehung immer neuer und neuer Länder in den Kreis der industriellen und technischen Entwicklung. Mehr noch: die alten Industrieländer mit ihrer hochentwickelten Industrie der Produktionsmittel, die nur auf der Grundlage ununterbrochen erweiterten Absatzes bestehen konnte, förderte am meisten die Übertragung der industriellen Erfahrungen und Kenntnisse auf andere Länder.

Kann es denn anders sein? Nehmen wir zum Beispiel die deutsche Maschinenfabrikation, die nach dem Zeugnis der Maschinenfabrikanten selbst nicht imstande ist, ohne Export zu existieren! Durch die Erweiterung ihres Exportes, d. h. durch die inneren unaufhörlichen ökonomischen Notwendigkeit gehorchend, trägt die deutsche Maschinenindustrie willentlich oder unwillentlich zugleich mit ihren Maschinen auch die ganze Welt auch ihre industrielle Erfahrung, da die Maschine als Arbeitsmittel eines der wichtigsten konstituierenden Momente einer jeden industriellen Entwicklung bildet.

Demzufolge ist die Gefahr der Übertragung deutscher industrieller Erfahrungen in andere Länder nicht nur gegenüber der UdSSR., sondern auch bei allen anderen Ländern gegeben, d. h. gegenüber der ganzen Welt. Und dies ist keineswegs eine neue Gefahr; sie entstand in dem gleichen Moment, wo der Maschinenexport begonnen hat, und wird so lange nicht aufhören, wie dieser besteht.

Es fragt sich jetzt: hat sich Deutschland selbst das Grab in einigen Jahrzehnten seiner industriellen Entwicklung und des hiermit verbundenen Maschinenexports gegraben? Es genügt, die Frage zu stellen, um die Absurdität dieser ganzen „Theorie“ der Gefährlichkeit des Maschinenexportes belächeln zu müssen. Seit den längst vergessenen Zeiten geht in der ökonomischen Theorie der Streit über die Natur des kapitalistischen Marktes und die Gesetze seiner Entwicklung. Von Simonde de Sismondi über die russische Narodniki bis zu Rosa Luxemburg entsteht periodisch in der ökonomischen Theorie die Angst vor den Folgen der kapitalistischen Entwicklung, die in der unrichtigen theoretischen Vorstellung Gestalt gewann, daß die Entwicklung des kapitalistischen Marktes nur auf Rechnung der Einbeziehung neuer Konsumenten möglich wäre, praktisch gesprochen auf Rechnung der Einbeziehung der rückständigen Agrarländer und ihrer bäuerlichen Bevölkerung. Die ökonomische Theorie hat längst mit einem solchen Irrtum Schluß gemacht. Durch die Arbeiten einer Reihe hervorragender Ökonomen, darunter auch nicht in geringem Grade Lenins, hat sich gezeigt, daß der Kapitalismus sich selbst den Markt schafft, auch wenn er nicht imstande ist, mit seinen Widersprüchen fertig zu werden. Die Konzeption von Marx und Lenin wird auf das glänzendste durch die Erfahrungen der ganzen kapitalistischen Wirtschaft bestätigt, in welcher die am stärksten entwickelten Länder sich auch als die kräftigsten Käufer erwiesen haben.

Ein höchst interessantes Zeugnis bietet das Material, das durch die deutschen Maschinenfabrikanten zur Völkerbundstagung im Jahre 1926 gesammelt wurde. Die Verfasser des Memorandums, die sich mit der Widerlegung der Theorie von der Gefahr des Maschinenexportes“ erschöpfend beschäftigen, schreiben:

„Ist aber mit Hilfe eingeführter Produktionsmittel die Industrialisierung der übrigen Volkswirtschaft eines Landes hinreichend weit durchgeführt, und beginnt auf dieser Basis eine eigene Maschinenindustrie sich zu entwickeln, so ist auch dieses letzte und erst nach geraumer Zeit erreichbare Entwicklungsstadium für die Maschinenindustrie der älteren Industrieländer keineswegs in irgendeiner Weise bedrohlich. Denn beim Maschinenwelthandel ist, wie oben nachgewiesen, trotz der hierfür ungünstigen Nachkriegsentwicklung der gegenseitige Austausch der Maschinen erzeugenden Länder untereinander nach wie vor wesentlich wichtiger als die Ausfuhr nach den sich industrialisierenden Ländern. Die Maschinen produzierenden Länder sind sich gegenseitig ihre besten Kunden.“

Noch naiver sind die Stimmen, die eine Einschränkung des Exportes europäischen technischen Wissens nach der UdSSR. fordern. Diese Leute müssen wohl recht schlecht von der europäischen Wissenschaft und Technik denken. Die europäische Wissenschaft und Technik ist mit wenigen Ausnahmen schon lange zu einer Errungenschaft der gesamten denkenden Menschheit geworden. Keinerlei wissenschaftliche Tätigkeit in irgendeinem Lande der Welt ist heute denkbar, ohne Benutzung der technischen Erfahrung und Wissenschaft Deutschlands, Englands und anderer Länder Europas. Gerade deshalb, weil die europäische Technik überhaupt zu einer Welterscheinung geworden ist, wäre es undenkbar und aussichtslos, ihre Übertragung nach der UdSSR. verhindern zu wollen. Die deutschen Arbeiter, Ingenieure, Techniker und Professoren gehen zum Beispiel zur Arbeit in der UdSSR. und werden dies in Zukunft in wachsendem Maßstabe tun, ungeachtet aller geschaffenen Hindernisse und objektiven Schwierigkeiten, deshalb, weil die UdSSR. mit ihrer gigantischen Arbeitsentfaltung, die durch keinen engen Rahmen des Privateigentums begrenzt ist, imstande ist, die günstigsten Bedingungen für die Realisierung der gigantischen technischen Projekte zu schaffen, die in den Köpfen der fortgeschrittenen Techniker Deutschlands reifen und die wegen der Krisis, der Angst vor neuen technischen Entdeckungen und Konkurrenten, keine Anwendung finden können.

Ausblick

Wir dürfen indessen die Eigenschaft der kulturellen Beziehungen an sich nicht überschätzen. So stark auch die kulturellen Beziehungen sein mögen, so stellen sie doch immer nur eine Begleiterscheinung zu den Handels- und Industriebeziehungen dar. Die amerikanischen Ingenieure, die amerikanische Wissenschaft und die amerikanische Technik haben in der UdSSR. an erster Stelle im letzten Jahre nur deshalb gestanden, weil in diesem Jahre Amerika zum ersten Male vor Deutschland im Export industrieller Installationen nach der UdSSR. stand. Demgegenüber führt die Belebung der Sowjetbestellungen in Deutschland während der letzten Zeit und

die großen Bestellungen auf der Grundlage der eben abgeschlossenen Vereinbarung zu einem neuen Aufblühen der kulturellen Beziehungen der UdSSR. zu Deutschland.

Ebenso wie es zu Anfang des vorigen Jahrhunderts naiv gewesen wäre, zu fragen, wann die industrielle Revolution beendet sein würde, die durch den Arkwrightschen Webstuhl, durch die Dampfmaschine und durch die Verwendung der Steinkohle zur Verkokung eingeleitet wurde, so wäre es nicht weniger naiv, zu fragen, wann die Industrialisierung der Sowjetunion beendet sein wird. Sie wird niemals beendet sein, da sie nur durch äußere Umstände gestört werden kann. Dem ersten Fünfjahresplan wird ein zweiter noch grandioserer, diesem ein dritter usw. folgen.

Viele verwundert eine solche Stellung der Frage und sie fragen uns: welchen Umfang wird unsere Industrie erreichen? Schon jetzt haben wir uns die geschichtlich unerhörte Aufgabe gestellt, die Roheisenproduktion von 4 auf 17 Mill. t jährlich im Laufe von 5 Jahren zu steigern. Welchen Umfang wird erst unsere Metallindustrie in 10, in 15 Jahren haben! Um eine Vorstellung vom Maßstab, der für die Sowjetunion erforderlichen Industrie zu geben, wird auf folgendes hingewiesen: Die Sowjetunion hat sich die geschichtlich unerhörte Aufgabe gestellt, die Roheisenproduktion zum Ende des Jahrfünftes von 4 auf 17 Mill. t jährlich zu bringen. Um jedoch die gleiche Produktion von Metall pro Kopf der Bevölkerung wie in USA. im Jahre 1929 zu erhalten, müßte sich die Roheisenproduktion der UdSSR. auf 75 Mill. t jährlich belaufen. Die Revolution hat ein solches gesellschaftliches System geschaffen, das sich als letzte Aufgabe die völlige Befriedigung dieser erwachten und unaufhörlich wachsenden Massenbedürfnisse stellt. Es gilt nicht nur, den normalen Kopfverbrauch der fortgeschrittenen Länder für die 160 Millionen der Sowjetbevölkerung zu erreichen, die sich nach der Statistik alljährlich um fast 5 Millionen Personen vermehrt. Es gilt, diese Normen zu überholen, und danach kann man sich eine ungefähre Vorstellung von den gigantischen Aufgaben machen, die vor der Industrie der UdSSR. stehen, und von der wahrhaft gewaltigen Rolle, die hierbei die europäische Industrie einzunehmen vermag.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die wachsende Industrialisierung der UdSSR. die Bedeutung des Importes in der Wirtschaft des Landes relativ verkleinert. Eben diesen elementaren Umstand haben auch die im Auge, die die Sowjetindustrialisierung fürchten. Doch sie vergessen dabei, daß der gigantische Maßstab des Aufbaus der UdSSR. auch bei relativem Rückgang der Rolle der ausländischen Industrie notgedrungen begleitet ist von diesem gewaltigen absoluten Wachstum des Importes aus den anderen Ländern und dabei in einem Umfange, der für den heutigen Tag phantastisch klingen mag. Dies haben auch die deutschen Industriellen, die sich kürzlich in der UdSSR. aufgehalten haben, wohl verstanden.

Wir entnehmen dem „Hamburger Fremdenblatt“ vom 14. März folgende Ausführungen eines der Mitglieder der Delegation über die Ergebnisse der Reise:

„Über das Ergebnis ihrer Reise nach Rußland haben sich die Mitglieder der Abordnung untereinander durchweg sehr befriedigt ausgesprochen. Einmütig geht die Auffassung dahin, daß alles getan werden müsse, die bereits bestehenden Beziehungen zwischen der deutschen Wirtschaft und Rußland zu festigen und aufzubauen. Denn Rußland sei der Großabnehmer, auf dessen Warenbedarf heute die Lebensmöglichkeit für ganze Zweige der deutschen Industrie beruhe . . . In Rußland eröffneten sich für die deutsche Industrie nahezu unbeschränkte Möglichkeiten . . . Festzuhalten und immer wieder zu unterstreichen sei die Tatsache, daß die Absatzaussichten der deutschen Produktion in anderen Ländern sich mit denen in Rußland im Ernst überhaupt nicht vergleichen ließen, und zwar sowohl im Hinblick auf die Masse des Absatzes wie auf seine Dauer.“

Schließlich stellt die UdSSR. die Aufgabe der Schaffung einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit ebenso, wie sie sich die völlige politische Unabhängigkeit von den uns feindlichen kapitalistischen Ländern errungen hat. Eine wirtschaftliche Autarkie erstrebt die UdSSR. keineswegs. Indem die UdSSR. im System der Weltwirtschaft, der internationalen Arbeitsteilung verbleibt, will sie sich vor der Umwandlung in eine kapitalistische Kolonie und in ein agrarisches Zubehör zu den entwickelten Industriestaaten sichern.

ARTUR W. JUST:

Der autarke russische Raum

Seitdem Stalin besiegt und Trotzki in die Verbannung geschickt hat, wird im Rätebund sehr ernst und bewußt versucht, die wirtschaftliche Autarkie zu errichten. Trotzki's These lautete, auf die einfachste Formel gebracht: Kein sozialistischer Staat ohne Vorantragung der Weltrevolution! — Stalin hingegen setzte die Überzeugung durch, daß die Bolschewiki auch in dem ihnen zur Verfügung stehenden Raum bereits „den Sozialismus bauen“ könnten, und vor einigen Monaten ist von eben dieser zuständigen Seite verkündet worden, daß der Sozialismus bereits an verschiedenen Stellen des Wirtschaftsgebäudes des Staates vollendet sei. Entscheidend ist nicht, ob das, was im Rätestaat als Sozialismus ausgegeben wird, auch wirklich dem Idealbild Karl Marx' entspricht. Ihren Kritikern halten die Bolschewiki mit Recht entgegen, daß ein besseres Exempel als das ihre noch nicht vorhanden ist. Maßgebend ist allein die Tatsache, daß man nicht nur politisch, sondern in steigendem Maße auch wirtschaftlich und kulturell den Rätestaat der übrigen kapitalistischen Welt gegenüberstellt, daß man „Europa und Amerika einholen und überholen“ will. Die hinter den Entwicklungsplänen stehende treibende Kraft ist die Gewißheit eines kommenden Krieges, die Angst vor der Blockade und das Streben, vom a priori feindlichen Ausland unabhängig zu werden. Fraglos besteht der Wille zur Autarkie, mehr noch, es handelt sich dabei um eine zwangsläufige Folge aus dem Lebenswillen dieses Staates, der sich nach eigenen Gesetzen zu entwickeln denkt und deshalb, je schwächer er sich fühlt, desto ängstlicher

bestrebt sein muß, sich von allen fremden Einflüssen freizuhalten. Der Sinn des großen politischen Schauprozesses der letzten Jahre (Schachty-, Ramsin- und Miloschewikenprozeß) bestand immer wieder darin (in dieser Reihenfolge), die gefährlichen Einflüsse des Kapitalismus, Imperialismus und der Sozialdemokratie in Zusammenarbeit mit den Überresten korrespondierender Geister des Inlandes für den Staat aufzuzeigen. Von Moskau aus gesehen, hat dieser Staat überhaupt nur Sinn, wenn er zu jeder Zeit seiner Existenz so autark wie möglich ist und wenn er der Erreichung dieses absoluten Ziels alle seine Kräfte unterordnet.

Aufbau nicht ohne Ausland!

Von drüben aber sieht die Sache ganz anders aus. Der durch die Revolution von 1917 bewirkte Ausfall des russischen Raumes aus dem Kreislauf der Weltwirtschaft erwies sich am Ausgang des Weltkriegs als sehr unangenehme Überraschung. Der verhältnismäßig schnell erfolgte Aufbau neuer wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der Wirtschaft der Siegerstaaten und den durch die Fronzwangsläufig von der übrigen Welt abgeschnittenen Besiegten, der begleitet wurde von einer „prosperity“, die sich erst jetzt als Scheinblüte herausstellt, kam nicht zustande zwischen Rußland und der übrigen Welt, obwohl auch hierzu Möglichkeiten vorhanden gewesen waren. Jahre hindurch hat der ehemalige Staatsbankpräsident Scheinmann alles versucht, um den Tscherwonez an den Auslandsbörsen notieren zu lassen. Lenins Konzessionspolitik öffnete durchaus Wege, die zu einer kolonial-kapitalistischen Erschließung Rußlands hätten führen können. Es steht außer Zweifel, daß Milliardeninvestitionen ausländischer Kapitalien in den Jahren 1923/25 die Geschicke des Rätestaats sehr nachhaltig beeinflußt hätten. Daß man nicht rechtzeitig genug erkannt zu haben, ist wahrscheinlich einer der großen und entscheidenden Fehler des internationalen Finanzkapitals, das sich von politischen Sentiments und nicht von wirtschaftlichen Überlegungen beherrschen ließ. Der Ausgangspunkt für das gesteigerte Interesse der kapitalistischen Welt an dem Geschehen im Rätebund scheint mir keineswegs darin zu liegen, daß der Rätestaat früher als nach der im Ausland verbreiteten Anschauung über den Zustand der russischen Landwirtschaft zu erwarten war, wieder mit Getreideexporten auf den Weltmarkt erschien und dadurch sich stärker als Käufer von Produktionsmitteln bemerkbar machen konnte, sondern eben in der Erkenntnis, daß man sich in der Zeit der sogenannten Weltkrise der Wirtschaft an den aktiv und passiv aus der Weltwirtschaft ausgeschalteten russischen Raum erinnert, der von dieser sonst allgemein Erscheinung unberührt geblieben ist und ein eigenes Leben führt. Weder der Umfang noch der Charakter der russischen Ausfuhr bedeuten Überraschung. In Holz und Getreide hat der Rätestaat die Vorkriegsausfuhr noch lange nicht erreicht. In Naphtha hat sie sich vervierfacht, wird aber ohne Schwierigkeit auf den Weltmarkt aufgenommen. Es liegt auch kein Anlaß vor, die Leistungen der Räte-

wirtschaft, besonders etwa auf dem Gebiet der Landwirtschaft, staunend zu bewundern. Die bewirkten Getreideexporte kennzeichnen demjenigen, der die Dinge aus der Nähe sieht, nichts anderes als die politische Macht des Regimes, das in der Lage ist, nach Maßgabe der Staatsbedürfnisse an Auslandsvaluta die Ernährung weiter Kreise der Bevölkerung unter das Vorkriegsminimum herabzudrücken, den ihn interessierenden Teil der städtischen proletarischen Massen mit kärglichen, soeben wieder an vielen Stellen herabgesetzten Kartenrationen zu ernähren und dennoch unerschüttert zu bleiben. Ein Agrarland, wo nicht nur für die Ernährung, sondern selbst zur Herstellung der in Krankenhäusern und Gebäranstalten notwendigen Seife die Fettstoffe fehlen, hat offenbar noch nicht den Beweis erbracht, daß es versteht, seine Landwirtschaft den primitiven eigenen Bedürfnissen entsprechend zu entwickeln.

Nicht entfernt aber liegt mir daran, die vorhandenen Erfolge der Sowjetwirtschaft herabzusetzen, wenn ich es nicht unterlassen kann, oberflächliche russische Propagandabehauptungen über wirtschaftliche Entwicklungen auf das rechte Maß zurückzuführen. Es gibt genug Leistungen, auf die man in Moskau stolz sein kann. Die Aufrechterhaltung der Gesamtwirtschaft, des Verkehrswesens, des Apparats der Warenverteilung, wenn auch nicht ohne große Hemmungen, die Entwicklung der Industrialisierung nach einem den politischen Erfordernissen entsprechenden Plan, der kulturellen Einrichtungen (Schulen, wissenschaftliche Anstalten, Bücher, Zeitungen) aus eigenen Mitteln ohne Auslandskapital unter den für ein Agrarland typischen schweren Bedingungen der langsamen Kapitalbildung sind gewiß organisatorisch beachtliche Wirtschaftserscheinungen. Ihre Bedeutung wird nicht erheblich durch die Tatsache gemindert, daß die Revolution den neuen Herren gewaltige volkswirtschaftliche Güter lastenfrei in die Hand gab, auf deren Basis allein das Experiment unternommen werden konnte. Der Ausgang ist ja noch nicht erkennlich. Wir wissen weder, ob sich die sozialisierte Landwirtschaft rentiert, noch ob die neuen Riesenfabriken jemals gewinnbringend arbeiten werden. Während in der Privatwirtschaft die Probe auf ein wirtschaftliches Exempel meist verhältnismäßig schnell deutlich wird — in Dividenden oder im Konkurs —, hat der zentralistische Staatskapitalismus sehr lange Zeit, bis ihm einmal von der unerbittlichen Göttin Wirtschaft die Rechnung präsentiert wird. Unweigerlich aber muß auch hier Gewinn oder Verlust ausweisen, ob das Wirtschaftsexperiment richtig war oder falsch. Wir sehen zunächst noch und nun also schon zehn Jahre lang, daß der einzige Zweck planwirtschaftlichen Beginnens, nämlich die Vermeidung von Teilkrisen, von Unstimmigkeiten im Zusammenklang der Erzeugung zu einer Wirtschaftsharmonie nicht erreicht ist. Tatsächlich sind planmäßige Entwicklungen im Rätebund immer und immer wieder durch elementare Erscheinungen aufgehalten oder unterbrochen worden. Tatsächlich sind die für die Praxis der Wirtschaftsbetätigung gefundenen Organisationsformen auch heute noch viel zu wenig end-

gültig, um stetige Erfolge zu verbürgen. Der mir seit fünf Jahren aus eigener Anschauung bekannte Dauerzustand russischer Wirtschaftsinstitutionen ist der Umorganisation verbunden mit ständigem Personenwechsel.

Unabhängig davon aber, ob der „Fünfjahrplan erfüllt“ wird, wonach man Europa oft bange fragt, besteht das zur Zeit stark gesteigerte akute Interesse Auslands an den Möglichkeiten einer Außenhandelsbetätigung mit dem Rätebund. Ich möchte der russischen Auffassung, daß die Industrialisierungspläne der Bolschewiki ohne Teilnahme der kapitalistischen Welt Verwirklichung finden könnten, auf das entschiedenste widersprechen. Eine absolute Wirtschaftsblockade im gegenwärtigen Augenblick würde für den Rätebund katastrophale Folgen haben müssen. Zwar ist diese Frage nicht nur theoretisch, sondern utopisch, solange der verhängnisvolle, gefürchtete Krieg der geschlossenen kapitalistischen Front gegen den Rätebund noch nicht begonnen hat. Auch dieser Krieg ist Utopie. Kein einziges der großen Industrieobjekte verzichtet auf die Hilfe ausländischer Ingenieure oder Beratungsfirmen. Überall sind Installationen ausländischer Maschinen vorgesehen. Meine Meinung von den geistigen Fähigkeiten der russischen und der anderen im Rätegebiet lebenden Völker ist zu hoch, als daß ich ihnen nicht zutrauen würde, sich kulturell auch unter einer hermetisch schließenden Glasglocke bemerkenswert zu entwickeln. Die Tatsache aber, daß bei der vor ganz kurzer Zeit erfolgten gesetzlichen und organisatorischen Neuordnung des Erfinderwesens öffentlich auf die Massenverbreitung der unwissentlich erfolgenden Nacherfindungen anderswo längst bekannter Dinge hingewiesen wurde, scheint doch genug zu beweisen: nämlich, daß dann die Geschichte der Menschheit ohne alle Sprünge von dem autarken Rußland noch einmal durchlaufen werden müßte. Lassen wir aber diese Robinsonade.

Die Industrialisierungspläne des Rätebunds gehen grundsätzlich davon aus, daß es möglich ist, die technologischen Erfahrungen der höchstentwickelten Industrieländer nutzbar zu machen, um eben die Entwicklung — um mit Stalin zu sprechen — von fünfzig bis hundert Jahren zu überspringen. Die Amerikabegeisterung hat hier ihren tieferen ideologisch-politischen Sinn. Amerika mit seinen an den russischen Raum gemahnenden Dimensionen scheint deshalb das führende Land der Technik zu sein. Die bequemen Stufen einer organischen allmählichen Entwicklung, die Europa gestiegen ist, imponieren nicht im geringsten. Nicht einmal das amerikanische, sondern das japanische Eisenbahnwesen ist Vorbild für Moskau. Aber sicher nicht deshalb, weil man sich dem Vorwurf der reaktionären Geschichtsschreibung nicht aussetzen will, sucht der Rätebund Verbindung mit dem Ausland. Zur Erreichung der wirtschaftlichen Selbständigkeit, zum „Einholen und Überholen“, gibt es nur den Weg der Nutzbarmachung der Erfahrungen des Auslandes. Lenin hat das bei Begründung der Konzessionspolitik schon deutlich formuliert. Neben dem Zweck der Heranziehung ausländischen Kapitals zur Auffüllung der blutleeren gewordenen russischen Wirtschaft schien es ihm notwendig, ausländische

Lehrmeister ins Land zu ziehen. Alle frühen Konzessionsverträge enthielten umfangreiche Bestimmungen über die Einrichtung von Lehrbetrieben und die Ausbildung von qualifiziertem russischem Personal. Klassisch ist das Beispiel der GFarben-Beziehungen zum Rätestaat. Sie führten zum Abbruch, als die deutsche Firma sich weigerte, die gewünschte technische Hilfe für bestimmte Herstellungsverfahren zu gewähren, für die dieser Weltkonzern noch glaubte, Monopolrechte zu besitzen. Gänzlich unmarxistisch verfährt man bei der Anstellung einzelner hochqualifizierter Ausländer als Fachberater: sie erhalten, besonders wenn sie aus den Vereinigten Staaten kommen, phantastisch hohe Gehälter von 100 000 \$ und mehr. Es wäre natürlich nicht entfernt daran zu denken gewesen, die Entwicklung des extensiven Großgetreidebaus zu verwirklichen, wenn nicht parallel die Aussicht bestanden hätte, den Traktorenbau ganz groß aufzuziehen. Für die Inbetriebnahme des Stalingrader Traktorenwerks sind Hunderte amerikanischer Facharbeiter nötig gewesen, und heute stellt sich heraus, daß deren Zahl viel zu gering bemessen war, weil die Anlernung geeigneter Kräfte wenigstens innerhalb des ersten Betriebsjahrs nur zu einem Bruchteil gelungen ist. Je schwieriger mit fortschreitender Industrialisierung die Produktionsaufgaben werden, desto mehr wird die Rätewirtschaft darauf angewiesen sein, sich ausländischer Erfahrungen und Kräfte zu bedienen. Die Anteilnahme des Auslands gehört untrennbar zum „Fünfjahrplan“.

Vorteile des Staatsmonopols

Bei der Wertung der Verschiedenheit der Wirtschaftssysteme: des kapitalistischen und des — nennen wir es einmal so — sozialistischen, scheint es ohne allen Zweifel, daß das letztere sich in einer Position befindet, die viele und wichtige Vorteile birgt. Mit dem Außenhandelsmonopol hat der Rätestaat den absolut höchsten Punkt jedes möglichen protektionistischen Zollschatzes erreicht. Lediglich der dialektischen Gewandheit seiner Interpreten ist es zu verdanken, daß die übrigen Staaten diesen Sinn noch nicht begriffen haben. Weil außerdem zum Zwecke der Schaffung eines Verhandlungsgegenstands auch noch ein Zollltarif im Rätebund besteht, finden sich in internationalen Wirtschaftsverträgen an sich gegenstandslose Abmachungen über Meistbegünstigung und Zollsätze für einzelne Waren, obwohl jede Voraussetzung für eine Gegenseitigkeit fehlt. Sofern es sich um Dinge handelt, die für die russische Ausfuhr bedeutungsvoll sind, geht die Rede eigentlich nur um einseitige Zugeständnisse an den nichtkapitalistischen Partner. Ob für irgendeine Auslandsware eine russische Staatsbehörde X bei Ankauf der anderen Behörde Y einen gewissen Betrag zahlt oder nicht, kann dem Ausland völlig gleichgültig sein. Grundsätzlich steht bei Geschäftsbeziehungen der Rätestaat mit seiner umfassenden Zentralgewalt niemals der „kapitalistischen Welt“, sondern einem einzelnen Kapitalisten gegenüber, der immer neben sich nicht Helfer, sondern Konz-

kurrenten hat, immer also der vielfach Schwächere ist. Wagt aber in irgendeinem Lande eine Gruppe von solchen kapitalistischen wirtschaftlichen Einzelwesen auf nur den Versuch eines Zweckzusammenschlusses, so hagelt es russische Proteste. Die hauptsächlich in Frankreich neuerdings vertretene Anschauung, daß dem russischen Außenhandelsmonopol ein Ausnahmeregime kongruenter Art zum Ausgleich dieser strukturellen Unterschiede, die sich immer zuungunsten der „Kapitalisten“ auswirken müssen, von Staats wegen entgegenzusetzen sei, ist demnach keine Allgemeinlösung. Tatsächlich gibt es eine solche nicht, solange innerhalb der Welt- und der nationalen Wirtschaften der freie Wettbewerb der individualistischen schaffenden Kräfte nicht ausgeschaltet werden kann. Die Verschiedenheit der Systeme ist, von Moskau aus gesehen, nicht nur kein Hindernis für die Entwicklung der Beziehungen zum Ausland, sondern sogar ein Vorteil. Relativ sind beispielsweise die Zugeständnisse, die von russischer Seite einem Staat mit Außenhandelsmonopol, wie Persien oder der Türkei, mit ihren auf Selbstisolierung und Staatskapitalismus hinauslaufenden Wirtschaftsmethoden viel größer als gegenüber den rein kapitalistischen Staaten. Selbst Italien gehört zu den Bevorzugten. Der stärkste Wettbewerb um den russischen Markt spielt sich zwischen Amerika, England und Deutschland ab, und davon profitiert der Russe mit viel Geschick. Der für das Jahr 1930 für Deutschland verlorene erste Platz als Einfuhrland, der früher schon England einmal überlassen werden mußte, kennzeichnet die leichten Möglichkeiten zu einer kraftvollen Handelspolitik, die auch durchaus Instrument der Außenpolitik werden kann. Als strenger Hausherr behält der Rätestaat den Haupteingangsschlüssel immer in der eigenen Tasche und läßt auch sonst keine Nebentüren auf. Hinein und heraus darf nur, was genehm ist. So wird denn die Frage nach den Wirtschaftsbeziehungen sehr vereinfacht:

Welche Beziehungen wünscht man in Moskau, weil
man sie für sich als nützlich betrachtet?

Die Frage ist nur dialektisch zu beantworten. Absolut ist an sich schon die Außenhandelskopfquote im Rätebund außerordentlich gering (1930: 12 Mark Schweiz 950 Mark, Vereinigte Staaten 320 Mark). Die gesamte Einfuhr aber dient lediglich, abgesehen von den rein militärischen, also an sich unwirtschaftlichen Zwecken, dem Industriesaufbau, dessen Tempo viel mehr von politischen als von wirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt wird. In diese Vorgänge sind zur Zeit etwa 14 Millionen Arbeitskräfte oder — bei der im letzten Jahre vollzogenen Mobilisierung der Arbeiterfamilie — höchstens das Dreifache der proletarischen Menschen einbezogen. Zwei Drittel der Bevölkerung lebt fast völlig außerhalb dieses Geschehens. Die Tatsache der Kollektivierung von 12,5 Millionen Bauernhöfen oder 50,4 % aller Wirtschaften besagt nach Lage der Dinge noch und wohl noch lange keineswegs, daß die hierzu gehörenden Menschen für die

staat politisch interessant geworden sind. Sie leben in äußerst primitivem Zustand, auch heute noch fast mittelalterlich in geschlossener Hauswirtschaft oder — im Kollektiv — als moderne Sippe ohne besondere Bedürfnisse nach weitreichenden Wirtschaftsbeziehungen. Für einen Großteil der 14 Millionen Proletariat besteht eine enge Verbindung mit dem Lande fort. Auch sie können aus verschiedensten Anlässen wieder veranlaßt werden, ins Dorf zurückzukehren. Der Bauer hat besser als vor dem Kriege wieder gelernt, seine kleinen Bedürfnisse in Kleidung und Genußmitteln (Schnaps) im Hausgewerbe zu befriedigen. Mindestens also zwei Drittel der russischen Menschen sind nicht im geringsten an weltwirtschaftlichen Beziehungen interessiert. Bei aller Anerkennung für die wirtschaftsgeschichtliche Zweckmäßigkeit und kulturgeschichtliche Notwendigkeit von Maßnahmen zur Industrialisierung des Agrarlandes kann nicht verborgen bleiben, daß zahlreiche Unternehmungen als Ausfluß einer autokratischen Herrscherlaune erscheinen. Hierzu gehört, um nur ein Beispiel zu nennen, die von Ford gebaute riesige Automobilfabrik in Nishnij Nowgorod. Das Bild der modernen Entwicklung Rußlands würde in keiner Weise beeinträchtigt werden, wenn dieser Bau ausfiele oder nicht zustande käme. Dafür aber würden manche Millionen an Valuta gespart werden. Der diktatorische Staat bestimmt Ausmaß, Tempo und Charakter der Beziehungen des Auslands, und er gibt bei seiner Abhängigkeit von der Politik keine Gewähr dafür, daß eine stetig aufsteigende, ja nicht einmal eine kontinuierliche Linie eingehalten wird.

Andererseits aber ist es natürlich für den Rätestaat völlig unmöglich, plötzlich auf die Fortsetzung der Industrialisierung zu verzichten. In der politischen Propagierung der Planmäßigkeit ihres Beginns liegt für das Ausland eine erhebliche Sicherheit für die Kontinuität, und dies ganz unabhängig davon, ob tatsächlich planmäßig gearbeitet wird oder nicht. Seit einer Reihe von Jahren besteht die Idee, die Beziehungen der russischen Wirtschaft mit einzelnen Ausländern einer Planmäßigkeit unterzuordnen. Solche Absichten lagen vor, als die deutsche Industrieabordnung im März nach Moskau kam. Wegen Bedenken auf deutscher Seite, die vor allem die Fragen der Finanzierung betrafen, ist eine Verwirklichung unterblieben. Das italienisch-russische Handelsabkommen vom April d. J. sieht bereits eine jährlich automatisch sich erneuernde Staatskreditgarantie vor (Revolving-Kredit). In russischen Kreisen aber ist der Gedanke, auch „Deutschland mit den Geschicken des Fünfjahrplans zu verketteten“, keineswegs fallen gelassen worden. Aus technologischer Zwangsläufigkeit schließlich ergibt sich, was man auf russischer Seite manchmal unangenehm empfindet, die Verpflichtung, einmal begonnene Beziehungen fortzusetzen. Ein Beispiel hierfür ist die Stellung der deutschen Druckereimaschinen, die ihren 99prozentigen Anteil am Gesamt zu wahren wissen, weil einfach aller Nachwuchs auf Maschinen deutscher Herkunft eingearbeitet ist. Es schlechter es um die Qualifikation der Facharbeiter zur Bedienung der Ma-

schinen bestellt ist, um so größer wird die Abhängigkeit von einem bestimmten Auslandsmarkt, eben dem, der die Maschine zum Anlernen geliefert hat. Selbst wenn die Dinge heute liegen, wird dieser Sicherungsfaktor für die Kontinuität gewisser Beziehungen noch lange in Wirksamkeit bleiben.

Der russischen Auffassung, daß die Wirtschaftsentwicklung gemäß den vorliegenden Plänen zu einer Erweiterung der ausländischen Einfuhr nach dem Rätebund führen muß, kann im allgemeinen, mit den oben hervorgehobenen politischen Einschränkungen, zugestimmt werden. Gerade für die Lieferanten von Maschinen und Produktionsmitteln aller Art werden keine Gefahren sichtbar, die etwa andeuteten, daß Rußland über kurz oder lang ihnen selbst Konkurrenz machen würde. Immerhin liegt die Gefahr vor, daß mit russischen Erzeugnissen auch dieser Zweig unter gewissem politischem Druck manche östliche Märkte, wie Persien, Afghanistan, China, befriedigt und für die übrige Welt unzugänglich gemacht werden. Vorläufig und wahrscheinlich auch noch für lange Zeit kommen als Ausfuhrländer für russische Fertigwaren nur solche in Frage, die keine großen Qualitätsansprüche stellen. Der Rätestaat nützt seine geographische Lage als Durchgangsland nach Inner- und Ostasien sehr selbstsüchtig aus und läßt sich Transitzugeständnisse teuer bezahlen. Nicht bestritten aber kann die Tatsache werden, daß nach Fertigstellung entsprechender Produktionsstätten oder Fabrikationsmöglichkeiten dann die Einfuhr solcher bisher aus dem Ausland bezogener Fertigwaren und Halbfabrikate entfällt (Kugellager, Sensen, Druckpapier). Insofern ist etwa die Haltung der deutschen chemischen Industrie durchaus richtig und verständlich. Volkswirtschaftlich wichtig ist aber nur die Summe und erst in zweiter Linie die Nomenklatur der Ausfuhr, die sich im Verlauf der industriellen Entwicklung fortgesetzt verschieben wird. Eine erhebliche Rolle spielt die „Einfuhr ausländischer Fachleute mit dem Schatz ihrer Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten. Sie wird den Russen erleichtert und verbilligt durch die Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern. Gegen sie ist kein Kraut gewachsen. Es ist also sinnlos, sie etwa hindern zu wollen. Im Gegenteil, sie muß sogar begrüßt werden, und es scheint mir richtig, sie nicht länger unter dem Gesichtspunkt der zeitweiligen Auslandsarbeit, sondern der Auswanderung zu sehen. Der Rätestaat als Arbeitgeber ist durchaus rücksichtslos und nützt die für ihn günstige Konjunktur durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen restlos aus. Auch hier ist der einzelne naturgemäß immer im Konfliktsfall der Schwächere. Das einzige ausführlichere Niederlassungsabkommen, das der Rätebund mit einem Auslandsstaat geschlossen hat, das deutsche, berücksichtigt diese Kategorie der Niederlassung überhaupt nicht und muß als völlig veraltet und überholt gelten. Es bietet dem Vertragspartner keinerlei Handhabe, sich bei Streitigkeiten aus dem Privatrechtsvertrag eines Deutschen mit einer russischen Staatsinstitution an die Seite des Staatsangehörigen zu stellen. Schwierig ist auch die Frage der Regelung sozial

Fürsorgepflichten. Eine Begünstigung dieses „Exports“ dürfte sich nur dann rechtfertigen lassen, wenn durch Neuregelung des Niederlassungsabkommens (Schulfragen, Zusammenschluß, soziale Fürsorge, Kapitalsbildung) gewisse Mindestvoraussetzungen geschaffen sind, die verhindern, daß diese Auswanderer schließlich, als Wrack über Bord geworfen, der Heimat wieder zur Last fallen. Auch hier sind Schädigungen der Ausfuhr nach Rußland möglich. Es sei nur daran erinnert, daß Thüringer Glasbläser in jüngster Zeit Träger der Thermometerfabrikation im Rätebund geworden sind. — Der systematischen unrechtmäßigen Aneignung ausländischen wissenschaftlichen und literarischen Gutes durch den Rätestaat, der es bisher verstanden hat, sich dem Abschluß eines Literaturabkommens zu entziehen und in größtem Umfang vom Roman bis zum teuersten technischen oder medizinischen Lehrbuch oft überaus gewissenlos dem Text und der Sache gegenüber alles übersetzen läßt, was brauchbar schien, ohne einen Pfennig dafür zu bezahlen, soll jetzt wenigstens von Deutschland das keineswegs ehrenhafte Handwerk gelegt werden. Es ist die Frage, ob es praktisch dazu kommt, da die rechtlich grundsätzlichen Anschauungen über Besitz an sich schwer zu überbrücken sind. —

Dieser Einfuhr des Rätestaats müssen mindestens im gleichen Verhältnis Ausfuhrmengen gegenüberstehen. Solange das Ausland nach Rußland verkaufen und steigende Geschäfte tätigen will, bleibt ihm nichts anderes übrig, als russische Waren zu kaufen. Besonders der ausländische Kreditgeber ist durchaus daran interessiert, daß die Ausfuhr nicht ins Stocken gerät, denn nur mit Ausfuhrware kann die Einfuhr bezahlt werden, solange das ausländische Kapital es ablehnt, dem Rätestaat Finanzkredite zu gewähren. Obwohl seit geraumer Zeit die russischen Anregungen zur Aufnahme von Auslandsanleihen fehlen, bin ich der Meinung, daß man in Moskau fortgesetzt unter dem gegenwärtigen Zustand der Finanzblockade durch das Ausland leidet und jede irgendmögliche Gelegenheit ergreifen würde, um zu einem Kompromiß (Vorkriegsschulden!) zu gelangen. Man würde eine solche Möglichkeit aber als Glücksfall betrachten. Warenkredite aber durften bei der planmäßigen Vorausschau mit Recht bereits bis zu einem gewissen Grade in Rechnung gestellt werden. Sie beschleunigen das mögliche Tempo der Verwirklichung der Pläne. Ihr Fehlen würde dennoch keine Katastrophe, sondern höchstens eine erzwungene Tempomäßigung bedeuten. Das Wirtschaftsprogramm ist in seiner finanziellen Basis, vor allem aber in seinem valutarischen Teil, immer höchst angespannt gewesen. Man lebt von der Hand in den Mund und kämpft um jeden Dollar Ersparnis. Trotzdem glaube ich, daß auch längere Kredite über ein bis drei Jahre nicht als besonders riskant gewertet zu werden brauchen, weil der Rätestaat ohne Prestigeverlust noch manche Objekte von klingendem Wert zur Verfügung hat, die er im Notfall, wenn etwa irgendein elementares Ereignis ihm auch ein Jahr lang jede Ausfuhrmöglichkeit sperrt, zur Deckung dringender Verpflichtungen mobil machen könnte, solange nur der politische Wille hierzu da ist.

Zur Dumpingfrage

Der „Fünfjahrplan“ enthält seiner Struktur nach nicht die Tendenz, den Anteil der Rätewirtschaft an der Weltwirtschaft zu entwickeln. Wenn dies geschieht, so ist nach dem Gesagten der sekundäre Charakter dieser Erscheinung klar. Allgemein wirtschaftsgeographisch läßt sich bei Betrachtung der Dislokation der neuen Hauptpunkte der Industrialisierung der Nachweis hierfür führen. Wenn aber angenommen wird, so handelt es sich in erster Linie um Rohstoffe und Halbstoffe. Über die Gunst des Schicksals, das dem russischen Raum unendlich wertvolle Schätze in den Schoß gelegt hat, braucht nicht gesprochen zu werden. Hinderlich sind die klimatischen und die von ihnen abhängigen Verkehrsverhältnisse, für deren primäre Entwicklung man meiner Ansicht nach im ganzen Plangebäude des Rätestaats viel zuwenig getan hat. Frachtwirtschaftlich also kann ein fünffacher Seeweg häufig vorteilhafter sein als ein Landweg, der etwa nur — um ein Extrem zu nehmen — mit Propellerschlitten zu überwinden ist. Die Donezkohle liegt etwa mit dem Zement Italiens frachtlieh viel ungünstiger als die englische. Auch nicht der Umstand, daß der Rätebund für die Gewinnung seiner Rohstoffe bemüht ist, sich die technisch modernsten Verfahren zu eignen zu machen und deshalb theoretisch maximal rational produziert, scheint mir überzeugend für die Überlegenheit Rußlands als neuer Rohstofflieferant des Weltmarkts. Ich widerspreche der russischen Anschauung durchaus, wenn ich behaupte, daß vor allem der kulturelle Unterschied zwischen dem europäischen und amerikanischen Arbeiter und dem russischen Mushik die wirtschaftliche Berechtigung zu sogenannten Dumpingpreisen bildet. Rußland kann wahrscheinlich noch lange mit menschlicher Arbeitskraft dumpen. Daß dies System ist, zeigt mir in aller Deutlichkeit die Arbeitsgesetzgebung des letzten Jahres, die dem Ausland die Berechtigung gab, von Zwangsarbeit zu sprechen. Sie erscheint mir nicht als solche, vor allem aber wird sie nicht so empfunden. Zum Plansystem gehört notwendig auch die „planmäßige Erfassung der Arbeitskraft des Menschen mit Aufhebung der Freizügigkeit, Ausarbeitung strengster Akkordlöhne mit fortgesetzter Steigerung der Normen, der Arbeitsdienstplicht für zum aktiven Dienst nicht verwendbare Militärpflichtige, Arbeitszwang für die sonst sozial überflüssigen Elemente (Kulaken, Strafgefangene). Diese Militarisation bewirkt aber, daß eben nicht Angebot und Nachfrage den Wert der Menschenkraft bestimmen, sondern daß der Staat einen ihm zweckmäßig erscheinenden Faktor für den Lohnposten in seiner Rechnung als Unternehmer einstellen kann. Kein Kommunist wird mir bestreiten, daß die Lebensansprüche eines Ruhrkumpels höher sind als die eines Schwarzarbeiters im Kusnetzker Becken. Die Frage, ob es den russischen Arbeitern besser als den deutschen oder besser als in der Vorkriegszeit geht, wird damit nicht berührt. Sie betrifft durchaus labile, relative und vor allem psychologische Dinge. Unrichtig gedacht ist auch die russische Behauptung, daß etwa das Fehlen des

riffs der Grundrente die volkswirtschaftliche Kalkulation der Gesteungskosten einflußte. Gewiß kann das einzelne Unternehmen anders kalkulieren, der Zins-ertrag des Bodens aber gehört ebenfalls zur Summe des Volkseinkommens. Für die Nationalwirtschaft ist es gleichgültig, wo dieser Posten erscheint. Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß übermoderne technische Ausrüstungen in einer primitiven Umgebung oft viel kostspieliger werden wie primitive Herstellungsverfahren, wenn die Arbeitskraft billig ist. Das Pferd kann unter Umständen sehr wohl auch heute noch mit dem Auto in Wettbewerb treten. Der volkswirtschaftliche Nutzen der Wasserkraftwerke bei Tiflis, die jahrelang nur zur Illumination dieser schönen Stadt gedient haben, muß bestritten werden. Augenblicklich führt die Rätepresse gerade wieder einmal eine Kampagne zur Herabsetzung der Selbstkosten in der Industrie und zur Erreichung vernünftiger Rentabilitätsrechnungen. Die Blätter bringen täglich unglaubliche Beispiele wirtschaftlicher Verschwendung. Ob also in der Praxis der „Höchststand der Technik“ auch das Höchstmaß an Wirtschaftlichkeit bedeutet, muß stark bezweifelt werden. —

Überaus eigenartig erscheinen mir die häufig zu findenden russischen Versuche, die vom Ausland als Dumping empfundenen russischen Exportpreise mit objektiven Gründen zu erklären, indem man die Vorzüge „sozialistischer“ Produktionsmethoden unterstreicht. Selbstverständlich ist es so, daß die Käufer russischer Waren sehr gern billige Preise zahlen und die Konkurrenz damit unzufrieden ist. Weshalb aber, so muß man doch fragen, schenken eigentlich die russischen Ausfuhrstellen den Kapitalisten dafür, daß sie Sowjeterzeugnisse abnehmen, noch eine Prämie in Gestalt eines Nachlasses auf den Weltmarktpreis. Auch die Abnehmer sind doch Kapitalisten und sollten zweckmäßig nach Möglichkeit gerupft werden. Selbst im sozialistischen Lager ist die politische Werbekraft solcher systematischer Preisdrückerei nicht hoch im Kurs. Sicher liegen auch keine tiefgründigen politischen Motive für die niedrigere Preisstellung bei den russischen Verkäufern vor. Viel eher scheint es mir an der Zeit, daß die sonst sehr rigorosen Kontrollinstanzen des Räteverwaltungs- und des Parteiapparats sich die Exportgesellschaften des Staats einmal gründlich unter die Lupe nehmen und feststellen, wieviel Millionen Goldrubel jährlich vergeudet werden, weil diese Leute ihr Geschäft schlecht verstehen. Die gesamte russische Ausfuhr des letzten Jahres stellte den Wert von etwa 400 Millionen Dollar dar, also wahrlich eine Summe, die nicht überwältigend groß ist. Der Weltmarkt hätte keine Schwierigkeit, diese Mengen aufzunehmen. Die Unzufriedenheit entsteht immer nur dann, wenn die Realisierung ungeschickt und zu einer für den Einzelmarkt unpassenden Zeit erfolgt. Vernünftige kaufmännische Überlegung müßte dazu führen, daß wahrscheinlich zum absoluten Vorteil der Rätewirtschaft für den Verkauf russischer Waren auf dem Auslandsmarkt die Hilfe des ausländischen Großhändlers in Anspruch genommen wird.

Soweit die Entgegnung. Die weitgehende Übereinstimmung meiner Auffassung mit der russischen ergibt sich von selbst. Die Industrialisierung des bisher fast leeren russischen Raums, die Erschließung völlig neuer, zum Teil gänzlich unbekannter Rohstoffquellen auf europäischem Gebiet muß weltwirtschaftlich von stärkster Bedeutung werden. Die Aussichten für den Großgetreidebau im Rätebund werden von Fachleuten durchaus zuversichtlich beurteilt. Man fühlt in Südamerika richtig, daß Rußland dabei ist, sich seinen Platz auf dem Weltgetreidemarkt, den es vor dem Kriege innehatte, wieder zu erobern. Richtig ist sicherlich auch, daß die alten Industriestaaten in der Fertigwarenherstellung ihre Stärke werden erkennen müssen und die Rohstoffe dort hernehmen werden, von wo sie am billigsten angeboten werden. Die Gegensätze und Schwierigkeiten liegen zum größeren Teil auf dem politischen Gebiet. Hier aber setzt die Wechselwirkung ein: ist der Rätestaat, wenn er will, auch heute schon autark, so ist es die kapitalistische Welt ebenfalls. Will der erstarkte und erwachte nach einer Zeit streng geregelter weltwirtschaftlicher Antenne wieder zur Autarkie zurückkehren, so wird die kapitalistische Welt wiederum wissen, wie sie ohne ihn auszukommen hat. Die wirtschaftsgeschichtlichen Notwendigkeiten gehen offenbar nicht in der Richtung auf eine Autarkie. Wenn die politische Wille ihnen zuwider läuft, entsteht der Stoff zum Konflikt.

R. GLANZ:

Die Sowjetunion auf dem Weltmarkt

Wurde in den ersten Nachkriegsjahren die Einbeziehung Rußlands in den Weltwirtschaftsverkehr als eines der wirksamsten Mittel zur Behebung der wachsenden Wirtschaftsschwierigkeiten angesehen, so begegnet man jetzt immer öfter der Auffassung, daß die wachsende Aktivität der Sowjetunion auf den Auslandsmärkten die weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten vergrößere. Überall ist ein wachsendes Unbehagen über das Auftreten Rußlands auf den Weltmärkten wahrzunehmen. Verschiedene Staaten erlassen Bestimmungen gegen die Einfuhr aus Rußland, machende Interessenvertretungen, wie z. B. neuerdings die Tagung der englischen Handelskammern, verlangen die Ergreifung drastischer Maßnahmen gegen den Handel mit der Sowjetunion.

Die Sowjetunion stützt sich in ihrem Wirtschaftsverkehr mit dem Auslande auf das staatliche zentralisierte Außenhandelsmonopol. Dank diesem ist die Sowjetregierung in der Lage, das Gleichgewicht des Außenhandels im Verhältnis zwischen der Ein- und Ausfuhr aufrechtzuerhalten und der Richtung des Außenhandels ihren Willen aufzuzwingen. Der gesamte Außenhandel ist — wie nirgendwo sonst — nur einem Ziel, der allgemeinen und der Wirtschaftspolitik des Staates, dienlich.

gemacht worden. Der zentralisierte und staatlich monopolisierte Außenhandel bildet in den Händen der Sowjetregierung noch immer das einzige wirksame Mittel, um ihrer auswärtigen Politik das notwendige materielle Gewicht zu verleihen. Mit Hilfe des Außenhandels sucht die Sowjetregierung die ausländischen Staaten, Regierungen wie Wirtschaftskreise, zu beeinflussen. In ihrem Kampfe um die Anerkennung als gleichberechtigter Staat und um ihre Weltgeltung im allgemeinen handhabt die Sowjetunion den Außenhandel entsprechend der politischen Lage und den Ansprüchen hinsichtlich der Erreichung ihrer Ziele. Bei den durch die Verhältnisse ziemlich enge gezogenen Grenzen der Expansionsmöglichkeiten ihres Außenhandels, sucht die Sowjetregierung mit einer immer größeren Anzahl von Staaten in unmittelbare geschäftliche Beziehungen zu treten.

Das Manövrieren mit Hilfe des Außenhandelsmonopols hat öfters eine massive Verlegung von Geschäften nach den Staaten, die beeinflußt werden sollen, zur Folge. So konnte beispielsweise in den letzten Jahren eine unverhältnismäßig bevorzugte Behandlung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens bei der Vergebung russischer Aufträge beobachtet werden. Geschieht dies einmal, so tritt in denjenigen Staaten, die aus bestimmten Gründen auf die betreffenden russischen Aufträge rechneten, eine Streckung der Aufträge ein. In dasselbe Gebiet gehört ferner die Anknüpfung unmittelbarer Beziehungen mit den Rohstoffe liefernden Ländern, unter Umgehung der Vermittlerstaaten, was insbesondere den deutschen Überseehandel geschädigt hat (Baumwolle, Wolle, Häute usw.). Es ist sehr fraglich, ob der unmittelbare Bezug dieser Rohstoffe aus Australien, Süd- und Nordamerika usw. materiellen Vorteil für die Sowjetunion mit sich bringt, er wird jedoch als ein wirksames Mittel staatlicher Gesamtpolitik angesehen und daher fortgeführt, sofern finanzielle Möglichkeiten dieses irgendwie gestatten.

Das Moment der Unstetigkeit des Sowjetaußenhandels im Gefolge der Handhabung des Außenhandelsmonopols wird in hohem Maße verstärkt durch Gründe innerwirtschaftlicher Natur. Man sollte meinen, daß das Vorhandensein einer Planwirtschaft sich auf dem Gebiete des Außenhandels vor allem dahin auswirken müßte, daß der ausländische Kontrahent ihren Einfluß unbedingt zu spüren bekommt. Dies ist aber ein Trugschluß. Das einzige, was im russischen Außenhandel als Ausfluß des Planmäßigen bezeichnet werden kann, äußert sich in der Unterstellung des Außenhandels unter die offizielle Industrialisierungspolitik. Die Einfuhr aus dem Auslande erstreckt sich fast völlig auf Produktionsmittel und den Rohstoffbedarf der eigenen Industrie. Jeder weitere Bedarf, insbesondere die Bedürfnisse der Bevölkerung, werden unberücksichtigt gelassen. Gebrauchswaren werden demgemäß nicht eingeführt. Darüber hinaus sind Anhaltspunkte, die auf ein Planprinzip des Außenhandels schließen ließen, nicht erkennbar, jedenfalls nicht vom Standpunkte der beteiligten ausländischen Geschäftswelt aus gesehen. Die innerwirtschaftlichen Pläne und deren Schwerpunkt erfahren immer wieder Ver-

änderungen, die Dringlichkeit der Aufgaben verschiebt sich immer wieder, und so verschieben sich auch gänzlich unerwartet die Gesichtspunkte, unter welchen die Aufträge im Auslande vergeben werden. Auch in den Industriezweigen, vom Standpunkte der russischen Industrialisierungspolitik unentbehrlichste Hilfsmittel, wie Werkzeugmaschinen u. dgl., herstellen, ist es niemals möglich, sich an ein kontinuierliches Liefergeschäft einzustellen. Firmen, die derartiges versuchen, haben schwere Enttäuschungen und Rückschläge erleben müssen. Berücksichtigt man das russische Geschäftsverfahren, den ständigen Preisdruck und die schärfste Ausnutzung der Konkurrenz, die für die Industrie normalerweise untragbaren Kreditwünsche, die die Finanzierung so unendlich schwierig gestalten und andere Begleiterscheinungen des Rußlandgeschäftes, so ist es erklärlich, daß das Liefergeschäft auch von den daran unmittelbar beteiligten Wirtschaftskreisen nicht immer mit ungemischter Freude betrachtet wird. Allerdings finden die hier angedeuteten Unzuträglichkeiten ihre Kompensation darin, daß die Sowjetunion ihren Verpflichtungen korrekt nachkommt, und daß der Geschäftsverkehr mit ihr von Verlusten frei ist, wie sie im Privatwirtschaftsverkehr infolge Zahlungseinstellungen u. dgl. nur allzuoft entstehen.

Über einen verhältnismäßig beschränkten Kreis der Industrie, vor allem der Eisenindustrie, des Maschinenbaues, der Elektrotechnik, der chemischen Industrie hinaus stehen alle anderen Wirtschaftszweige dem Liefergeschäft nach Rußland fast völlig fern. In diesen ausgedehnten Kreisen ist man daher geneigt, die Entwicklung und die Förderung der Handelsbeziehungen zu Rußland negativ zu beurteilen. Nicht so sehr in Deutschland als in einigen anderen Staaten macht man sich indessen noch Illusionen darüber, daß unter bestimmten Voraussetzungen eine Erweiterung der Ausfuhr von Fertigerzeugnissen nach Sowjetrußland doch erreichbar sei. Zu diesem Zweck wird auf die Regierungen einzuwirken versucht, daß diese Kredite für Rußland bereitstellen und ähnliche Maßnahmen zur Erschließung des russischen Marktes ergreifen. Die Sowjetpresse registriert fleißig derartige lediglich durch die Unkenntnis einschlägiger Verhältnisse eingegebene Auslassungen und Bemühungen schon aus Prestigegründen, doch kann keine Rede davon sein, daß die hier angedeuteten Hoffnungen in Erfüllung gehen könnten, es sei denn, die Sowjetregierung würde sich zu einer völligen Preisgabe ihrer bisherigen Wirtschaftspolitik entschließen.

Während so weite Kreise der Industrie und des Exporthandels des Auslandes dem Liefergeschäft nach Rußland ferngehalten werden, ist die Sowjetunion als Verkäufer grundsätzlich bestrebt, nicht nur ihre Waren, sondern ihre Absatzorganisation in alle Länder der Welt zu tragen, dort ein eigenes Absatzsystem zu Leben zu rufen und möglichst an den Abnehmer bzw. Verbraucher der betreffenden russischen Waren unmittelbar heranzutreten. Bei der oftmals anzutreffenden Gegensätzlichkeit der einschlägigen Interessen wird dieses Vorgehen von den u

mittelbaren Abnehmern im Auslande nicht ungern gesehen, jedoch in weiten Kreisen der ausländischen Geschäftswelt, insbesondere des Handels, wird dadurch der Ärger und Verdruß gegen Rußland nur verstärkt.

Das ist die grundsätzliche Einstellung der Sowjetunion auf dem Gebiete der Ausfuhrpolitik, eine zielbewußte Durchführung dieser Tendenz ist aus verschiedenen Gründen jedoch nur in wenigen Fällen möglich. Im ganzen ist auch in der Ausfuhr, wie dieses bereits für das Gebiet des Einkaufs festgestellt wurde, das Moment der Unberechenbarkeit, eines „stoßweisen“ Vorgehens, charakteristischer. Auch bei auf den ersten Blick einigermaßen als stabil erscheinenden Gesamtzahlen der russischen Ausfuhr zeigt die nähere Betrachtung ständig vor sich gehende Verschiebungen innerhalb des Ganzen, was Quantität, Qualität und Sortiment der Waren anbetrifft. Fast nie kann mit einiger Sicherheit gesagt werden, ob bestimmte Warenvorräte für die Ausfuhr verfügbar sind, und ob mit einem entsprechenden Angebot gerechnet werden kann.

Russischerseits wird immer wieder betont, daß die Ausfuhr dazu dient, um die für die Beschaffung ausländischer Einfuhrwaren, vor allem ausländischer Produktionsmittel und Rohstoffe, benötigten Mittel zu gewinnen. In der Tat bietet die Veräußerung einheimischer Produkte im Auslande den einzigen Aktivposten der russischen Zahlungsbilanz. Es ist müßig, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie sich die Ausfuhr Sowjetrußlands gestalten würde, wenn sie nicht unter dem Zwang der Devisenbeschaffung stehen würde, wenn es beispielsweise der Sowjetregierung gelingen sollte, eine größere Auslandsanleihe zu erhalten. Es kann jedenfalls unter den obwaltenden Umständen als wahr unterstellt werden, daß dieser Zwang die treibende Kraft für eine Forcierung der Ausfuhr ist.

Der internationale Preissturz für fast alle wichtigeren Waren der russischen Ausfuhr mit dem dadurch verursachten Mindererlös hat dazu geführt, daß die Sowjetregierung ihre Ausfuhrbemühungen im Laufe der letzten Zeit fieberhaft steigern mußte. Es werden hierzu alle irgendwie aufzutreibenden Waren mit herangezogen. Das so unerwartete Auftauchen russischen Getreides im Auslande während der letzten Monate, das dringende, die Erwartungen übertreffende Holzangebot liefern hierfür den besten Beweis. Dazu kommt, daß nach und nach neue Warenkategorien zur Ausfuhr gelangen, die nicht zur spezifischen russischen Ausfuhr gehören. Bekannt ist die Anordnung der Sowjetregierung, eine größere Anzahl von neuerrichteten oder modernisierten Betrieben speziell auf die Herstellung von Ausfuhrerzeugnissen einzustellen, wobei die Durchführung dieser Aufgabe mit Nachdruck überwacht wird. So sehen wir, daß Sowjetrußland, ungeachtet des unermesslichen Warenhungers seiner Bevölkerung, dazu übergeht, Fertigerzeugnisse, wie Garne, Nähmaschinen, Rasiermesser, Motoren, Pflüge, Strumpfwaren, Seife, Porzellan usw., zu exportieren.

Sowjetrußland wird beschuldigt, seine Waren im Auslande billiger zu ver-

kaufen, als dies der Konkurrenz möglich sei, wobei die Preisunterbietungen, besonders in Fertigwaren, als ganz enorm bezeichnet werden. In den mit Sowjetrußland auf dem Weltmarkt konkurrierenden Ländern, so insbesondere beim Handel ist man übertriebenerweise geneigt, alle Wirtschaftsnöte auf die russische Ausfuhr, die Dumpingpolitik, zurückzuführen. Aber auch in den Kreisen der Fertigwarenindustrie des sonstigen Auslandes nimmt die Besorgnis wegen der russischen Konkurrenz zweifellos zu.

Dennoch die russische Ausfuhr als eine Dumpingausfuhr zu bezeichnen, erscheint nicht gerechtfertigt. Es handelt sich hier um etwas ganz anderes, wenngleich die Folgen dieser forcierten Ausfuhrpolitik Rußlands für die konkurrierenden Länder und Wirtschaftszweige des Auslandes, wenigstens in der gegenwärtigen Lage der Weltwirtschaft, nicht minder nachteilig sind, als wenn es sich um eine ausgesprochene Dumpingausfuhr handeln würde.

Vor allem fehlt der Sowjetausfuhr das charakteristische Merkmal eines systematischen und zielbewußten Vorgehens zwecks Durchdringung des Auslandmarktes. Für die Sowjetseite ist der Augenblickserfolg, der Verkauf als solcher, die Verwirklichung des Erlöses, die vorherrschende Aufgabe. Das trifft für alle Waren der Sowjetausfuhr zu, vielleicht mit Ausnahme nur des Naphthaabsatzes. Ebenso wenig stichhaltig ist der Vorwurf, der Verkauf sowjetrussischer Waren erfolge unter dem Selbstkostenpreis. Was sind in der Sowjetwirtschaft die Selbstkosten? Die wesentlichen Rohstoffe liefert die Natur unentgeltlich. Die menschlichen Leistungen werden zu stark gedrückten Sätzen entlohnt, die keinen Vergleich mit den ausländischen vertragen. Die starke Entwertung des Sowjetgeldes ist, trotz der Fiktion einer Goldwährung, kein öffentliches Geheimnis mehr, seitdem die Sowjetregierung in den letzten Monaten dazu übergegangen ist, staatliche Einzelhandelsgeschäfte in Moskau, Leningrad, Charkow, Odessa und anderen Großstädten zu eröffnen, in denen sogar rationierte Lebensmittel und auch sonstige Erzeugnisse ohne Lizenzzugsscheine zu den erhöhten Preisen des freien unregulierten Marktverkehrs jedermann verkauft werden. Unter diesen Umständen fehlt allenfalls jeder Maßstab, um einen Vergleich des russischen Selbstkostenbegriffs mit demjenigen der privatkapitalistischen Ländern zu ermöglichen.

Man kann es sogar als ein Entgegenkommen der Russen deuten, wenn sie ihrer Preisstellung immerhin das Bestreben zeigen, sich den Auffassungen des Auslandes und demgemäß den Preisen der Konkurrenz anzupassen. Selbstverständlich sichert sich dadurch Sowjetrußland vor allem höhere Deviseneingänge. Aber bei ist jedoch die Überlegung nicht von der Hand zu weisen, daß die Sowjetunion einer Verständigung mit dem Auslande in bezug auf ihre Ausfuhr nicht abgeneigt zu sein scheint und diese der Eröffnung offener Kämpfe vorziehen würde. In derartigen Versuchen einer Verständigung mit der ausländischen Konkurrenz sind, soweit vorgekommen sind, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Erwähnt seien e

brechende Bemühungen in bezug auf Holz, Flachs, Getreide, Benzin usw. In dasselbe Gebiet fallen auch Abmachungen und Versuche einer Verständigung mit ausländischen Konzernen, Interessentengruppen oder Großabnehmern über Abnahme russischer Waren bzw. Abgrenzung der Interessenbezirke.

Das nicht wegzuleugnende Bestreben zu einer gewissen Universalität der Ausfuhr ist eine Folgeerscheinung der gesamten Wirtschaftspolitik des Sowjetstaates, verkörpert in der Industrialisierungspolitik, die in dem Fünfjahresplan ihren sichtbaren Ausdruck findet. Als Ausfluß dieser überspitzten Industrialisierung auf dem Gebiete des Außenhandels ist aber vor allem die sich auf der Einfuhrseite zeigende Tendenz festzustellen, die dahin geht, die Einfuhr aus dem Auslande nicht etwa nur aus valutarischen Gründen, sondern grundsätzlich weitestgehend einzuschränken. Zwar wiederholen die Sowjetwirtschaftler immer wieder die wirtschaftsgeschichtlich wohl begründete These, daß eine Erstarkung der russischen Wirtschaft auch zur Entfaltung der Außenhandelsbeziehungen führen werde, doch dürfte dieses in den meisten Fällen nicht so sehr aus Überzeugung, als vielmehr zur Beruhigung des Auslandes geschehen. Wenigstens in krassem Widerspruch zu diesen Beteuerungen steht der in den Auslassungen und Kundgebungen russischer Staatsmänner immer wiederkehrende Mahnruf, die Produktion im Inlande zu steigern, um die Einfuhr aus dem Auslande unnötig zu machen. Es sei beispielsweise auf die dieser Tage veröffentlichte hochoffizielle Kundgebung eines der maßgebendsten Führer des Sowjetstaates, des Industrieministers Ordshonikidse, hingewiesen, in welcher unter Ruhmesworten auf den „russischen technischen Gedanken“ die Forderung aufgestellt wird, daß das neu zu errichtende Rieseneisenwerk in Nishni-Tagil am Ural ausschließlich mit russischen Maschinen ausgerüstet werden soll. Gerade diese in der Praxis der Sowjetwirtschaft immer schärfer hervorgehobene Tendenz muß stutzig machen.

Wie dem auch sei, der aufmerksame Beobachter gelangt zu dem Ergebnis, daß für die Richtung und Einzelercheinungen im russischen Außenhandel nicht irgendwelche bösen Absichten der Sowjetregierung verantwortlich gemacht werden können, daß es sich vielmehr um Zwangsläufigkeiten der Entwicklung handelt, die nur in ihrem Zusammenhang mit dem Ganzen verstanden werden können.

RODERICH VON UNGERN-STERBERG:

Der Fünfjahrplan im Spiegel der Weltpresse

Unter Weltpresse sollen diejenigen Tageszeitungen und einschlägigen Zeitschriften der großen Kulturstaaen verstanden sein, die maßgebenden Einfluß im Sinne der Information und der Urteilsbildung, auf die breite Leserschaft haben und nicht, wie die kommunistische Presse, ganz unkritisch die Dinge in Sowjetrußland darstellen. Wie hat sich nun diese Presse zum Fünfjahrplan verhalten? hat sie seine Bedeutung erkannt bzw. wann ist das geschehen und welche Stellung hat sie dazu eingenommen? Hier sind zwei Zeitabschnitte zu unterscheiden: ein erster vom Beginn der Durchführung des Fünfjahrplanes, also von Oktober 1928 bis etwa Mitte 1930, und ein zweiter Abschnitt seit Mitte 1930 bis in die Gegenwart.

Während der ersten zwei Jahre der Durchführung des Fünfjahrplanes hat die Weltpresse die Bedeutung dieses Planes jedenfalls nicht erkannt, und sie hat, sofern sie überhaupt über diese Angelegenheit berichtete, im allgemeinen eine ausgesprochen geringschätzige, ablehnende, zum Teil gehässige Haltung eingenommen, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Weil die Weltpresse überhaupt nicht an die Stabilität des Sowjetregimes glaubte. Allgemein wurde angenommen, daß es über kurz oder lang entweder zu einem Sturz der Sowjetregierung oder zu einer Umbildung der politischen Verhältnisse in demokratischem Sinne kommen werde.

2. Weil sie an die Möglichkeit einer planwirtschaftlichen Regelung von Produktion und Güterumlauf gleichfalls nicht glauben konnte, da sie selbst gar keine richtige Vorstellung von dem Wesen einer Planwirtschaft hatte. Bestenfalls bemüht sich einige Vertreter der Weltpresse, in diese neuen Gedankengänge einzudringen, ohne natürlich kritisch zu der tatsächlichen Durchführung, wie sie in Rußland versucht wurde, Stellung nehmen zu können.

3. Weil die Russen selbst das Eindringen in diesen ganzen Fragenkomplex durch Beschränkung der Einreise sehr erschwerten, wozu allerdings die ausgesprochen feindliche Einstellung einzelner Berichterstatter und solcher Personen, die überhaupt konnten, „mit eigenen Augen gesehen zu haben“ und sich als Rußlandkenner auftaten, Veranlassung gegeben hat.

4. Weil die Weltpresse, als man außerhalb der Sowjetunion zu ahnen anfangte, welche eine Bedeutung eine Verwirklichung des Fünfjahrplanes haben könnte, aus der kapitalistischen, bürgerlichen Ideologie heraus sich größtenteils feindlich dieser „Gespenst“ gegenüber einstellte und die Aufmerksamkeit der Welt auf die wirtschaftliche Notlage breiter Bevölkerungsschichten in Rußland, auf die zahllosen

wirtschaftlichen Unzulänglichkeiten und innerpolitischen Kämpfe, bewußt oder unbewußt, ablenkte. Die ersten Monate nach Beginn der Durchführung des Fünfjahrplanes wurde überhaupt in der europäischen und nordamerikanischen Presse von dem Fünfjahrplan kaum Notiz genommen. Erst um die Mitte des Jahres 1929 findet man längere Betrachtungen über dieses Thema. Einige Beispiele können das veranschaulichen:

„RHEINISCH-WESTFÄLISCHE ZEITUNG“ (Ende Juni 1929): „Dieser Plan, die ‚Pjatička‘ genannt, ist der Stein der Weisen und man will ihn durchsetzen, koste es, was es wolle, gleichviel, ob Rußland darüber zugrunde geht. — Dann aber wird Rußland zum Paradies auf Erden, statt des Friedhofes von heute. Nichts ist kennzeichnender für die sozialistischen Machtergreifer, als dieser Utopismus. — Und wer glaubt an diesen Fünfjahrplan, diese wirtschaftliche Verheißung amerikanischer Kulturerrungenschaften für die russische wirtschaftliche Sahara? Einige exaltierte Köpfe. Die übrigen sehen darin nichts als einen — Anreißer für das ausländische, insbesondere das amerikanische Kapital. — Und doch wird dieser Humbug mit der heiligenheiligsten Miene weiter getrieben.“

„TEMPS“ (1. Mai 1929): „Die politische Ökonomie der russischen Kommunisten ist mitnichten klar: Sie opfert der Industrialisierung alles und will die Zwischenstufen überspringen, die gegenwärtige Generation opfern und in einem verhältnismäßig kurzem Zeitraum etwas schaffen, was sich selbst genügt. — In dieser Hoffnung fordert der Sowjetismus von seinen Anhängern eine ähnliche Entsagung wie die von den Soldaten des II. Jahres, die ohne Schuhe auf die Eroberung Europas ausgingen, verlangt wurde. Aber unsere sind durch den Sieg belohnt worden. Wird es ebenso sein mit denjenigen, die den Menschen veranlassen wollen, die Gemeinschaft die Früchte seiner Arbeit zu überlassen?“

„DEUTSCHE BERGWERKSZEITUNG“ (22. 8. 1929): „Es ist für den Beobachter, der dem katastrophalen Ende wohl von Jahr zu Jahr näherrückenden russischen Industriekrise nicht ohne Reiz zu sehen, von welchen künstlichen Mitteln sich die Parteigewaltigen am Grünen Ende immer noch Abhilfe versprechen. — Der ganze Plan ist wieder ein Musterbeispiel für eine wirklichkeitsfremde Gedankenwelt des Kommunismus, der doch der Arbeiterschaft Glück und Zufriedenheit bringen will.“

„HAMBURGER NACHRICHTEN“ (24. 12. 1929): „Der Bankerott des kommunistischen Gedankens, das Fiasko des Staatskapitalismus, ist da, ein Anschauungsunterricht für die Kapitalisten aller Welt, nur von denen, die nicht alle werden, nicht begriffen. Ein Bankerott des ausgeklügelten Systems, das an der Menschlichkeit des Menschen scheitert ist.“

„DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG“ (28. 12. 1929): „Der Fünfjahrplan bedeutet nichts geringeres, als daß Moskau ausholt zur Gigantomachie aller Kräfte des Kommunismus für eine Erstürmung des bürgerlich-privatwirtschaftlichen Olympos. — Wäre diesem Plan Erfolg beschieden, dann könnten tatsächlich alle übrigen Volkswirtschaften einpacken? Scheitert er, dann kann sich nicht nur der Kommunismus begraben lassen, er wird dann auch sich selbst unter den Trümmern einer völlig in die Brüche geschlagenen Wirtschaft begraben haben.“

„DEUTSCHE TAGESZEITUNG“ (14. 8. 29): „Es sind schon 9 Monate seit dem Beginn der Fünfjahrperiode vergangen, und es ist uns möglich, die Resultate der Ausführung des Planes zu beobachten. Bis jetzt wurde keine der aufgestellten Aufgaben gelöst. — Es ist sehr fraglich, ob alle diese Mißerfolge in den folgenden 4 Jahren des Wirtschaftsplanes beseitigt werden können. — Bei dem allen hat der Fünfjahrplan, dieser Zukunftsraum, eine riesige agitatorische und propagandistische Bedeutung. Er ist eine Ablenkung der Bevölkerung von den Nöten und Leiden, eine Vertröstung auf eine bessere Zukunft.“

„VORWÄRTS“ (25. 2. 1929): „Die russische Volkswirtschaft, wo über 80% der Bevölkerung in einer primitiven und rückständigen Landwirtschaft tätig sind, war am allerwenigsten für eine sozialistische Planwirtschaft reif. Es fehlten die objektiven Voraussetzungen. — Der planwirtschaftliche Radikalismus, im Sowjetstaat auf die Spitze getrieben, hätte selbst die fortgeschrittenere Volkswirtschaften auf das schwerste lähmen müssen. —“

Aber es hat auch schon um die Mitte des Jahres 1929 an einer zurückhaltenden mit objektiver Aufgeschlossenheit an die Frage herantretenden Presse nicht gefehlt.

„BERLINER TAGEBLATT“ (25. 6. 1929): „Das größte und in vieler Beziehung derbteste wirtschaftspolitische Experiment aller Zeiten. Original nicht nur originell. Armes Europa! Wenn das Experiment auch nur zu $\frac{3}{4}$ glückt, dann ist schon nicht an dem endgültigen Sieg zu zweifeln. Es wäre der Sieg der sozialistischen Methode, erfochten mit den Kräften eines unverbrauchten, glaubensfähigen, begabten Volkes.“

Da geschah in den Sommermonaten 1930 etwas, was in Westeuropa und den Vereinigten Staaten größtes Aufsehen erregte: Sowjetrußland trat als Exporteur von Getreide, Holz, Erdöl und einigen gewerblichen Erzeugnissen sehr stärker in die Erscheinung als zuvor. Das russische viel geschmähte Dumping führte dazu, daß in wirtschaftlichen Kreisen die Einstellung Sowjetrußland gegenüber sich mit einem Schlage änderte und die Parole „Gefahr im Verzug“, „Westeuropa gräbt sich selbst das Grab durch Lieferung von Ausrüstungen nach Sowjetrußland“ proklamiert wurde. Diese Stimmung fand u. a. in folgenden Berichten und Verlautbarungen ihren Niederschlag:

„VOLONTÉ“ (25. 2. 1931): „Frankreich hat soeben die Sowjets entdeckt. Es hat genug, daß Herr Permentier, einer unserer erfahrensten Wirtschaftler, aus Moskau zurückgekehrt und den Erfolg, zum mindesten den teilweisen Erfolg, des Fünfjahrplanes erklärt, daß ein großer Teil der Presse in Aufregung geraten ist. In der Tat, eine solche Aussage ist geeignet, in vielfacher Beziehung nützliche Gedanken hervorzurufen. Wenn man sich auf rein intellektuellen Standpunkt stellt, so muß uns Franzosen das belehren, mit weniger Leidenschaft und mit mehr Objektivität zu urteilen. In bezug auf Rußland vor allem machen wir den eigentümlichen Fehler, zu erklären, die Dinge sehen so aus, weil man will, daß sie so aussehen sollen. Die Gegner des Kommunismus weissagen uns eigensinnig den bevorstehenden Zusammenbruch des sowjetischen Regimes und bestreiten jede Bedeutung ihres Werkes. Oder, um die Gefahr stärker hervorzuheben, übertreiben sie im Gegenteil die Reichweite dieses Werkes. Die Loyalität verlangt aber anzuerkennen, daß die Konzeption und die Realisation des Fünfjahrplanes Tugenden erfordert hat, die wenig kommunistisch sind. Wie viele Staatslenker haben einen Plan präzise und so umfassend entworfen wie der, den Stalin entworfen hat, um die Industrialisierung Rußlands zu erreichen? Und wieviel Schwierigkeiten sind jeden Tag zu überwinden: eingefleischte Faulheit des slawischen Arbeiters und Bauern, die riesigen Strecken, die erklärte Feindseligkeit aller ausländischen Staaten, die Ausrüstung und Techniker stellen sollte. Trotzdem kommt Permentier zu folgender Feststellung: Der Plan weist einen 75–80prozentsigen Erfolg auf.“

„L'ECHO DE PARIS“ (22. 2. 1931): „In nicht allzulanger Zeit wird die Sowjetrepublik den Orient und vielleicht die ganze Welt mit seinen Erzeugnissen überfluten und die europäischen Nationen, die von ihrem Außenhandel leben, in Gefahr bringen. Diese Nationen werden einer Paralyse nur dann entgehen, wenn sie sich gegen diesen neuen Gegner vereinigen, nur aber dadurch, daß sie endlos über diese Frage streiten. Die großen Schlachten um die Welt herrschaft in der Welt hängen nicht mehr von Kanonen ab.“

„DEUTSCHE BERGWERKSZEITUNG“ (7. 3. 1931): „Mit außerordentlicher Energie Zähligkeit ist man schon von 1927/28 ab an die Entwicklung einer großen Industriewirtschaft in Sowjetrußland gegangen. Das grundsätzliche Ziel ist dabei die möglichst baldige Erlangung einer vollständigen Autarkie des Landes, auch auf industriellem Gebiet, um das System Störungen von kapitalistischen Ländern her zu bewahren. — Die Durchführung des industriellen Aufbaus ist in den ersten beiden Jahren seit der Inangangsetzung des Fünfjahrplans

immerhin beträchtlichem Umfange geglückt... Immerhin — der Aufbau dieser Industriewirtschaft geht trotz aller unvorstellbaren Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten — — unter Reibungen und Verlusten jeder Art weiter.“

„UNITED PRESS“ (Ende Dezemb. 1930): „Auf jeden Fall macht Stalin Geschichte in großem Maßstabe. Hat er Mißerfolg, so ist der Kommunismus auf Generationen hinaus abgewirtschaftet und tot. Ist ihm aber Erfolg beschieden, so tritt damit der Kommunismus in den Kreis der Gedanken, deren Durchführbarkeit erwiesen ist und die deshalb von Volkswirtschaft und Sozialforschung ernst genommen werden müssen. Vielleicht die wichtigste Folge dürfte sein, daß in diesem Falle Rußland mit seiner ungeheuren Bevölkerung — alles ausgezeichnetes Kampfmateriel — eins der reichsten und damit auch mächtigsten Länder der Erde werden würde.“

„FRANKFURTER ZEITUNG“ (2. 4. 1931): „Der Fünfjahrplan der Sowjetunion wurde in der ganzen Welt lange mit überlegenem Lächeln betrachtet... Das skeptisch zuschauende Ausland wurde plötzlich aufgeschreckt, als vor einem halben Jahr ungefähr die Russen in Amerika, im Balkan, in ganz Europa mit ihrem sogenannten Dumping in Getreide, in Holz, Zündhölzern, Tabak auf dem Markt erschienen... Rußland stand da wie ein Riese, der zwar heute noch vom Ausland riesige Kredite verlangt und braucht, aber in einer nahen Zukunft einer der gewaltigsten Faktoren auf dem Weltmarkt sein würde.“

Allerdings gibt es andererseits auch Leute, die versuchen, unentwegt an der Ansicht, daß der Fünfjahrplan nichts als „Humbug“ oder „Verbrechen“ sei, festzuhalten. Zu diesen gehört vor allem Karl Kautsky, dessen Auffassung in der sozialistischen Presse einstweilen noch eine gewisse Resonanz findet. Karl Kautsky erklärte in seiner Anfang 1930 erschienenen Schrift: „Der Bolschewismus in der Backgasse“ kurz und bündig:

„Das wahnsinnige Experiment kann nicht anders enden als mit einem furchtbaren Zusammenbruch. — — Die Sache steht nicht so, daß das Experiment wahrscheinlich nicht gelingen wird, sondern es ist mit voller Sicherheit zu sagen, daß es scheitern wird und scheitern muß.“

Irgendeinen Nachweis, daß die Entwicklung in Sowjetrußland mit Notwendigkeit auf einen „furchtbaren Zusammenbruch“ hinsteuert, hat aber Kautsky natürlich nicht erbracht.

Zusammenfassend ergibt mithin ein Vergleich der Einstellung der Weltpresse zum Fünfjahrplan zu Beginn und in der Gegenwart, daß sich, mit ganz geringen Ausnahmen, ein Wandel in der Richtung einer ernsteren und sachlicheren Beurteilung der planwirtschaftlichen Regelung von Produktion und Güterumlauf in Rußland vollzogen hat und von Tag zu Tag sich stärker durchsetzt. Nicht unwesentlich ist dabei, daß die Weltwirtschaftskrise für die stark industrialisierten Staaten die Bedeutung des russischen Marktes sehr gesteigert hat und die moralische und wirtschaftliche Krise der westeuropäischen Kultur, die Neigung weitester Kreise, Rußland als das Land der Zukunft zu betrachten, einstweilen in steter Zunahme begriffen ist.

HEINRICH SALLER:

Die russische Verkehrspolitik

Die Politik aller Verkehrszweige (Eisenbahn-, Wasser-, Straßen-, Luft-) UdSSR. baut sich auf einmal auf der Beschaffenheit und dem Zustand der zaristischen System überkommenen Verkehrseinrichtungen, dann auf den veränderten Grundlagen, die sich aus den neuen Grenzen und Verkehrsverhältnissen der Union ergeben, und schließlich auf den neuen politischen Anschauungen und Grundsätzen des herrschenden sozialistischen Systems.

Landstraßen, Wasserstraßen, Eisenbahnen und die Veränderungen ihrer Grundlagen

Die geographischen Verhältnisse sind in UdSSR. für den Verkehr allgemeinen nicht günstig. Die ganze Ausdehnung des Nördlichen Eismeres von Murmansk bis zum Kap Deschnewa ist für Schifffahrt größtenteils unzugänglich. Auch die Küste des Stillen Ozeans ist mit Ausnahme von Wladiwostok für Schifffahrt nicht ungefährlich. Das Baltische Meer um Leningrad ist 3 bis 4 Monate im Jahre zugefroren. Das Kaspische Meer ist ein Binnensee. Als günstige Meergrenze bleibt nur das Schwarze Meer. Die meisten Wasseradern gehen nach Norden und münden damit in das Nördliche Eismeer. Der Hauptstrom Rußlands, die Wolga, geht in das Kaspische Binnenmeer, an das außer Rußland nur noch ein wenig Persien grenzt. Ihre Bedeutung als Binnenwasserstraße leidet sehr darunter, daß die meisten Massengüter (Getreide, Naphtha, Salz, Fischtransporte usw.) stromaufwärts streben. Die Schiffbarkeit des Dnjepr, der in das Schwarze Meer mündet, nach 300 km Unterlauf durch die bekannten Stromschnellen unterbunden, zu deren Beseitigung jetzt das Dnjeprostroj gebaut wird. Für die Entwicklung von Landstraßen und Wegen, deren Verkehr, abgesehen von landwirtschaftlichem und industriellem Ortsverkehr, etwa auf das Vierfache alles übrigen Verkehrs zusammen genommen geschätzt wird, ist das russische Flachland, soweit nicht vereinzelte Gebirge, Sümpfe und Sandwüsten stören, an sich nicht ungünstig, aber die Bodenverhältnisse machen das Land im Frühjahr und Herbst, auch in regenreichen Sommern unwegsam. Die Straßen sind von allen russischen Verkehrseinrichtungen am meisten rückständig. Die Wege müssen alle mit Steindecke versehen werden. Auch das ist nur bei etwa 1% der Fall [30 000 km bei 3 Millionen Gesamtlänge*). In der Beschaffung solcher Steinunterlagen, ebenso für die Straßen wie für die Eisenbahnen, begegnet bei der flachen, gebirgsarmen Beschaffenheit des Landes vor allem wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

* Im Jahre 1904 hatte das europäische Rußland auf 10 000 Einwohner 2,8 und 100 qkm 0,57 km besteinte Wege. Die betreffenden Zahlen für Deutschland waren 45 und 53 km.

Das für die russischen Verhältnisse geschaffene Hauptverkehrsmittel ist sonach die Eisenbahn, der sich kaum irgendwelche Geländeschwierigkeiten entgegenstellen. Aber auch für den Eisenbahnverkehr bildet die weite Ausdehnung des Landes natürliche Erschwernisse. Die wertvollen Naturschätze, Steinkohle, Erz, Naphtha, liegen meist für die Ausfuhr zu den Meereshäfen nicht günstig. Der Abstand der Kohlengruben von den Industriemittelpunkten ist in USA. etwa 600, in Deutschland 450 km. In UdSSR. ist der Abstand des Donezbeckens bis zum Moskauer Hauptindustriegebiet 1000 km und bis Leningrad 1600 km, der des großen Kuszsker Kohlenbeckens in Sibirien zur Uralindustrie 2000 km. Die Entfernung von Leningrad bis Wladiwostok beträgt fast 10000 km, und der Hauptgetreidebezirk Westsibirien liegt etwa in der Mitte, beiderseits 4500 bis 5000 km vom Meereshafen entfernt. Diesen ungeheuren Weiten des Transportes stehen aber im Vergleich zu anderen Ländern infolge geringer Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft doch verhältnismäßig sehr geringe Gütermengen gegenüber (im Jahre 1927/28 51 Mill. t gegenüber 481 in Deutschland), so daß sich vorderhand noch eine recht genügende Ausnützung der bestehenden Anlagen ergibt.

Die vorhandenen Verkehrseinrichtungen weisen die nachteiligen Wirkungen einer rückständigen, nicht einheitlichen Entwicklung auf. Bei den Eisenbahnen z. B. ergab sich eine solche aus dem Vorhandensein zahlreicher Privatsysteme. Rußland war vor dem Kriege eines der im Eisenbahnverkehr zurückgebliebensten Länder. Im Jahre 1922 trafen auf 1000 qkm 3,9 km Eisenbahn und auf 10000 Einwohner 5,1 km. Die entsprechenden Zahlen z. B. für USA. sind 55,4 und 40 km. Der Welt- und namentlich der Bürgerkrieg hatte einen ungeheuren Tiefstand des russischen Verkehrswesens herbeigeführt. Der Winter 1919/20 bezeichnet infolgedessen, dann infolge Schneewehen, Mangel an Lokomotiven, Heizstoffen usw. einen tiefsten Punkt des russischen Verkehrswesens. Die Betriebslänge der Eisenbahnen war von 63 749 im Jahre 1913 auf 29 156 km zurückgegangen.

Die erste Aufgabe der russischen Verkehrspolitik war sonach die Wiederherstellung der früheren Verkehrseinrichtungen. Man kann annehmen, daß diese Aufgabe, wenigstens für die Eisenbahnen, bis zum Beginn des großen Fünfjahresplanes (1927/28) erfüllt war. Die Eisenbahnen beförderten in diesem Jahre schon etwas mehr als im letzten Friedensjahre 1913. Der Verkehr auf den Binnen- und Meerwasserwegen aber war, auch infolge Rückständigkeit in der Unterhaltung und Erneuerung, noch weit im Rückstand. Auf den Eisenbahnen in UdSSR. wurden im Jahre 1927/28 150,6 Mill. t, auf den Binnenwasserstraßen 38,6 und über die Meereshäfen 24,2 Mill. t befördert. Die entsprechenden Zahlen für das Vorkriegsjahr 1913 waren 132,4; 48,2 und 36,9.

Die Verkehrsgrundlagen in UdSSR. haben sich gegenüber den Friedensverhältnissen nicht unwesentlich gewandelt durch die Änderung der Grenzen und der politischen Verhältnisse, die das Land vorderhand in einen Zustand einer ge-

wissen Selbstversorgung zwingen und den Außenhandel weit zurücktreten lassen. Die Verkehrsströmungen und Verkehrsrichtungen haben sich infolgedessen nicht wesentlich verschoben und verändert. Vor allem ist im europäischen Rußland Breitenverkehr durch Längenverkehr abgelöst worden. Es sind vor allem zwei Hauptverkehrsadern hervorgetreten: Donbass—Moskau—Leningrad (Kohlenversorgung der derzeitigen Industriemittelpunkte) und die sibirischen Arterienfalllinien. Im letzterem Falle handelt es sich neben der Erschließung Sibiriens um die Vereinigung des ungeheuren Kusnezker Kohlenbeckens mit den Erzlagern des Ural zu einer Wirtschaftseinheit. Daneben tritt noch eine ganze Reihe anderer nicht unbedeutender Verkehrsströme hervor (Donbass—Westukraine, Kaukasus—Zentralrußland, Wolga—Südukraine, Verknüpfung Mittelasiens mit Sibirien und Zentralrußland, Nord-Südverbindungen im Ural).

Die Verkehrspolitik im Rahmen des Fünfjahresplanes

Die Verkehrspolitik der UdSSR. bemüht sich, zunächst wenigstens in der Theorie, in den Fußstapfen der kommunistischen Propheten Marx und Lenin zu wandeln. Nach Marx ist das Verkehrswesen einerseits ein selbständiger Zweig der Produktion und erfordert dafür auch besondere produktive Kapitalsaufwendung, andererseits aber bildet das Verkehrswesen die Fortsetzung des Produktionsvorganges selbst. Da alle Privatbelange an den Produktionsmitteln ausgeschaltet sind und alles in öffentlicher Hand befindet, ergibt sich aus dieser Auffassung, zunächst wenigstens theoretisch, eine besonders enge Verknüpfung des Verkehrs mit dem Lebens- und Erwerbsleben. Das kommunistische System behauptet, in der Lage zu sein, ganz anders als das kapitalistische, die unwirtschaftlichen Kleinbetriebe durch Großbetriebe ersetzen und an Stelle elementarer, unregelmäßiger Entwicklung der Wirtschaft die Planwirtschaft setzen zu können. In der künftigen, sozialistischen Wirtschaft erwartet man sich einen Ausgleich zwischen Stadt und Land, Verschwinden der Riesenstädte und kleinsten Siedlungen, Bildung mittlerer. Im Verkehr erwartet man große Ströme von Massengütern auf kurze Entfernungen, dagegen Verkehr von Reisenden und wertvollen Gütern auf große Entfernungen. Beides deutet einerseits auf Elektrisierung, andererseits auf Automobilisierung und Wasserverkehr hin. Diesen Gesichtspunkten sucht sich die Verkehrspolitik der UdSSR. in der Verwendung ihrer Mittel zur Anlage von Bauten anzupassen.

Der russische Boden hat besondere, anderwärts nicht in gleichem Maße vorhandene Eigenschaften. Das große Sowjetreich mit seinen unerschöpflichen, vielfach noch nicht einmal erforschten, jungfräulichen Naturschätzen, seiner fast vollständigen Möglichkeit der Selbstversorgung mit Rohstoffen, seinen unendlich großenteils auf Grund bisheriger Versäumnisse noch nicht ausgenützten wirtschaftlichen Möglichkeiten und einer anderwärts nicht in gleichem Maße vorhandenen Arbeitslosigkeit und fast unglaublich erscheinenden Duldereigenschaft der Bevölkerung.

erung ist für die Durchführung solcher Planmäßigkeiten ganz anders geeignet als alte Kulturstaaten mit ihren gewordenen, längst versteinerten und nicht mehr abändernden Verhältnissen und ihrer anspruchsvollen Bevölkerung.

Der Niederschlag dieser Planungen in UdSSR. ist zunächst der vielgenannte Fünfjahresplan, erstmals 1928/29 bis 1933. Er erstreckt sich bei dem sozialistischen System, das alles in der Hand des Staates vereinigt und Privatbesitz und Privatinteressen verneint, auf Gebiete, an die bei den Wirtschaftsplänen kapitalistischer Staaten nicht gedacht werden kann. So behauptet das System, um auf dem Gebiete des Verkehrs ein Beispiel herauszugreifen, in der Lage zu sein, die kommende Entwicklung des Güterverkehrs, die im kapitalistischen Staat als etwas Elementares, nicht Vorausberechenbares gilt, im voraus planen zu können. Es setzt z. B. im voraus für die einzelnen Monate die Anzahl der täglich zu beladenden Eisenbahnwagen fest. Zur Aufstellung eines solchen Planes sind natürlich als Grundlagen Angaben der Güterverkehrskundschaft, der Versender und Empfänger, im voraus nötig, also Angaben der Industrie über kommenden Empfang von Rohstoffen, Heizmaterial usw. und Versand von Fertigwaren. Da alles in der öffentlichen Hand ist, ist es wenigstens theoretisch möglich, solche Angaben zu bekommen. Von den elementaren Wirkungen nicht vorausberechenbarer Erzeugung (Landwirtschaft, Ernte) will man sich durch besondere, hier wegen der notwendigen Kürze nicht weiter auszuführende Verfahren (Silos) frei machen. Man glaubt, der durch das kapitalistische System bedingten, planlosen Erzeugung und Verteilung der Güter im kommunistischen System eine mindestens bis zu einem hohen Grade planmäßige Einrichtung gegenüberstellen zu können, dadurch eine anderwärts nicht denkbare Erleichterung der Beförderungskosten zu erzielen, den Güterverkehr und damit den Wagenbestand auf weite Sicht regeln und vergleichmäßigen zu können, Konjunkturschwankungen und einen durch Privatinteressen verzerrten Wettbewerbskampf unter den Verkehrsmitteln, insbesondere zwischen Eisenbahn und Automobil, ausschließen zu können. Das kommunistische System glaubt auch ganz anders wie das kapitalistische Privatsystem in der Lage zu sein, in großzügiger Weise die Beziehungen zwischen Rohstoff, Energie und Absatz zu regeln, d. h. die Industrienlagen in großartigstem Umfang gerade dahin zu legen, wo sie in bezug auf Rohstoff, Energiezufuhr und Absatz der Fertigerzeugnisse am günstigsten liegen. Durch diese Planwirtschaft sollen im ganzen Mittel für andere Zwecke frei werden.

In diesen Fünfjahresplan, der wie ein Uhrwerk alle Gebiete der Wirtschaft, der Industrialisierung, der Metallurgie, der Kollektivierung der Landwirtschaft, der Elektrisierung, des Entstehens neuer Städte, der Beziehung zwischen Stadt und Land, der Energiewirtschaft usw. bis zur Ausbildung des Nachwuchses umfaßt, fügt sich auch die Verkehrspolitik ein. Sie ist vor allem bestrebt, durch große Kapitalaufwendungen auf allen Gebieten des Verkehrs das große Rußland aus seiner bisherigen zurückgebliebenheit herauszureißen, neu zu erschließende Bezirke wirtschaftlich zu

bedienen, Rohstoffbasen für Industrie und Landwirtschaft zu entwickeln, übergestrenzte Verkehrsstrecken zu entlasten usw. Der schon eingangs erwähnten, übertragenden Bedeutung des Eisenbahnwesens entsprechend bezieht sich der Löwenanteil der Aufwendungen zunächst auf das Eisenbahnwesen. Von den im (längst überhaup) ersten Fünfjahresplan für den Transport vorgesehenen 6 Milliarden Rubel (ohne die Aufwendungen für den Betrieb) waren fast 4,7 Milliarden für die Eisenbahnen (den Neubau nicht gerechnet) vorgesehen, etwa 130 Mill. für Wasserwege, 140 Mill. für Handelshäfen am Meere, 350 Mill. für Straßen und Wege und 240 Mill. für Schiffbau. Es muß dabei freilich auch mit der Zurückgebliebenheit der Industrie, die die Stoffe zum Aufbau zu liefern hat, gerechnet werden. Die Sowjets sind daher bestrebt, ein schnelleres Vorwärtsschreiten, auch im Sinne einer Verbilligung, auf etwas spätere Jahre zu verschieben.

Durch Zusammenfassung des Güterverkehrs auf einzelnen technisch und betrieblich besonders eingerichteten Güterhauptlinien (Magistralen) soll mittels einer besonderen Tarifpolitik hohe Wirtschaftlichkeit erzielt werden. Als weitere Maßnahmen im Ausbau des Eisenbahnverkehrs ist die Vermehrung des Fahrparks, Einführung stärkerer Lokomotiven, Güterwagen und Fahrbahnen, selbsttätiger Güterzugsbremse, selbsttätiger Kupplung, selbsttätigen Streckenblocks, Elektrifizierung, Ausbau von Zuführungsbahnen usw., an betrieblichen Maßnahmen Beseitigung des sogenannten wilden Fahrens der Lokomotiven, sogenannte Marschroutisierung (Ferngüterzüge), Abkürzung des Stillstandes des Fahrmaterials u. a. vorgesehen. Im Wasserverkehr ist Verstärkung der Flotte und Ausbau aller Einrichtungen, im Straßenverkehr Anlage eines großen Straßennetzes, Verwendung von Automobilen und Schmalspurgleisen geplant. Auf allen Gebieten soll Personal- und Heizstoffersparnis, Mechanisierung und Rationalisierung Platz greifen.

Ein erster großer Versuch eines Plankombinates, in dem auch der Verkehr eine nicht geringe Rolle spielt, bildet das große UKK., Ural-Kusnezsk-Kombinat, das Teile der europäischen und asiatischen Sowjetunion in einem neuen, ungeheuren Wirtschaftskörper umfassen soll. Die dabei zu gewinnenden Erfahrungen sollen dann die Grundlage bilden für noch größere Kombinate. An Möglichkeiten ist die UdSSR ja vorderhand unerschöpflich.

Folgerungen aus der Andersartigkeit des Systems und Kritik

Im Zusammenhang mit den geschilderten Eigenschaften des Systems und aus seiner Voraussetzungslosigkeit ergeben sich für die Verkehrspolitik auch sonst neue Gesichtspunkte. Die Eisenbahn, der Wasserbinnenverkehr, das Automobil treten nicht mehr als sich befriedigende Wettbewerber auf, die sich in kapitalistischen Staaten vielfach auf Kosten der allgemeinen Volkswirtschaftsbelange, bekämpfen. Alles befindet sich in der Hand des Staates, dessen Planwirtschaft jedem Verkehrsmittel

ie ihm rein wirtschaftlich gebührende Rolle zuteilt. Freilich besteht dafür die Gefahr, daß mit dem Wettbewerb auch der Ansporn zum Fortschritt verschwindet.

Das Anwachsen der Güterlaufweite, das in einem kapitalistischen Staat vom richtigen Gesichtspunkt des Verkehrsunternehmers vielleicht als ein Vorteil begrüßt wird, wird in dem kommunistischen System als ein ungünstiges Zeichen volkswirtschaftlich schädigender Transporte angesehen und bekämpft. Während die Güterlaufweite der Eisenbahnen 1913 noch 490 km betragen hatte, ist nach dem Kriege gelegentlich der durch die Änderung aller Verhältnisse veranlaßten Umstellung des früheren westöstlichen Verkehrs in einen mehr nordsüdlichen eine Zunahme auf 485 km im Jahre 1927/28 eingetreten (in Deutschland gegenwärtig 171 km). Andererseits ist im Wasserverkehr eine wesentliche Verkürzung der Transportweite von 572 km im Jahre 1913 auf 576 im Jahre 1928 festzustellen, was auf ungenügende Ausnützung der Wasserwege und damit ebenfalls auf volkswirtschaftliche Schäden schließen läßt.

Auch die Tarifierung des Verkehrs soll der fortschreitenden Vergesellschaftung, der Entwicklung der Planwirtschaft zur Befriedigung der Bedürfnisse der gesamten Volkswirtschaft Rechnung tragen. Mit dem alten System der Tarifierung nach der Zahlungsfähigkeit oder Tragfähigkeit, das die Ansammlung von Geldmitteln innerhalb des Verkehrs zu dessen Rationalisierung und Wiederaufbau, die planmäßige Unterbringung und Verteilung der Industrieunternehmungen auf das ganze Land und die sozialistische Industrialisierung der Sowjetunion erschwerte und zur Erhöhung der Güterlaufweiten führte, soll damit im Grunde gebrochen werden. An ihre Stelle tritt die Tarifierung nach den Selbstkosten, die eine richtige geographische Unterbringung der Industrie innerhalb der Sowjetunion fördern soll. Die neue Tarifierung soll z. B. die ungünstige Erbauung von Textilfabriken fern von ihrer Rohstoffbasis erschweren, die Bedingungen der örtlichen Heizstoffausnützung begünstigen, unwirtschaftliche Ferntransporte, z. B. von Heizstoffen, ausmerzen und infolge ihrer Einfachheit an Personal einsparen. Sie soll auch die Eisenbahn- und Wasserstraßentarife im Sinne einer besseren Ausnützung des Wasserstraßenverkehrs, für den sich in der Sowjetunion große Möglichkeiten bieten, verknüpfen.

Die Einführung des durchgehenden Arbeitsjahres und die Abschaffung des Sonntags vergleichmäßigen den Verkehr und schließen namentlich im Personenverkehr (Ausflugsverkehr) regelmäßige Spitzenleistungen aus.

Quellen der Kapitalaufwendungen zur Durchführung der Verkehrspolitik im Fünfjahresplan sollen Mittel des Staatsbudgets, und zwar insbesondere Eigeneinnahmen des Transportwesens bilden auf dem Wege der Erniedrigung der Transportselbstkosten, der Einschränkung der nichtproduktiven Ausgaben und der bestmöglichen Ausnützung aller vorhandenen Verkehrsmittel, besonders des Wagenparkes, der völligen Ordnung aller Grundlagen des Verkehrs, der Durchführung der

ununterbrochenen Arbeitswoche (Abschaffung des Sonntags), der Erhöhung Güterzugsgewichte und weitester Rationalisierung. Zur Hebung der Leistungen Verkehrswesen soll unter allen Gruppen des Verkehrspersonals der sozialistische Wettbewerb (Sorewnowanje), die Einrichtung der Stoßbrigaden, der sogenannte Gegenfinanzplan, die sogenannte Edinonatschalie, der proletarische Bugsier u. d. dienen.

Freilich handelt es sich bei allen diesen bekannten, theoretisch blendenden Eigenschaften des kommunistischen Systems in der Sowjetunion vorderhand vielfach eher um wenig mehr als um Theorie. Von einem richtiggehenden Zusammenarbeiten der Sowjetstellen zur Aufstellung und namentlich zur Durchführung solcher Pläne ist man vorderhand noch recht weit entfernt. Bei der kurzen Zeit, der Häufung aller Schwierigkeiten und der auf allen Gebieten erst eingeleiteten Entwicklung kann man billigerweise auch noch nicht viel mehr erwarten. Daß die krasse Wirklichkeit in der Sowjetpresse nicht immer objektiv zum Ausdruck kommt, ist selbstverständlich. Politisch zu erklären. Bisher aufgestellte Maßzahlen und Kontrollziffern machen vielfach den Eindruck der Nichtnachprüfbarkeit, des erfahrungsmäßigen Greifens zunächst dazu bestimmt, als Peitsche zur Anfeuerung der Massen verwendet zu werden. Es muß eben abgewartet werden, inwieweit diese theoretisch blendenden Operationen danken sich im Laufe der Jahre praktisch verwirklichen lassen und was sich trotz gewaltsamer Versuche wegen Undurchführbarkeit auf die Dauer wird abschleifen müssen. Es muß sich erst erweisen, inwieweit Parteibelange, Bürokratismus, die absolute Unbeteiligtheit des einzelnen entspringende Interesselosigkeit die wirtschaftlichen Vorteile, die die Theorie verspricht, wieder aufwiegen. Einstweilen gibt das Nichtfunktionieren der Zusammenarbeit zu vielen Reibungen und gegenseitigen Vorwürfen innerhalb des Systems Anlaß. Überall lauert das Gespenst der Wreditelst (Schädlingsarbeit). Die Durchführung durch die äußeren Dienststellen scheint noch schwieriger zu sein als das Anschaffen und Aufstellen der Kontrollziffern von oben. An Druckmitteln zur Durchführung des Planes läßt es das System nicht fehlen.

Das Verkehrswesen gilt innerhalb des Fünfjahresplanes als der „enge Punkt“. Man hat offenbar anfangs über den eigentlichen, dem System nächstliegenden Mangel, der Industrialisierung und der Sozialisierung des Bauernstandes, die Bedeutung des Verkehrs und die Zurückgebliebenheit seiner Einrichtungen unterschätzt. Die Sowjets haben aber die Gefahr erkannt und tragen ihr in ihrer Verkehrspolitik auch verwaltungstechnisch Rechnung. Aus dem bisher einzigen Verkehrskommissariat ist seit Ende Januar dieses Jahres ein besonderes Commissariat für Wasserverkehr abgeschieden worden. Bei der beispiellosen Energie und Härte, mit der die in Stalin verkörperte Partei ihre Ziele verfolgt, kann an dem Erfolg der im Gang befindlichen Nachholung nicht gezweifelt werden.

KARL HAUSHOFER:

*Das asiatische Antlitz der Sowjets***Volks-Dichte-Bild Sibiriens.**

nach Baranskii

Gewaltsam erst — zwischen 1697 und 1703 durch den Gewaltmenschen Peter den Großen (nach der völkerrechtlichen Sanktion durch den Frieden von Nystad [10. 9. 1721], der Esthland, Livland, Ingermannland und Karelien den Schweden entriß), ist das großrussische Gesicht Europa zugedreht worden. Das war mehr als ein halbes Jahrhundert, nachdem die ersten Kosaken am Amur und am Pazifischen Ozean erschienen waren, und nur ein Jahr, ehe derselbe Peter 1722 bis 12. 9. 1723 in Derbent, Baku, Gilan, Masenderan und Astrabad über Persien das Tor zu Iran und Turan aufstieß. Es war eine Episode vom Standpunkt der Russen! Als Lenin ihr Gesicht wieder von Petersburg-Petrograd-Leningrad nach Moskau zurückdrehte, da hat er nicht nur, was ihm selbst im halbtatarischen Blute lag, sondern auch, was in unbewußtem Zugehörigkeitsgefühl die Masse der Russen immer gewünscht hatte. Denn für sie, ihre echten Autochthonen, ist nun einmal die skythosarmatische

Wanderstraße ihr eigener Weltteil: eine große Raumeinheit, in der sich die Halbnomaden immer mäandernd, wie ein Strom in unregelmäßigem Bett, hin und her geschoben haben, aber stets mit einem unbehaglichen Gefühl, wenn sie dabei aus den gewohnten Daseinsbedingungen hinausgerieten. Druck und Raumgewinn in diesen Wandergürtel hinein sind im Grunde immer als rassengemäß empfunden worden und volkstümlich gewesen; das Heraustreten gegen Westen zu dagegen fand völkerpsychologische Widerstände, von denen Suworow, Katharina II., Kutusow, Alexander I. mehr als eine Probe empfingen.

Freilich, jene andere „Bai Peters des Großen“ an der Spitze der russisch-sibirischen Küstenprovinz im japanischen Meer — ganz anders eisfrei, als der Finnische Golf —, ist erst 1852 von einem französischen, 1855 von einem britischen und erst 1859 von einem russischen Kriegsschiff aufgenommen worden: ein Beweis, wie selbst das Zarenreich zunächst nur riesige Raumreserven in Asien hamsterte, ohne zunächst auch nur daran zu denken, daß Raumbesitz über ein Sechstel der Erde auch eine Pflicht, nicht nur Rechte bedeutet. Wer also in das Horn russischer Propaganda vom berechtigten Landhunger des russischen Bauern tutet, was in Mitteleuropa so viele so lange getan haben, der mache sich zuerst einmal die ungeheure Raumschwendung der Russen auf unserem Planeten in der asiatischen Richtung klar!

Auch nachdem die Sowjetbünde als Erben und Nachfolger der Zaren im Westen einiges von dem innerhalb eines Jahrhunderts zusammengeraubten Raume haben fahren lassen müssen, umfassen sie noch — statt der 21 912 000 qkm mit 160 Mill. E. vor dem Kriege — 21,35 Mill. qkm mit 147 (1927) Mill. E., die schnell genug wieder auf 160 Mill. sein werden. Während der europäische Raumanteil schrumpfte, blieb der asiatische formal unverändert, gliederte sich aber Mongolei und Tannuwan an, und wirkt mächtig auflockernd in die ganze asiatische Selbstbestimmungsbewegung, wuchs also an „latenter Energie“. Aber der kleinräumige Mitteleuropäer vergißt leicht, daß schon Peters d. Gr. Reich nur mit etwas mehr als einem Fünftel (8:27) seines Raumes in Europa lag. Berücksichtigt man jedoch, daß dieser weit und ganz unvollkommen durchorganisierte Landraum von höchstens 12 Mill. Menschen bewohnt war, so wird man die dynamische Leistung bewundern müssen, die der zusammenfassende Wille Peters und seiner Nachfolger ihm in der asiatischen Richtung abzwang, namentlich gegen Persien zu. Und man wird es begreiflich finden, daß Rückschläge eintreten konnten wie durch den Vertrag von Albasin am Amur, die von der steppengewohnten Tatsing-Dynastie ausgingen, und die ungeheure Raumbewältigungsleistung innerhalb der achtzig Jahre des Vorgehens durch Sibirien bis zum Kap Deschnew, das Herübergreifen über den Pazifik bis an die Bucht von San Francisco doch anerkennen müssen. Entsprechend blieb aber auch der überwundene Raum, soweit er kontinentaler Eigenart war, in den Händen der Russen als Siegespreis zurück. Aber dieser Raum ist ganz ungleich durchblutet und nur zum Teil besiedelungs- und entwicklungsfähig. Rund 17 Mill. qkm in Asien hatten vor dem

Kriege die Menschenkraft von etwa 36 Mill. zur unmittelbaren Verfügung, bei einer ganz ungleich verteilten Siedlungsdichte von 2 auf den qkm, die für das ganze Gebiet nichts aussagt. Denn eine fast durchgehende Eissperre macht eine an sich günstige Küstengestalt im Norden, die einen Kreuzer mit mäßiger Geschwindigkeit in 9 Tagen vom Weißen zum Beringsmeer dampfen ließe, praktisch wertlos; eine einzige Verkehrsanlage dagegen, wie die Turk-Sib-Eisenbahn, vervielfältigt die bevölkerungspolitische Dynamik von Turan.

Dazu kommt erschwerend, daß die aufbau-technische, strukturelle (beabsichtigte und planmäßige) Undurchsichtigkeit der asiatischen Räume der Sowjets, durch ein isoliertes Wirtschaftssystem zusammengehalten, aber kulturpolitisch klug mit zahlreichen autonomen Lockstaaten durchsetzt, die Möglichkeit politischen und wehrtechnischen Bluffens in hohem Grade begünstigt. Die Entwicklung der ostchinesischen Eisenbahnstreitigkeiten mit China, die erfolgreiche Anwendung lächerlich geringer Kräfte zu geglückter Einschüchterung eines im Grunde wehrtechnisch weit überlegenen, asiatischen Gegners war vielleicht der augenfälligste Beweis für die Lebenskraft (Vitalität) dieses Aufbaues. Aber noch viele andere, wie der Zusammenbruch Enver Paschas als Emir von Turkestan sind leicht ergänzend zu erbringen. Das asiatische Steppenreich der „Pivot-power of history“ (Mackinder) nähert sich damit der Wirkung des Meeres, des andern großräumigen politisch-geographischen Erziehers der Menschheit: daß die Steppe, fast wie das Meer, ihre Herren befähigt, mit kleinsten Zahlen größte Wirkungen hervorzubringen.

Diese Wahrheit zieht sich durch die Raumbezwungungsgeschichte Sibiriens von Termak und den Stroganow hindurch bis zu Koltschak, Ungern-Sternberg in der Mongolei, Semjonow, aber auch Blücher und Borodin. Wesenhaft ist dabei, daß von kühnen Menschen spontan große Verantwortungen, vielfach gegen den ausgeprochenen Willen zentraler Stellen und ängstlicher Bürokratie, übernommen werden müssen, wie bei der Umrandung der Beringsee, den Griffen nach Amurland und Ili, nach dem obern Jenissei, bei der Gründung von Wladiwostok mit der Flaggenhissung durch Murawiew — zuerst verboten, durch Nikolaus I. nachträglich gebilligt. Vollkommen gegen dieses politisch-geographische und wehrtechnische Gesetz der Steppe verstieß die Führung Kuropatkins 1904 und 1905; sie führte dementprechend zum folgenschwersten Zusammenbruch, den Rußland auf asiatischem Boden überhaupt erlebte, von dem sich die Zarenherrschaft niemals erholte. Wenn wir über ihren „Tschin“ mit seiner Kopfstärke noch so nieder veranschlagen, wird er schmähtärker gewesen sein, als 1924 die Bolschewisten mit ihren damals etwa 50 000 Köpfen: auch hier große Wirkungen mit kleinsten Zahlen.

Es liegt geopolitischem Denken nahe, die asiatisch-russischen Erfolge in steppenartigen Gebieten, an den Steppenströmen aus natürlicher Wahlverwandtschaft zur besser gekannten, besser beherrschten Landschaft von vornherein als wahrscheinlicher anzunehmen, als in fremderen Landschaftstypen, wie dem gebirgigen und

niederschlagreicheren Transbaikalien, Amurland, im pazifischen Küstenbereich, Kettengebirgsrändern. Wir finden tatsächlich im Besiedlungserfolg, im Wirtschaftsaufbau, in der dynamischen Durchdringung, ja selbst in der Ausgestaltung der städtischen Siedlungen gesetzmäßig bestätigt, was wir empirisch und instinktiv glaubhaft fanden. Während die chinesische, burjätische Durchdringung im Osten Baikal sehr bedenkliche Formen annimmt, die von Arsenjew in seinen, zu anderen Zwecken entstandenen Darstellungen bestätigt werden, sehen wir umgekehrt gegen den steppenhaften chinesischen Wilden Westen wie gegen Mongolei, Bargagebüden Tannutuwa, Sinkiang die Sowjets beständig Boden gewinnen. An den Randkettungen von Iran werden sie wieder unsicher. Noch besteht, von dem Weitblick großer französischer Kraftwagenfirmen 1931 erkannt und ausgenützt, eine Möglichkeit steppenbeherrschender Verkehrsverbindung — (wenn auch bereits mit einigen sehr schwierigen Paßübergängen und Bergkettenüberschreitungen) — sowjetfrei vom Nahen Osten über den Mittleren zum Fernen Osten: von Damaskus über Teheran, Herat nach Kaschgar, Turfan und Peking zu gelangen. Aber es ist hohe Zeit für die Fahrt, denn der Durchgangstreifen ist schmal geworden! Es ist ein beängstigender Engpaß zwischen Mongolei und Tibet. Ein Spritzer einer Völkerwoge schon schüttelt ihn zu!

Während der Austritt der beiden Zweige der sibirischen Magistrale an den Pazifischen Ozean, des nord-amurisch-russischen und des ostchinesischen, Wladiwostok ein- und abgekapselt ist, wie nur je eine Wachstumspitze in der Geschichte abgedrosselt wurde, sind die festländischen Wachstumspitzen Russisch-Asiens, klug mit Lock- und Werbestaaten hinterlegt, in blühendem, gut ernährten Zustand und üben eine starke Fernwirkung in die nahöstlichen, mittelöstlichen und fernöstlichen Räume: von der erneuerten Angora-Türkei über Persien und Afghanistan bis zu indischen und chinesischen Glacis der Monsunländer. Eine solche Fernwirkung (wie sie gerade die Kolonialmächte behaupten) kann doch nur von sprießenden Wachstumspitzen in statu nascendi ausgehen: andere welkende oder stehengebliebene vermögen sie wohl nicht zu äußern!

Hier also bestätigt das Geschrei der Bedrohten vorhandene Wirkung.

Damit kommen wir zu jener unklaren Zone von Einwirkungen, Servituten, mehr oder weniger bestrittenen Rechten, welche als äußerste Epithelarschicht die peripherischen Organe großmächtiger Lebensformen umlagern. Wir finden sie in Asien ungleich vitaler, ungleich weiter in fremdes Leben hineingreifend, als an der europäischen Rückseite der Sowjetbünde. Gewiß werden eine Reihe von Störungen des staatlichen Lebens, selbst in England, in Mitteleuropa und in den Balkanstaaten gleichfalls auf internationale Fernwirkungen der Sowjetbünde zurückzuführen sein, aber sie treten nicht seit den letzten Jahren einer gewissen Verfestigung aller Lebensformen nach der großen Erschütterung mit solcher Deutlichkeit hervor, wie etwa der Rothemdenbewegung an der indischen Nordwestgrenze, in gewissen Teilersch

ungen in beiden Mächten des Iran, in Persien und Afghanistan, im westjavanischen und burmanischen Aufstand, in den Meutereien Indochinas, in dem jüngsten kecken Überfallversuch auf das Zentrum der amerikanischen Macht in Cavite auf den Philippinen, zumeist aber in den 18 kommunistischen Großzellen Chinas.

An den Stellen aber, wo Zarenrußland früher, unvorsichtig an warme Meere heranstoßend, der überlegenen Abwehrpolitik ozeanischer Mächte verfallen war, an den Meerengen, wie den nordostasiatischen Küstenmeeren, sehen wir die Sowjets nun viel vorsichtiger. Ein kluges Übereinkommen dieses Jahres mit Angora hat ihnen eine sichere Verriegelungsstellung an den Meerengen, besser vielleicht, als sie jemals früher war, zurückgegeben. An der mandschurischen Küste aber spielen sie sehr gewandt den japanischen Einfluß gegen den chinesischen aus; sie sind z. B. der bedenklichen Annäherungsbewegung Japans von 1931 an China (mit dem Anerbieten einer Garantie gegen alle Folgen des ostchinesischen Eisenbahnstreits gegen eine Legalisierung der japanischen eisenbahnpolitischen Stellung in der Mandschurei) mit sofortiger Wiedereröffnung der Verhandlungen zwischen Karachan und Mo Te Hui begegnet, so daß in der Fischereistreitigkeit Japan den Sowjets allein gegenübersteht, so wenig rühmlich für beide Reiche der Ausgangspunkt des Streites, ein reiner gegenseitiger Valutaschraubversuch ist.

Zwischen diesen beiden ozeanischen Flankenanlehnungen (von denen freilich die pazifische ungleich mehr gefährdet ist, als die pontische — trotz dem unsicheren Georgien und dem brennbaren Objekt Baku) baut sich, je mehr landeinwärts, desto stärker, bis zum Höhepunkt des Vorgeländes der Turk-Sib, eine zu jeder Art kulturwerbenden, machtpolitischen und wirtschaftlichen Vorgehens vorgerüstete Grenzzone auf, die — im Verhältnis zu den ja auch nur asiatisch gerüsteten, möglichen Gegnern — von einer ganz anderen Lebenskraft und Wucht durchpulst ist, als die europäischen Fronten der Sowjets, selbst die am meisten labile bessarabische. Sie paßt sich bis zu einem gewissen Grade, im Sinn von Ratzels Gesetzen des räumlichen Wachstums der Staaten, den Gegenspielern raumpolitisch an: im Nahen Osten wäre ein Werbekörper vom Umfang Turans oder der äußeren Mongolei absurd. Hier genügt ein Armenien! Vor beiden Staaten von Iran: Persien wie Afghanistan, wird die Richtigkeit der Behauptung eines Sowjetdiplomaten anerkannt werden müssen: es sei an sich ein Leichtes, beide in dauernden Umstürzen, im Brodeln zu halten. Aber in beiden fehle, was eine Arbeiterherrschaft erst möglich mache, der Zustand wenigstens der Frühindustrialisierung. Solange z. B. Afghanistan noch im Feudalzustand lebe, könne man nur durch übereilte Reformen im Stil des vertriebenen Amanullah möglichst schnell aus dem Feudalzustand heraus streben. Erst dann, meinte er, habe Moskau ein Interesse, sich einzuschalten. Bis dahin beobachte es nur und verstärke die eigene Werbegliederung.

Von Chinesisch-Turkestan weiß man, daß es auf tönernen Füßen steht, daß jede Verbindungsmöglichkeit vom altchinesischen Kulturgebiet durch die schmalen Pässe

der alten Seidenstraße aus Shensi und Kansu von der Mongolei aus abgequettet werden kann. Dann steht man freilich zunächst wahrscheinlich dem Steppenbrand eines Muhammedaneraufstandes gegenüber; und niemand weiß, wie weit dessen Feuer schlägt. Denn diesen Bewegungsmöglichkeiten des Islam gegenüber besteht sogar eine gewisse Gleichläufigkeit britischer und russischer Interessen, die beide ein freies Spiel des Islam hintanhaltend.

Wer aber — etwa in den hübschen Karten zu Eckart oder russischen Quellen wie I. Baranskij — die wohlgegliederten Eisenbahnsysteme Russisch-Asiens auf vergleichende Eisenbahnleistungen einschätzen wollte, der würde sich freilich täuschen. Nicht nur sind die russischen Bahnen an sich weit weniger leistungsfähig, als selbst die abgenutzten mitteleuropäischen Strecken gegen Ende des Weltkriegs waren, sondern sie sind zum Teil überhastet angelegt, leicht an wichtigen Stellen zerstörbar und schlecht erhalten. Auch hier schläft der Bluffgedanke dicht neben wirklicher Leistung und ist z. B. bei der vorzeitigen Eröffnung der Turk-Sib sicher erwacht und tätig gewesen. Auch nach einem Jahrzehnt unter schwerer Hand der GPU., unter Erziehern wie Lenin und Stalin, sind die Russen eben Russen als Eisenbahnpfleger, als Mißhandler von beweglichen und stehenden Maschinen geblieben. „Nitschewo“ und Eisenbahnhöchstleistung auf ungleichen Netzen sind nicht zu vereinen. Noch schlimmer steht es mit den Wassertransporten trotz aller Gunst des gewaltigen Flußnetzes. Wo immer man Forschungsreisen im einzelnen hier nachprüft, stößt man auf Heroenzeitalterzustände mehr odysseischer Romantik und warägischer Flußraubfahrt, als militärischer Wasserstraßenbenützung, wie man sie in Europa auffaßt. Aber man darf nicht außer acht lassen, daß ja auch der Gegner weiträumiger, großmaschiger in Verkehr und Wehr ist oder werden muß, wenn er wirklich in diese Räume eintritt. Kriegserfahrungen z. B. der Kolttschakzeit, aber auch der gewiß ordentlichen und ohne jeden Druck arbeitenden japanischen Sibirienexpedition liegen gegenüber gleichzeitigen westlichen von 1914—1919 um Jahrhunderte auseinander; Pferd und Zugtier spielen eine Rolle, die beide in hochentwickelter Kulturlandschaft längst verloren; die Intensität mancher Kriegsmittel verlor sich wesenlos in den riesigen Räumen; der einzelne kam wieder mit Eigenschaften zur Geltung, die unter der Flut intellektuellen Kriegsbuchgeschreibsels ganzlich in Vergessenheit geraten, aber notwendig sind, wenn man mit Asiaten, wozu auch die Russen gehören, in den Ring treten muß, auch wenn man durchaus nicht will. Denn das ist sicher: wird der Roten Armee etwa von einem größeren Interventionskreise ein Daseinskampf aufgezwungen, so wird sie ihn nicht da führen, wo alle wehrgeographischen Bedingungen für sie ungünstig sind, im Anlaufen gegen engere Räume und überlegene technische Mittel, wie weiter im Westen, sondern dort, wo die Kampf Räume ihr kongenial sind, wo sie erst vor einem Jahre gezeigt haben, was sie mit einem kühnen Bluffen auszurichten vermag — da, wo weite fremde Etappengebiete unter ihrer geschickten Propaganda, wie in China, unter den Füßen

der feindlichen Streitkräfte zusammenbrechen und wo sie viele Millionen unterdrückter Volksschichten in Flammen setzen kann.

Sie wird einfach dem asiatischen Kraftfeld der größtmöglichen Wirkung zureichen.

So sind denn auch, während in Rußland die Schicht, die Europa kennt, sehr schnell im Abnehmen ist, und das Erstaunen eines jeden mit offenen Augen sehenden Besuchers die Unkenntnis des Westens ist, die Kenntnisse des Ostens, Asiens, immer mehr verbreitet und vertieft worden; sie sind von ausgezeichnet informierten Instituten, der Sun Yat Sen Universität in Moskau und zahlreichen anderen Einrichtungen getragen.

Sollen wir also den Versuch einer Vorausschau (Prognose) machen, so liegt es nahe, anzunehmen, daß eine Lebensform in der Richtung weiterschreitet, in der sie das Gesicht trägt und ihre Organe ausbildet, in der sie Massen für sich in Bewegung setzen kann, wie sie in Europa überhaupt nicht zur Verfügung stehen, und nicht gemeinhaftende, gemeinwirtschaftliche, kollektive Leitzüge haben. Ein bloßer Vergleich der Wucht der panasiatischen Idee und der paneuropäischen als Krafterspann läßt zur Zeit jedenfalls die Blicke mitleidig von dem uneinigen zerfahrenen Paneuropa abwenden und beifällig auf einheitlich in Bewegung zu setzenden, wenn auch gewiß nicht dauernd in Form zu haltenden Massen von 450, 330, 61 Millionen ruhen.

Dabei liegen Angstzustände, wahre Schwindelgefühle nah, wenn man sich klar macht, mit welcher Handvoll Menschen diese Massen augenblicklich davon abgehalten werden sollen, den natürlichen Gelüsten nach Ausdehnung und Verbesserung ihrer Lage nachzugeben. Reichte doch die ganze indische Streitkraft 1919, im dritten Afghanenkreige, kaum hin, das Etappengebiet im Punjab zu behaupten und einen Truppenkörper von lächerlicher Geringfügigkeit am Khyberpaß schlagfähig zu erhalten, mit dem ein Vordringen in die Weiten Innerasiens tollkühner als der Alexanderzug gewesen wäre.

Gewiß steigt mit der bloßen Erwähnung des Alexanderzuges oder dem Gedanken an Djingis Khan und Baber die Erinnerung an ein heroisches Zeitalter empor, die der Intellektuelle, der etwa auf „Im Westen nichts Neues“ eingeschworen ist, mit überlegenem Lächeln zu begraben sucht. Aber man glaube doch nicht, daß diese Zeiten überwundener Raumweite in Asien, also auch in Moskau als Zeugen ihrer Überwindbarkeit vergessen sind. So gut, wie der — übrigens in Deutschland monotonisch gedruckte — Schulatlas der Mongolei von 1928 die großen Mongolenreiche unter sein Erziehungsinventar aufnimmt, beschäftigen sich auch die weiträumig denkenden Führer der Roten Armee durchaus mit Entwürfen von „unerhörter Kühnheit“, die europäische Abmessungen von heute weit hinter sich lassen, — und dennoch gerade so ausführbar sein könnten, wie jener fabelhaft kecke Schreckaufmarsch an der ostchinesischen Bahn, der China — trotz seinen rund zwei bis

drei Millionen „Soldaten“ auf den Beinen — zum sofortigen Abblasen des „Festzugs“ bewog.

Auch operativ also hat Rußland nach Asien zu ein ganz anderes Gesicht als auf seiner europäischen Rückseite, genau, wie diplomatisch, geographisch, wissenschaftlich, in jeder Richtung. Gewiß lag es tief im Wesen der indischen, wie der chinesischen hergebrachten Wirtschaftsordnung, daß Gilden und andere Körperschaften mit weiträumigem Aufbau und Gefüge seit alters her bereit waren, daß die Organisationsfähigkeit im kollektivistischen Sinne als Volkseigenschaft vorgefunden wurde. Aber die praktische Anwendung des nationalen Abwehrstreiks, des politischen Blockades durch diese unheimlich schnell in moderne Formen umgegossenen alten Formen haben doch die russischen Organisatoren in die asiatischen Kulturvölker gebracht und sie gelehrt, von dieser tödlich scharfen Waffe politischen Gebrauch zu machen. Es war Rußlands Beispiel und Lehre, die hinter den Kulissen die alten Machtmethode der Kolonialmächte in Asien gegenstandslos machte. Und wenn auch Gandhi gewiß nicht Wort haben will, daß er auf Lenins Spuren wandelt, sondern im Gegenteil auf uralte indische Methoden zurückzugehen glaubt: das Umbiegen nationaler Verdrängungen überall zum Kampf um Selbstbestimmung mit sozialistischen Hebeln, in allen Monsunländern, ist doch erst durch die Führerbeispiele in Süchina entfesselt worden. Rußland hat als asiatische Macht gewiß auch schweres Lehrgeld bezahlt, sich vor allem in den Chinesen getäuscht, wie es sich möglicherweise den Indern noch mehr täuscht.

Rußland vergaß, daß es in den chinesischen Bauern und in der chinesischen Intelligenz erst recht Urenkel eines uralten Kulturvolks mit allen Lasten und allen Listen viertausendjähriger Kultur- und Sozalexperimente vor sich hatte, die nicht wie die leidensfähigen russischen primitiven Bauern sich einfach als Objekt benützen ließen. Immer wieder hat der Doktrinarismus der III. Internationale die Erfolge der russisch-asiatischen Außenpolitik gefährdet, durch Funktionäre mit Scheuklappen das Werk der Sehenden im Osten zerstört: und so verfährt Moskau heute noch. Aber es lernt doch von einem zum anderen Male; und schließlich kann — (es muß nicht!) — eine Zeit kommen, wo es diese Fehler nicht mehr macht.

Dann wird es mit seiner asiatischen Ausgangsstellung einen großen Vorsprung vor allen anderen Mächten haben; das ist eine Gefahr, die man in den ozeanischen Mächten, mindestens in England und Japan, fühlt, ohne zu wissen, wie man ihr begegnen soll, weil sie eben aus kontinentalen Motiven entspringt und von kontinentalem Instinkt geleitet wird. Nur Paris wird — als wissender Gegner! — in Moskau wirklich gefürchtet. Aus dem nordischen Charakter, namentlich der asiatischen Räume Rußlands, in dem — mit der Schutzanlehnung an die nordische Anökumene — soviel Sicherheit liegt, schon als Raumpuffer, erwächst allerdings auch eine Schwierigkeit um die andere. Trotz aller wissenschaftlicher Erschließungsarbeit ist die Eissperre der großen sibirischen Ströme, des nördlichen Eismeers eine schwere Last. Die Er-

wicklung der Flugwaffe verringert den Entfernungsschutz, vergrößert die Gefahr für die einzelnen, so empfindlichen Schlagadern der Verkehrsstränge. So ist z. B. die Nachkriegsentwicklung längst über die Möglichkeit des mandschurischen Eisenbahnkrieges, wie er sich noch 1905 abspielen konnte, hinweggegangen. Die ganze Mandschurei ist aus einem russischen Schutzstreifen im wesentlichen zum Aufmarschgelände gegen die asiatische Stellung der Sowjets geworden. Der Vorteil, den die Russen aus der Mongolei, aus Tannutuwa, aus Turan ziehen, hat sich vom pazifischen wie vom pontischen Ufer gegen sie entwickelt und Mandschurei wie Nordpersien viel mehr als früher in Reichweite ozeanischer Kriegsmittel gebracht. Viel klarer als sie noch beim Kriegsende waren, sind ein Jahrzehnt später in Asien die wehrgeographischen Fronten geworden, im Gegensatz zur undurchsichtigen Zerkleinerung seither in Europa. Auch darin aber liegt Gesetzmäßiges: Fluch und Segen der größeren, weiteren Räume und ihre geopolitische Überlegenheit im langen Rennen über kleine, zertrennte und innerlich zerbrochene, verstümmelte, lebensunfähige Lebensformen.

JURIJ SEMJONOW:

Der „Kultur-Bolschewismus“ in seiner Heimat

„Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient“ — das ist ein allgemein bekannter, aber dennoch recht unzutreffender Gemeinpruch. Abgesehen von seinem sehr fraglichen Ethos ist er deswegen falsch, weil er dem Postulat der prädestinierten Harmonie eines politischen Regiments und eines nationalen Wesens entspringt. Wir kennen aber diese Harmonie nicht, und für die Soziologie unserer Zeit hat dieser Begriff nur historisches Interesse. Im Gegenteil: vielleicht hat gerade kein Volk die Regierung, die es „verdient“. Das künstlerische Schaffen, sagte Michel Angelo, besteht in dem Ringen des Künstlers mit seinem Material. Das trifft auch auf das politische Schaffen zu — nur mit dem Unterschied, daß die soziale Materie viel widerstandsfähiger ist als Marmor und Bronze. Unzweifelhaft ist nur das Vorhandensein vielfacher funktioneller Beziehungen zwischen dem Regiment und dem ethnischen und geistigen Wesen der Nation. Die gegenseitige Wechselwirkung ist da; nur ihre Gesetze sind uns leider nicht bekannt. Und wenn wir trotzdem etwas von den wesenhaften kulturellen Umwandlungen eines Landes erfahren wollen, so müssen wir sie eher beschreiben als auslegen, um zu erspüren, was dort „in Wirklichkeit“ vorgeht. Diese Methode bringt zwar keine sensationelle „Entdeckungen“, sie bewahrt aber vor falschen Prognosen.

*

*

*

Im Oktober 1928 wurde in der autonomen Sowjetrepublik Tschuwaschien der achtzigjährige Geburtstag I. J. Jakowlews gefeiert — des Gründers der ersten natio-

nen tschuwaschischen Schule und Kämpfers für die Aufklärung seines Volks. Dieser Festtag wurde durch eine feierliche Versammlung in Moskau begangen, in der der Volkskommissar Lunatscharsky und viele Vertreter der russischen Wissenschaft sprachen. Die Redner erzählten von der sechzigjährigen Tätigkeit dieses waren „Helden der Arbeit“. Ein merkwürdiges Zusammentreffen — die ersten Anfänge Jakowlews wurden vom Inspektor der Volksschulen des Gouvernements Simbirsk unterstützt, von I. Uljanow, dem Vater von Wladimir Uljanow-Lenin.

Dieser historische Exkurs führt uns sogleich zum Kern der Frage nach der Entwicklung der nationalen Kulturen in Sowjetrußland. Man konnte auch im alten Rußland an der Kulturentwicklung der kleinen Nationen arbeiten; aber zu breiter, wahrhaft nationaler, praktischer Arbeit konnten sich diese Versuche erst nach der Revolution entfalten. Jakowlew war unter dem Zarismus ein armer Lehrer, der in einer verlassenen Schule arbeitete, die sich der halbgeheimen Unterstützung einiger lokalen hohen Beamten erfreute. Heute — ist er ein Held, die Sowjetmacht ehrt ihn als besten Repräsentanten eines der Sowjetvölker, und am Abend seines Lebens sieht er so reiche Resultate seines Mühens, wie es nur wenigen vergönnt ist. Tschuwaschien ist autonome Republik. Tschuwaschen stehen an der Spitze ihrer autonomen Regierung — ganz davon zu schweigen, daß ihnen der Zugang zu jedem Arm der Union eröffnet ist. Die Anzahl der Schulen ist verdoppelt worden, es gibt tschuwaschische Volks- und Mittelschulen, Gesellschaften zur Aufklärung und zur Erforschung der tschuwaschischen Volksdichtung betätigen sich, in Kasan ist die Universität eine spezielle tschuwaschische Abteilung angegliedert, in den höheren Lehranstalten studierten 1929 mehr als tausend Studenten — vor dem Sturze der Monarchie gab es deren nur einige Dutzende. Tschuwaschische Zeitungen, Zeitschriften, wissenschaftliche Gesellschaften, nationale Museen, Bibliotheken, Theaters Filmgesellschaften sind entstanden. Hatte Jakowlew sich's träumen lassen, je etwas zu erleben?

Es ist kaum anzunehmen, daß der Greis Kommunist ist. Kann er indessen umhin, mit einem Regime zu sympathisieren, das seinem ganzen Leben Sinn verliehen, seine Müh und Arbeit vollendet, ihn zum Rang eines Helden erhoben und seinen Stammesgenossen in die Familie der Kulturvölker eingeführt hat?

Eine ähnliche Geschichte könnten wir von jedem Volke der Union erzählen. Überall liegen die Anfänge der Arbeit lange vor der Revolution, jedes Volk hat seine Helden, die allerdings selten so glücklich und so langlebig sind wie jene Methusalem aus Tschuwaschien. Nach der Revolution mit ihrer unbedingten Forderung des Unterrichtes in der Heimatsprache gewann das Problem der nationalen Sprachen ein ungeheueres Interesse, und es wurde in einem bisher unerhörtem Ausmaße zu seiner Lösung geschritten. Nur einige wenige Völker der Union verfügen über eine ganz fertige Schriftsprache mit ausgearbeiteter Grammatik und eigener Literatur. Sogar solche Nationalitäten, wie die weißrussische und die ukrainische

haben in dieser Hinsicht noch gewaltige Arbeit zu leisten, obgleich vieles schon von der ukrainischen und der weißrussischen Akademie geleistet worden ist (Zusammenstellung der Lexika, Kongresse zur Frage der Rechtschreibung usw.). In der besten Lage befinden sich die drei Hauptvölker des Kaukasus, die im Besitz einer großen literarischen Vergangenheit und ansehnlicher eigener Kräfte auf dem Gebiet von Wissenschaft und Literatur sind. Eine Menge der kleineren Völkerschaften jedoch besitzt nicht einmal ein eigenes Alphabet, keinerlei Schrifttum, von einer Literatur oder wissenschaftlichen Terminologie ganz zu schweigen.

So schreitet man zur Schaffung der nationalen Sprachen. Das Abchasische Alphabet ist von dem Akademiker Marr geschaffen worden, das Jakutische von Nowgobodow, das Alphabet für die nordkaukasischen Völker von Professor Jakowlew. Das „Institut für ethnische und nationale Kultur der Völker des Orients“ hat für folgende Sprachen Alphabete ausgearbeitet: für die mongolische, die kjürinische, die tjesginische, die mordwinische und für die Sprache der Komi. An zehn weiteren Sprachen wird ferner noch gearbeitet.

Im Zusammenhang mit der Schaffung eines Schrifttums für die nationalen Sprachen ist von besonderem Interesse die Einführung des lateinischen Alphabets für die türk-tatarischen Völker der SSSR. Die arabische Schrift erscheint infolge ihrer Schwierigkeit als ein Haupthindernis für die Verbreitung der Elementarbildung unter allen muselmanischen Völkern. Andererseits würde durch die Abschaffung der alten arabischen Schriftweise der muselmanischen Geistlichkeit ein tödlicher Schlag versetzt werden. Aus diesen beiden Gründen entschloß sich die Sowjetregierung das Werk bis zum Ende durchzuführen, dessen Ursprung mehr als ein halbes Jahrhundert zurück liegt — die eigentliche Initiative hierzu gehört dem aserbeidschanischen Schriftsteller Mirza Fet Ali Achundow, der im Jahre 1863 durch die russische Gesandtschaft in der Türkei dem Großwesir Fuad Pascha eine Denkschrift über die Umgestaltung des arabischen Schrifttums überreichte. Die Etappen der Reform in Rußland sind folgende: der „Allrussische Kongreß zur Aufklärung der türkischen Völker“ in Moskau im September 1917, der „Erste türkologische Kongreß“ in Baku 1926 und der Kongreß des „Allsowjetischen Komitees des neuen lateinischen Alphabets“ in Baku im Juni 1927. Nach der langen Vorbereitung und teilweisen Einführung in den einzelnen Republiken wurde das neue lateinische Alphabet durch das Dekret vom 7. August 1929 endgültig in der ganzen Union eingeführt. Nach der günstigen Erfahrung dieser Arbeit wurde auch die Latinisierung der mongolischen und finnischen Sprachen beschlossen.

Die Latinisierung des türkischen Schrifttums ist natürlich nur eine Episode in dem Kampfe gegen die Unbildung der Sowjetvölker. Die Hauptschwierigkeit besteht in der Lösung zweier Grundprobleme, nämlich der Liquidierung des Analphabetentums und der Verbreitung der Schulbildung. Man weiß, wie tief das durchschnittliche Niveau der Schulbildung im zaristischen Rußland war — noch nach

der Volkszählung von 1920 betrug die Zahl der Analphabeten ungefähr 68% der Gesamtbevölkerung. Abgesehen von der offiziellen Statistik deutet eine ganze Reihe von unbestreitbaren Anzeichen darauf hin, daß das Durchschnittsniveau der Bildung nach der Revolution sich zu heben begann. Doch auch jetzt ist es noch außerordentlich niedrig im ganzen Land, wie auch insbesondere bei den Völkern von nichtrussischer Nationalität. Bei vielen östlichen Völkerschaften drückt sich die Elementarbildung in 2 bis 3% aus, in einzelnen Bezirken der Turkmenischen und der Usbekischen Republik sinkt sie sogar unter ein halbes Prozent herab. Die praktische Durchführung des allgemeinen Schulzwanges ist von dem Fünfjahresplan von 1932/33 in Aussicht gestellt. Dieses Versprechen bezieht sich aber nur auf die Kinder, und somit bleibt die Aufgabe der elementaren Bildung der Erwachsenen offen. Das Problem ist von großer politischer Tragweite, da die Unbildung der Erwachsenen die „Nationalisierung“ der Regierungsapparate, die in allen autonomen Republiken und Gebieten in Angriff genommen worden ist, sehr erschwert. Ebenfalls die Liquidierung des Analphabetentums unter den Erwachsenen bezieht sich auf die Tätigkeit jener zentralen und lokalen „Komitees zur Liquidierung“, die die Union mit einem kolossalen Netz von „Lese-Bauernstuben“, „Liqu.-Punkte“, „Lese-Madenzelten“, „Lese-Katen“ u. a. m. überziehen.

Man hatte angenommen, daß man in der Ukraine zum zehnten Jahrestag der Oktoberrevolution mit dem Analphabetismus vollständig aufgeräumt haben würde. Diese Aufgabe erwies sich aber als undurchführbar „infolge Mangels an Mitteln und des alljährlichen riesigen Zustroms an Analphabeten aus den Kinderheimern“. Nach schätzungsweisen Angaben finden sich in der Ukraine ungefähr 5 Millionen Analphabeten im Alter von 15 bis 35 Jahren. Zur Zeit sind mehr als 11 000 Schulen für Erwachsene vorhanden. Etwa 500 000 Menschen genießen Unterricht. Außerdem werden noch über eine Million von den Gewerkschaften, der Gesellschaft „Nah der mit dem Analphabetismus“ und anderen Organisationen unterrichtet. Das Schulnetz für Halbanalphabeten wird von 1500 auf 2000 Lehranstalten erweitert.

In dem Bestreben die Frage des allgemeinen Schulzwanges so schnell wie möglich zu lösen, setzen einige Republiken schon einen früheren Zeitpunkt fest, als von der Zentralregierung verlangt wurde. So haben die Ukraine und Aserbeidschan den allgemeinen Schulzwang bereits proklamiert — in der offiziellen Sprache heißt es sogar „durchgeführt“, aber die Durchführung gehört vorläufig ins Gebiet der frommen Wünsche. Der Mangel an Mitteln bildet ein schwer überwindbares Hindernis für den Bau neuer Schulen, die Anschaffung von Lehrmitteln und dergleichen erfordert einzig in der RSFSR., ohne Moskau und Leningrad, eine Summe von 2,3 Milliarden Rubel. Die bei der Durchführung der „Pjatiletka“ entstandenen finanziellen Schwierigkeiten machen die Aufbringung der notwendigen Mittel sehr problematisch. Dessenungeachtet sind die schon erzielten Resultate gar nicht gering. An allen Ecken und Enden der Union werden tatsächlich ungeheure Anstrengungen gemacht.

Die Anzahl der bestehenden Schulen zu erhöhen. Ich möchte diese kurze Darstellung nicht mit offiziellen Zahlen zu sehr belasten, zu deren Prüfung hier zu wenig Raum vorhanden ist; sie stehen in den Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Union und in den Berichten des Volkskommissariats für Aufklärung reichlich zur Verfügung, und sie legen Zeugnis von den wirklichen, schweren Kämpfen auf der „Front der Aufklärung“ in den entlegenen Republiken ab, wo zur Zeit wenig von der endgültigen Liquidierung der Finsternis zu merken ist, wo aber dieses Ziel trotzdem keinen Augenblick aufgegeben wird.

Die Entwicklung der nationalen höheren Schule bietet in allen Sowjetrepubliken ein Bild außergewöhnlichen Wachstums. Die höheren Lehranstalten befriedigen noch nicht immer alle Anforderungen, die in Europa an Institute dieser Art gestellt werden, auch bleiben sie noch durchschnittlich unter dem Niveau der höheren Schule des alten Rußland. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, daß es im früheren Rußland kaum über ein Dutzend Universitäten gab, jetzt aber gibt es mehrere Dutzende: im Jahre 1914 wurden in Rußland im ganzen (also mit den westlichen, jetzt abgetretenen Gebieten) 97 höhere Lehranstalten gezählt, im Jahre 1926 gab es deren in der SSSR. 138. Die vorhandenen wissenschaftlichen Kräfte mußten über das ganze Land verteilt werden, und das war um so schwieriger, als eine beträchtliche Anzahl allererster wissenschaftlicher Arbeiter freiwillig oder gezwungen aus der SSSR. emigriert war. Unter diesen Bedingungen muß man die in den letzten Jahren erreichten Resultate als bemerkenswert ansehen. Überall werden Keimstätten der höheren Bildung geschaffen, jede größere Stadt hat ihre Universität oder irgendeine höhere Lehranstalt. In der Regel werden sie unter der Flagge des neuen nationalen Aufbaus gegründet. Ich brauche mich hier nicht bei der RSFSR. und bei der Ukraine aufzuhalten, bei denen die Sache der höheren Bildung sich in der günstigsten Lage befindet. Aber auch in einer beispielweise so armen und an kulturellen Kräften schwachen Republik wie Weißrußland, das vor der Revolution nicht eine einzige höhere Lehranstalt besaß, wird eine staatliche Universität in Minsk geschaffen, eine landwirtschaftliche Akademie, ein Tierärztliches Institut und eine Reihe pädagogischer und technischer Schulen. Für die Minsker Universität ist ein neues Gebäude errichtet worden, mit sehr guten, den modernsten Anforderungen entsprechenden Laboratorien und Instituten. Bei der landwirtschaftlichen Akademie in Gorky ist eine Spezialabteilung eröffnet worden — eine „Bauernuniversität“ — mit zweijährigem Lehrkursus, der den praktischen Bedürfnissen der lokalen Bauernschaft angepaßt ist.

Nur noch ein Beispiel. Wenn man die höheren Lehrkurse für Frauen in Tiflis nicht rechnet, so existierten vor der Revolution in Transkaukasien keine höheren Lehranstalten. Mit der Schaffung von Universitäten war hier schon vor der Sowjetisierung begonnen worden, doch erst in den letzten Jahren entfaltete sich eine wirkliche Blüte der höheren Bildung. Schon Mitte 1928 gab es in Aserbeidschan

6 höhere Lehranstalten, in Georgien 6 und in Armenien 2, mit 10335 Studierenden an den Universitäten, 145 in den pädagogischen Instituten, 4530 in den landwirtschaftlichen und technischen und 1446 in den kunstgewerblichen Hochschulen. In transkaukasischen Universitäten sind mit verhältnismäßig sehr guten Lehrkräften versehen, da die früher an verschiedenen russischen Universitäten verstreuten einheimischen Intellektuellen heute meistens in ihrer Heimat wirken.

Wir können hier nicht bei der Entwicklung der bildenden Künste, der Musik, der Literatur, des Kino, des Museal- und Bibliothekwesens bei den national-sowjetrepubliken verweilen. Es geht aber nicht an, ein so wichtiges Symptom der national-kulturellen Entwicklung unerwähnt zu lassen, wie die Tätigkeit der Presse. Die nationale Presse wächst mit verblüffender Schnelligkeit. Das ist keine zufällige Erscheinung und erklärt sich auch nicht nur durch die Maßnahmen der Regierung — im Jahre 1905, beim ersten Aufblitzen der politischen Revolution, schossen in verschiedenen Teilen Rußlands sogleich Presseorgane in den Sprachen der lokalen Völkerschaften auf. Seit dieser Zeit wurde die nationale Presse zwar nicht besonders seitens der Regierung begünstigt, sie wurde aber nicht direkt verboten (die Ukraine bildete eine Ausnahme), und einige Dutzende nationaler Zeitungen konnten mit Hangen und Würgen ihre trostlose Existenz fristen. Heute erscheinen in der SSSR. neben den 356 russischen noch 249 Zeitungen in nationalen Sprachen. Im Jahre 1911 erschienen in der Ukraine im ganzen 103 Zeitschriften, 1928 — 238 in Weißrußland 1911 8, 1928 — 33, in Transkaukasien 1911 47, 1928 — 90, in Turkestan vor dem Kriege 1, heute 24. Die neue Presse unterscheidet sich von der alten nicht nur durch die Zahl, sondern auch durch den Charakter der Organe, sie sind in hohem Grade auf einen Arbeiter- und Bauernleserkreis berechnet. Die moderne Sowjetzeitung gelangt ins Dorf, gelangt in die Vorstädte, in Arbeitersiedlungen. Für die Verbreitung der nationalen Kultur und für die Einbürgerung der Schriftsprache in die Volksmassen hat dieser Umstand eine gewaltige Bedeutung.

*

*

*

So sieht der „Kultur-Bolschewismus“ bei sich zu Hause aus. Die Revolutionarisierung aller Grundlagen der nationalen und sozialen Verhältnisse des riesigen Landes mußte natürlich eine Reihe sehr schwieriger Probleme hervorrufen, deren Lösung wahrscheinlich der fernerer Zukunft angehört. Wir können hier die wichtigsten dieser Probleme nur streifen. Ihnen allen ist nur eines gemeinsam, nämlich der Umstand, daß sie alle ein Ergebnis der Wechselwirkungen aus dem politischen Regiment und dem inneren Eigenwesen der Nationen sind. Die Entwicklung dieses Eigenwesens ist bei allen Nationen der Union durch die Nationalitätenpolitik der Zentralregierung in höchstem Maße potenziert. Somit entwickeln sich auch jene zentrifugalen Kräfte, die nur durch den überaus starken Druck der zentralisierten Diktatur im Zaum gehalten werden. Sie fügen sich aber nicht ohne Widerstand, und

uch dann oft nur scheinbar. Eine Diktatur ist überhaupt eine gute Schule der Mimikry — und die Sowjetdiktatur bildet keine Ausnahme von der Regel. So entsteht für den Staat die Notwendigkeit, aus Gründen der Selbsterhaltung ein Gegengewicht für den unbeschränkten nationalen Individualismus zu schaffen, der trotz allem internationalistischen Pietismus sich überall in der SSSR. kundtut. Die Begege dafür sind zahlreich, wir wollen uns hier nur auf das allerletzte autoritative Zeugnis beschränken. Das offizielle Organ der Kommunistischen Partei, die „Prawda“, nimmt in der Nummer vom 12. Januar d. J. gegen die nationalistischen Tendenzen in den Unionsrepubliken Stellung. Wenn man in dem Artikel auch von „großrussischem Nationalismus“ gesprochen wird, merkt man beim Lesen sofort, daß die Spitze eigentlich gegen jene „national-demokratischen“ Gruppen gerichtet ist, die, wie die Zeitung konstatiert, in Tschuwaschien, in Kasakstan, in der Krim, in Weißrußland usw. entstanden sind. Der Kampf gegen den lokalen Nationalismus wird seit Jahren geführt und immer wieder entstehen unter den verschiedensten Vorwänden und Deckmänteln — auch in der Kommunistischen Partei selber — neue nationalistische Gruppen.

„Es liegt in der Natur eines Bundes kleiner Staaten, daß seine Mitglieder eine herrschende Neigung zur Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Vergrößerung haben“, schrieb in seinem Tagebuch Freiherr vom Stein, und als ob er einen Einwand auf die zeitliche und räumliche Beschränktheit seines Beobachtungskreises vorausahnte, fügte er noch hinzu: „Die Natur des Menschen erklärt die Gründe dieser Erscheinung“... Daß „die Natur des Menschen“ in der SSSR. dieselbe geblieben ist wie in allen anderen Föderationen, dafür gibt die sowjetische Wirklichkeit allzu reichliche Beweise. Es genügt hier im Zusammenhang mit dem ersten auf das zweite Problem der sogenannten „großrussischen nationalen Minderheiten“ in den neuen Republiken hinzuweisen, die sich über einer Aufgabe, gleich der Quadratur des Kreises, den Kopf zerbrechen: wie man diese „Minderheiten“ richtig zu behandeln hat, wenn sie im ganzen Staat doch eine große Mehrzahl bilden? Man denke auch an den interessanten Streit zwischen den „Zentralisten“ und den „Föderalisten“ bei Anlaß der Frage nach der Rationalisierung der Verwaltung in den autonomen Republiken — und man wird verstehen, daß das große Problem des Zusammenlebens aller Völker der Union noch immer seiner endgültigen Lösung harret.

Mit den staatspolizeilichen Mitteln allein ist hier nicht viel zu machen — das verstehen die Leiter der Sowjetpolitik sehr wohl. Von der Notwendigkeit, die Einheit der Union mit allen Kräften zu wahren, redete schon Lenin beständig, heute, bei dem ewigen Schreckgespenst des Krieges, ist Wachsamkeit in dieser Hinsicht mehr denn je geboten. Hier kommt es auf die Bildung eines gemeinsamen Willens zur Einheit an — und als einziges brauchbares Mittel hierzu erscheint eine gewisse „Kollektivisierung“ der Völker, eine geistige Unifizierung der Nationen, durch die der nationale Individualismus ausgeglichen werden soll. Politisch wird die Gefahr,

die der nationale Föderalismus mit sich bringt, durch die starken Machtbefugnisse des Zentrums und durch die Diktatur der einheitlichen Kommunistischen Partei ausbalanciert; wirtschaftlich — durch die Durchführung der „Pjatiletka“, in der zwar auf die Industrialisierung der Randgebiete sehr großer Wert gelegt wurde, der aber die versprochene nationale Autarkie anscheinend in Vergessenheit gerät ist. Auch die neue landwirtschaftliche Kollektivisierung trägt dazu bei, die früheren blutigen Streite um den Bodenbesitz zwischen den Einheimischen und den Kolonisten in den Randgebieten aus der Welt zu schaffen. Endlich kulturell wird dasselbe Ziel der Einheit durch die einheitliche Erziehung aller Völker der Union „Sowjetgeiste“ erstrebt.

Diese Erziehung wird nicht nur im Sinne der Schulbildung verstanden — obwohl auch diese Seite des Problems keineswegs vernachlässigt wird. Die Volkskommissionariate für Aufklärung sind laut der Verfassung in allen Republiken der Union autonom. Trotzdem herrscht überall das gleiche System des Unterrichts und der gleichen „Schulgeist“ — ein viel einheitlicherer Schulgeist, als wir ihn z. B. in den verschiedenen Ländern Deutschlands finden. Eigene nationale „Staatsverlage“ arbeiten in allen Republiken, sie lassen aber ungefähr dieselben Lehrbücher und Werke erscheinen.

Die Kinder werden in der ganzen Union im Bewußtsein der Einheit erzogen. Unter den Erwachsenen aber wird jene großartige Kulturpropaganda getrieben, die mit dem Kampf gegen die alte Unbildung und für den neuen Lebensstil verbunden ist. Alle Mittel für das erstrebte Ziel ausnutzend, scheut sich die Sowjetregierung nicht, auch auf die geistige Freiheit der Völker einen Druck auszuüben. Eben aus den Motiven der einheitlichen Erziehung wird z. B. der Unterricht der hebräischen Sprache in den jüdischen Schulen oder des arabischen Schrifttums in den türkischen verboten. Dadurch werden die betreffenden Völker von den Quellen ihrer nationalen Kulturen abgeschnitten. Das stellt eine Gewaltmaßnahme dar, die nur durch entsprechende Kulturleistungen aufgewogen werden kann. So bleibt als schwerwiegendste Frage das gewaltige Problem einer neuen, raumbundenen nationalen Sowjetkultur. Die notwendige Grundlage hierzu ist durch die geistige Wahlverwandtschaft aller Nationen Eurasiens gegeben. Wird der Künstler erliegen oder das Material?

HANS LUDWIG:

Auswahl der wichtigsten einschlägigen Rußland-Literatur

Eine Einführung in die Verhältnisse, das Leben und die Entwicklung der Sowjetunion bieten:

Theodor Seibert: Das rote Rußland — Staat, Geist und Alltag der Bolschewiki. München 1931, Verlag Knorr & Hirth. m. b. H.

Hans von Eckardt: Rußland (Sammlung „Provinzen der Weltwirtschaft und Weltpolitik“) mit 16 Karten, 233 Abbildungen und Diagrammen. Leipzig 1930, Bibliographisches Institut A.G.

Maurice Dobb: Russian economic development since the revolution. London 1929, George Routledge & Sons, Ltd. (englisch).

Friedrich Pollock: Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917–1927, zweiter Band der Schriften des Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt a. M. Leipzig 1929, Verlag von C. L. Hirschfeld.

In diesem Zusammenhange ist hinzuweisen auf zwei zwar einseitig menschwistische, aber doch ernsthafte kritische Broschüren:

A. Jngow: Die Volkswirtschaft der Sowjetunion und ihre Probleme. Dresden 1928, Verlag Kaden & Co.

Karl Kautsky: Der Bolschewismus in der Sackgasse. Berlin 1930, J. H. W. Dietzsch. G. m. b. H.

Die Revision des Bolschewismus, herausgegeben von der Gruppe „Borjba“, Auslandsvertretung des revolutionären Flügels der Rechtsopposition in SSR., Leipzig 1931, Kommissionsverlag Gustav Engel.

Die Entwicklung der Außenpolitik berücksichtigt

Louis Fischer: „The sovjets in world affairs.“ A History of relations between the Soviet Union and the rest of the world. London, Jonathan Cape. — Vol. 1 u. 2.

Im Zusammenhang hiermit greift man gut nach

Paul Scheffer: 7 Jahre Sowjetunion. Leipzig 1930, Bibliographisches Institut A.G. Paul Scheffer stand in sehr engen Beziehungen zu dem verstorbenen deutschen Botschafter Grafen Brockdorf-Rantzau und legt im Schlußkapitel Rechenschaft über seine eigene politische Tätigkeit während des Moskauer Aufenthaltes ab.

Den Zusammenhang zwischen Außen- und Innenpolitik des Sowjetstaates und dem Willen der Bolschewisten veranschaulichen drei Werke von

Georg Cleinow: Der Große Jahrmarkt von Nishnij-Nowgorod. Erfurt 1925, Gebr. Richters Verlagsanstalt. — **Neusibirien** (Sib-krai). Eine Studie zum Aufmarsch der Sowjetmacht in Asien. Mit 12 Kartenskizzen und 47 Bildern. Berlin 1928, Reimar Hobbing. — **Roter Imperialismus.** Eine Studie über die Verkehrsprobleme der Sowjetunion mit 25 Kartenskizzen und 76 Abbildungen. Berlin 1931, Julius Springer.

Um die bisher erwähnten Werke gruppieren sich eine große Anzahl von I.) Einzeluntersuchungen wissenschaftlicher Art, II.) Reisebeschreibungen und III.) Memoirenwerke:

I.) **Erich Obst: Die geopolitischen Leitlinien des europäischen Rußland.** Zeitschrift für Geopolitik, 1924, Heft 1, Kurt Vowinkel Verlag, Bln.-Grunewald.

Otto Schiller: Die Kollektivbewegung in der Sowjetunion. Ein Beitrag zu den Gegenwartsfragen der russischen Landwirtschaft. Bd. 8 der Osteuropäischen Forschungen, im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas herausgegeben von Otto Hoetzsch. Berlin u. Königsberg i. Pr. 1931, Osteuropa-Verlag.

Dieser Autor ist mehrere Jahre im Dienste deutscher landwirtschaftlicher Konzessionen in der Sowjetunion gewesen und hat im Anschluß daran einzelne Studienreisen in den hauptsächlichlichen Getreideanbaugebieten durchgeführt.

Zwei Arbeiten beschäftigen sich ausschließlich mit dem Deutschtum in der UdSSR.:

Helmut Anger: Die Deutschen in Sibirien. Reise durch die deutschen Dörfer Westsibiriens. Berlin u. Königsberg i. Pr. 1930, Osteuropa-Verlag.

Manfred Langhans Ratzburg: Die Wolgadeutschen, ihr Staats- und Verwaltungsrecht in Vergangenheit und Gegenwart. Zugleich ein Beitrag zum bolschewistischen Nationalitätenrecht. Berlin u. Königsberg i. Pr. 1929, Osteuropa-Verlag.

II.) **Erich Obst: Russische Skizzen.** Berlin-Grünwald 1925, Kurt Vowinkel Verlag.

Arthur Feiler: Das Experiment des Bolschewismus. Frankfurt a. M. 1929, Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H., Abt. Buchverlag.

Otto Heller: Sibirien, ein anderes Amerika. Berlin 1930, Neuer Deutscher Verlag (stark kommunistischer Propaganda-einschlag).

Max Hodann: Sowjetunion, Gestern — Heute — Morgen, mit 70 Photographien. Berlin 1931, Universitas Deutsche Verlags-Aktiengesellschaft (unkritisch).

Herbert u. Elsbeth Weichmann: Alltag im Sowjetstaat, Macht und Mensch, Wollen und Wirklichkeit in Sowjet-Rußland. Berlin 1931, Brückenverlag.

H. R. Knickerbocker: Der rote Handel droht. Berlin 1931, Ernst Rowohlt Verlag.

III.) **J. Steinberg: Als ich Volkskommissar war.** Episoden aus der russischen Oktoberrevolution. München 1929, R. Piper & Co.

Reine Volkswirtschaft bringen die Untersuchungen von:

M. Bauermeister: Die russische kommunistische Theorie und ihre Auswir-

kung in den Planwirtschaftsversuchen der Sowjetunion. Jena 1930, Verlag Gustav Fischer.

Gerhard Dobbert: Der Zentralismus in der Finanzverfassung der UdSSR. Jena 1930, Verlag von Gustav Fischer.

Ernst Fuchs: Die russische Industriorganisation. Berlin 1931, Verlag von Julius Springer.

Paul Haensel: Die Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands. Tübingen 1930, Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Karl Mainz: Die Auswirkungen Außenhandelsmonopols der UdSSR. die deutsch-sowjetrussischen Wirtschaftsbeziehungen. Eine Untersuchung unter dem Gesichtspunkt handelspolitischer Gegenseitigkeit. Berlin 1930, Georg Stilke.

H. Lorenz: Handbuch des Außenhandels und Verkehrs mit der UdSSR., Seiten, RM. 24.—, Berlin-Grünwald, Kurt Vowinkel Verlag.

In die marxistische Geschichtswissenschaft in der Sowjetunion seit 1917 führt ein:

Fritz Epstein (Hamburg): Die marxistische Geschichtswissenschaft in der Sowjetunion seit 1927, Band VI, Heft 1, 1930, der Jahrbücher für Kultur und Geschichte der Slawen, Breslau, Priebatsch Buchhandlung.

Für den historisch Interessierten dürfte es nötig sein, nach dem Werke des offiziellen Historikers der Bolschewisten zu greifen:

M. Pokrowski: Geschichte Rußlands von seiner Entstehung bis zur neuesten Zeit. Übersetzt von Alexandra Ramm. Revidiert und herausgegeben von Wilhelm Hirsch. Leipzig 1929, C. L. Hirschfeld, Verlag.

Historisch und dogmatisch gleichsam interessant sind:

Gesammelte Werke Lenins, herausgegeben vom Verlag für Literatur und Politik Berlin-Wien. Es sind nach dem Vorbilde in russischer Sprache vom Lenin-Institut in Moskau herausgegebene Ausgabe bisher Bände erschienen. — In

J. Stalin: Probleme des Leninismus, Berlin 1926, Verlag für Literatur und Politik, mit einer zweiten Folge (1930)

und diejenigen Stellen aus Lenins Werken erläutert, die von den kommunistischen Parteitagen zu Dogmen der Staatspolitik erhoben worden sind.

Aus getrüberter Erinnerung heraus schreibt Trotzki im Exil stark subjektiv gefärbte Geschichte.

Leo Trotzki: Die wirkliche Lage in Rußland, Hellerau b. Dresden 1929, Avalun-Verlag.

Mein Leben. Versuch einer Autobiographie. Berlin 1930, S. Fischer Verlag.

Geschichte der russischen Revolution. Februarrevolution. Berlin 1931, S. Fischer Verlag.

Von international-rechtlichen Abhandlungen seien erwähnt

W. von Metzler: Die auswärtige Gewalt der Sowjetunion. Berlin 1930, Dr. Walther Rothschild.

Curt Menzel: Das deutsche Vorkriegsvermögen in Rußland und der deutsche Entschädigungsvorbehalt. Eine Übersicht zugleich über die Entschädigungsbemühungen der anderen Staaten. Berlin und Leipzig 1931, Walter de Gruyter & Co.

ERICH OBST UND HANS-JOACHIM RUST:

Literaturbericht aus Europa und Afrika

Hans von Eckardt: Rußland. Aus der Schriftenreihe „Provinzen der Weltwirtschaft und Weltpolitik“. XII und 568 S. mit 16 Karten und 233 Abb. und Diagrammen. Verlag Bibliographisches Institut AG., Leipzig 1930.

Wenn man die übrigen bislang erschienenen Bände dieser Schriftenreihe mit dem vorliegenden Werk vergleicht, wird sogleich offenbar, daß hier eine gänzlich andere Grundlage befolgt wurde. Es handelt sich bei einem Werk von Eckardt vielmehr um eine geistesphilosophisch unterbaute Darstellung der staatlichen und kulturellen Entwicklung Rußlands, denn um eine solche seiner Wirtschaft. Indem wir das feststellen, wollen wir keineswegs dieses Einschlagen ganz eigener Wege seitens des Verf.s abfällig kritisieren; im Gegenteil, wir glauben, daß man dem heutigen Rußland, seiner Wirtschaft und Politik überhaupt nicht gerecht werden kann, wenn man nicht die gegenwärtigen Zustände als Glied einer langen und spezifisch russischen Entwicklungsreihe herausarbeitet. Und diese Aufgabe hat Eckardt ausgezeichnet gelöst. Das einzige, was wir als Mangel empfinden, ist die dürftige Behandlung der geographischen Raumausstattung, die doch gerade bei Rußland auch für die Prägung des

russischen Menschen und des russischen Staates von erheblicher Wichtigkeit ist. In diesem Punkte unterscheidet sich die Arbeit von Eckardt wesentlich und grundsätzlich von den Untersuchungen etwa Klutschewskijs.

Paul Scheffer: Sieben Jahre Sowjetunion. 451 S. Verlag Bibliographisches Institut AG., Leipzig 1930.

Scheffer war vom November 1921 bis September 1929 als Berichterstatter des „Berliner Tageblatts“ in Rußland tätig und erlebte wie kaum ein anderer Westeuropäer an Ort und Stelle die unaufhörlichen Wandlungen des Sowjetstaates und der Sowjetpolitik. Scheffer hat viel gesehen und viel gehört und versteht es meisterlich, von alledem zu erzählen. Ob er über Kunst und Kollektiv, über Kirchenkampf, Trotzki-Krise und andere innerpolitische Probleme berichtet, ob er die Entwicklung der sowjetrussischen Wirtschaft schildert oder von der Moskauer Außenpolitik spricht, stets zieht er den Leser in seinen Bann durch die Fülle der mitgeteilten Tatsachen und die feingeistige Durchleuchtung der Zusammenhänge. Wer immer sich mit dem sowjetrussischen Problem ernsthaft auseinandersetzen will, wird das Scheffersche Buch unter keinen Umständen entbehren

können; es stellt ohne Frage einen der wertvollsten Beiträge zum Verständnis der bolschewistischen Welt dar. Sein Gesamturteil über den Riesenstaat, der nach dem Willen einer kleinen Minderheit zu immer neuen Experimenten getrieben wird, faßt Scheffer in folgenden Zeilen zusammen:

„Es ist zu wenig bekannt, es ist zu wenig begriffen, wie sehr die Sowjetunion in ihrem tatsächlichen Zustand zugeschnitten ist auf die Natur Stalins und sich im Laufe dieser Jahre so entwickelt hat, daß sie auf die Dauer nur manipulierbar ist unter der Voraussetzung, daß er die Achse des Ganzen bildet. Er hat Schule gemacht. Aber das Produkt hat eben den Fehler, daß es zu stalinmäßig ist, um ohne Stalin zu sein. Verschwindet Stalin, so werden eben seine Methoden der Negation, des Niederschreiens fremder Meinungen, die er durchsetzen konnte, in seinen Nachfolgern gegeneinander wirken. Da liegt die allergrößte Gefahr für das Bestehen der Sowjetmacht.“

Es ist wahrscheinlich, daß jener dünne Strang von Willen zerreißt, der Rußland heute allein speist, zerstört, wenn Stalin verschwindet. Daß dies übersteigerte Menschenwerk, Sowjetstaat genannt, seinen Halt mit seinem Sinngeber verliert. Wir müssen bedenken, daß es heute von einer Art Hypnose zusammengehalten wird, die in Stalins Person gipfelt und aus gewissen Worten, Bewertungen und Ängsten sich speist. Das Bewußtsein, bis zu dem erlösenden Moment, wo das Experiment „freie Bahn“ hat, jeder Gefahr nur durch Heraufbeschwörung einer größeren Begegnung zu können, stellt übermenschliche Anforderungen an die Nerven der Partei, ihrer Gewaltigen, an Stalin, sichtbar seit einiger Zeit, selbst. Es ist paradox, daß eine unmittelbare Gefahr für das Regime nur aus ihm selbst zu erwarten ist, dadurch, daß die treibende Kraft, diese seltsame Mischung aus hinterhältiger Schlaueit, Brutalität und äußerster Entschlossenheit, genannt Stalin, auf irgendeine Weise verschwindet. Diese Gefahr besteht jeden Augenblick.“

Ewsey Rabinowitsch: Die russisch-ukrainische Zuckerindustrie seit dem Weltkrieg (1914–1930). Osteuropäische Untersuchungen, N. F. Bd. 7. VIII und 188 S. Ost-Europa-Verlag, Berlin 1930.

Die vorliegende Untersuchung stellt sehr gründliche und wichtige Einzelstudien über eines der großen russischen Wirtschaftsprobleme dar. Durch die eigenartige Verknüpfung der Zuckerindustrie mit der gesamten Wirtschaft erlangt diese Arbeit gerade symptomatische Bedeutung. Unter Verwendung der vom Verf. im allgemeinen als verlässig angesprochenen amtlichen sowjetischen Statistik wird die Entwicklung der russischen Zuckerindustrie von der Vorkriegszeit über den Weltkrieg bis hin zur Monopolisierung 1917 und Nationalisierung 1918 verfolgt und bis zum Wirtschaftsjahr 1927/28 weitergeführt. Während 1918 die Produktion auf 30% der Vorkriegsgewinnung gesunken war, sind 1927/28 wieder 75% erreicht. Im Fünfjahresplan sieht eine gewaltige Steigerung vor, die bislang jedoch in Wirklichkeit nicht erreicht worden ist.

Fridtjof Nansen: Durch den Kaukasus zur Wolga. 184 S. mit 42 Abb. 4 Karten. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig 1930.

Nach Erledigung seiner armenischen Völkerbundsmission folgte Nansen einer Einladung des Präsidenten von Dagestan und reiste durch das Kaukasusgebiet und die Woblandschaft zurück. Das vorliegende Buch enthält einen schlichten Bericht über diese Reise. Die Schilderung folgt dem Reiseweg, dabei werden die Beobachtungen über heutige Zustände allenthalben ergänzt durch historische und allgemeine volkskundliche Erörterungen. Den freiheitsliebenden Volksstämmen des Kaukasus bringt Nansen eine starke und echte Sympathie entgegen. Die hohe Wertschätzung von der aus Nansen in allen Fällen urteilt, die Klarheit seines Blickes und scharfe Auffassung des Wesentlichen in Verbindung mit der packenden Art der Darstellung werden diesem letzten Werk des großen Forschers und Menschenfreundes zweifellos begeisterte Freunde gewinnen.

Alther Tuckermann: Länderkunde der Niederlande und Belgiens. 158 S. mit 38 Abb. Enzyklopädie der Erdkunde. Verlag Franz Deuticke, Leipzig und Wien 1931.

Nach dem vielfach üblichen länderkundlichen Schema werden die beiden Staatsgebiete jeweils in einem allgemeinen und speziellen Teil behandelt. Die allgemeine (analytische) Darstellung verdient sowohl in bezug auf die physisch-geographische als auf die anthropographische Behandlung der Probleme ungeschränkte Anerkennung. Die auf die allgemeine Übersicht folgende Schilderung der Landschaften bringt ebenfalls alle wünschenswerten Daten, ist jedoch in einem etwas trockenen Stil gehalten und wirkt infolgedessen nicht eben plastisch. Daß bei der Erörterung der wirtschaftlichen Fragen so sehr viel Zahlenmaterial mitgeteilt wird, übersteigt einigermassen. Die Ausstattung des Buches ist gut, wenn auch manche Karten in Folge einer primitiven Schwarz-Weiß-Manier im Entwurf sicherlich vorhandene Anschaulichkeit eingebüßt haben (z. B. Fig. 23, 84).

Adwig Bernhard: Der Staatsgedanke des Faschismus. 44 S. Verlag von Julius Springer, Berlin 1931.

Wir haben noch niemals auf so knappem Raum eine so tiefgründige und sachliche Auseinandersetzung mit dem Faschismus gefunden wie in dieser Schrift des Berliner Ordinariums für Staatswissenschaften. Man sollte die Schrift zu Tausenden von Exemplaren verbreiten, um den deutschen Staatsbürgern vorzumachen, welches die Grundlagen des heutigen italienischen Staatssystems sind und wie schlechthin unübertragbar diese italienische Staatsordnung der Gegenwart ist. Deutlich wird, daß das Faschismus nun und nimmermehr gemäß. Wir haben von einer Abschaffung des Faschismus nichts, gar nichts zu erhoffen. Aber wir dürfen andererseits auch nicht vor einer Reform unseres parlamentarischen Systems zurückschrecken, einer Reform, die vor allem darin bestehen muß, die Macht der Repräsentativversammlung zu vergrößern zugunsten einer irgendwie gearteten

Gewalt („parlamentarische Guillotine“ nach dem Vorbild der englischen Parlamentsgesetze).

I. Seyfullah: Italien im östlichen Mittelmeer. Eine politische Studie über die Bedeutung der anatolischen Küsteninseln. 7. Beiheft zur Zeitschrift für Geopolitik. 92 S. mit 13 Karten und Skizzen. Kurt Vowinkel-Verlag G. m. b. H., Berlin-Grünwald 1930. Preis RM. 4,—.

Es wird der geographische und wirtschaftliche Beweis erbracht, daß die Inseln der östlichen Ägäis zu Anatolien zu rechnen sind, während ihre Bevölkerung seit hellenischer Zeit griechisch blieb, die Inseln aber heute staatlich zu Griechenland und Italien gehören. In dieser unmittelbaren Bedrohung ihrer Küsten erblickt die Türkei eine nicht haltbare Situation. Besonders die stark befestigten Inseln des Dodekanes können militärische Stützpunkte der italienischen Expansionsbestrebungen und der faschistischen Ansprüche auf die Vorherrschaft im östlichen Mittelmeer werden. Welche Lösung empfiehlt der diplomatisch geschulte Verfasser? Er zieht eine Parallele zur Behandlung der Ålandsinseln, die vom Völkerbund trotz schwedischer Bevölkerung aus geographischen, wirtschaftlichen, strategischen und politischen Gründen Finnland zugesprochen wurden, und erwägt unter den „halben Mitteln“, „wie Neutralisierung, Mandat des Völkerbundes“ noch als annehmbarste Möglichkeit die staatliche Selbständigkeit der ägäischen Inseln.

T. Karayovoff: Les causes de la crise yougoslave. 40 S. Verlag der Société Anonyme Athenaeum, Budapest 1929.

Eine Polemik gegen den heutigen süd-slawischen Staat und die Hegemonie der Serben darin. Verf. fordert eine föderalistische Umgestaltung, die allein den Frieden auf dem Balkan zu wahren imstande sein würde.

Jacques Ancel: La Macédoine. Son évolution contemporaine. 352 S. mit 45 Figuren und Kärtchen im Text, 190 Karten und Photographien auf Tafeln und einer Karte von Mazedonien 1:700 000 als Anhang. Verlag Delagrave, Paris 1930.

Dem Volke der Mazedonier, dessen Lebensraum heute zwischen Bulgarien, Griechenland und Jugoslawien aufgeteilt ist, widmete der

Verf. diese nach Inhalt und Ausstattung gleich hervorragende Monographie. Vorzügliche Ausführungen über Geologie und Morphologie, Klimatologie und Hydrographie, Pflanzen- und Tierwelt des mazedonischen Raumes bilden die Grundlage der sehr eingehenden anthropogeographischen Analyse, an die sich eine Darstellung des bulgarischen, des griechischen und des jugoslawischen Mazedoniens und eine treffliche Monographie des das mazedonische Wirtschaftsleben beherrschenden Hafens von Saloniki anschließen.

Wir begrüßen diese vorbildlich gründliche Studie als einen Fundamentalbeitrag zum mazedonischen Problem und empfehlen dieses Buch aufs wärmste. Wir hoffen, daß der Verf. bei gründlicherer Beschäftigung mit dem um die „Zeitschrift für Geopolitik“ gescharten Kreis von Gelehrten und Politikern zu einer Revision seines Urteils auf S. 322 gelangen wird. Es entspricht in keiner Weise den Tatsachen, daß die Herausgeber der „Zeitschrift für Geopolitik“ croient pouvoir faire de leur science un instrument de redressement, une machine de guerre contre la nouvelle Europe et les traités de 1919–1920. Auch wir kämpfen vielmehr ehrlich für ein neues Europa, für eine politische Neuordnung der Welt schlechthin; nur sind wir allerdings der sehr begründeten Meinung, daß die Pariser Diktatfrieden von 1919/20 hierfür eine absolut ungeeignete Grundlage bilden. Ein neues Europa läßt sich nicht schaffen durch Zwangsverträge, die alle Merkmale einer vergangenen Geschichtsepoche an sich tragen und in vielen wesentlichen Punkten gröblichst gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstoßen.

H. A. Bernatzik: Europas vergessenes Land. 63 S. Text und 105 Abb. Verlag L. W. Seidel und Sohn, Wien 1931. Preis RM. 12,—.

In Wort und photographischem Bild warmherzig das eine, von künstlerischer Vollkommenheit das andere, tritt Albanien aus der gemeinlichen Vorstellungswelt von Abenteuerlichkeit und Romantik in das klare Licht der Wirklichkeit, in der es längst eine wich-

tige Rolle für die Balkanpolitik zugeteilt hielt. Dem Verf. lag daran, an albanesischen Eigenart des Landes festzuhalten, was unaufhaltbaren Eindringen der westlichen Einflüsse zum Opfer zu fallen droht. Dankbare, jedes Anspruchs der Wissenschaftlichkeit bare, aber aus großer Liebe zur Natur und zum Volkstum entsprungene Bemühen darf wohl als geglückt bezeichnet werden.

H. Edib: Turkey faces West. A survey of recent changes and their origin. 275 S. mit 7 Abb. Oxford University Press, Amen House, Warwick Square, London E. C. 4. 1930.

Die Arbeit beleuchtet die geopolitische Funktion der Türkei, Mittler zwischen asiatischen Einflüssen des Ostens und europäischen des Westens zu sein und untersucht die Frage, welche Bedeutung diese Einflüsse für die Entwicklung der Türkei haben und wie sie vom türkischen Volk verarbeitet wurden. Die Arbeit der Verf. in gipfelter in einer kritischen Würdigung des Reformwerkes Mustafa Kemals.

Hugo Adolf Bernatzik: Der dunkle Erdteil. Afrika, Landschaft und Volkstum. 45 S. Text und 256 ganzseitige Photographien und 12 Tafeln. Orbis Terrarum. Atlantis-Verlag, Berlin 1930.

Einen neuen Band der Reihe „Orbis Terrarum“ anzuzeigen, ist stets ein besonderes Vergnügen. Wissenschaft und Kunst reichlich auch im Band „Afrika“ wieder in einer artiger Weise die Hand. Stundenlang kann man diese geschickt ausgewählten Meistwerke photographieren betrachten, und immer wieder entdeckt man neue Wesenszüge, neue Schönheiten. Afrika wird vor dem Leser lebendig. Seine Landschafts- und Volkstypen präsentieren sich so nachhaltig ein, daß man meint, man habe einmal einige Monate in jenem Erdteil verbracht zu haben, der, mehr eigenartig schön, mit so seltsamen Reizen ausgestattet ist. Einer Empfehlung bedarf dieser köstliche Band im Grunde nicht, denn die Marke „Orbis Terrarum“ gewährleistet höchste Qualitätsleistung. Mögen recht viele Menschen mit beglückt werden!

Norden: Durch Abessinien und Erythräa. Reiseerlebnisse. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Dr. K. Soll. 200 S. mit 50 Tafelbildern und einer Karte. Verlag August Scherl, Berlin. Preis RM. 5,—. Die Reise ging nach einem Besuch der Hauptstadt Addis Abeba mit dem Schiff nach das Rote Meer und von Massaua mit der Karawane durch Erythräa und über Omgar zum Tana-See. Der Rückweg führte durch den Sudan nach Khartum. Die äußerst endige Darstellung der vielseitigen Beobachtungen und Erlebnisse des Verf.s enthält eine Menge politisch und geopolitisch interessanter Bemerkungen.

Narath: Die Union von Südafrika und ihre Bevölkerung. Geographische Schriften. Herausg. von Alfred Hettner, Band 6. 262 S. mit 2 Klappkarten. Verlag B. G. Teubner, Berlin 1930. Preis RM. 12,—. Die Arbeit ist eine Heidelberger geographische Dissertation. Sie baut auf: I. Übersicht (Die natürlichen Bedingungen — Die geographische Entwicklung — Staatsgebiet und Erfassung — Besiedlung, Rassen und Nationalitäten); II. Die natürlichen Landschaften (Östliches Küstengebiet — Östliches Küstenland — Östliches Binnenland — Westliches Küsten- und Binnenland). Nach dem allgemein gehaltenen, Geschichte, Staat und Bevölkerung behandelnden I. Teil (100 S.) erschließt sich die Gliederung des II. Teiles (160 S.)

unter dem Gesichtspunkt, daß die Unterschiede in der Dichte der gesamten Bevölkerung im allgemeinen den Unterschieden der nach Gebirgsbau, Klima und Pflanzendecke Einheiten bildenden südafrikanischen Landschaften entsprechen. Es werden also die Bevölkerungsverhältnisse — und Probleme aus den natürlichen Bedingungen, d. h. der Wohnbarkeit des Landes dargestellt und erklärt. Die beiden Karten zeigen die Verteilung der Rassen und die Bevölkerungsdichte in der Union.

S. A. Andree: Dem Pol entgegen. Auf Grund der während Andrees Polarexpedition 1897 geführten und 1930 auf Vito gefundenen Tagebücher S. A. Andrees, N. Strindbergs und K. Fraenkels. Herausg. von der Schwedischen Gesellschaft für Anthropologie und Geographie. 278 S. mit 122 Abb. und 5 Karten. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig 1930.

Ein Buch, das nicht nur die Jugend packt und erschüttert, sondern auch den geographisch interessierten Erwachsenen ein wahrhaftes Erlebnis bedeutet. Nicht umsonst faßt Dr. Eckener sein Urteil in den Worten zusammen: „Erschütterndes Dokument menschlicher Tatkraft und menschlichen Leidens... Ich las in einem Zuge bis zum tragischen Abschluß.“ — Die Schilderung fußt vor allem auf den bei den toten Forschern gefundenen Tagebuchaufzeichnungen, benutzt aber

. R. Knickerbocker

Der rote handel droht!

Der Fortschritt des Fünfjahresplans der Sowjets

15. Tausend · Kartonierte M. 4.80

Die Pressestimmen über das sensationelle Buch des amerikanischen Journalisten
„Morgen- und Abendblatt, Berlin: „Dieses Buch erscheint gerade im richtigen Augenblick. In der Fülle des Tatsachenmaterials machen die Frische und die Anschaulichkeit der Darstellung den Hauptvorzug des Buches aus.“
Deutsche Tageszeitung, Berlin: „Knickerbocker hat den einzig möglichen Stil gefunden, wie der gewaltigen Umwälzung beizukommen ist. Packend und erschütternd geschrieben.“

Ernst Rowohlt Verlag · Berlin W 50

auch die gesamten übrigen erreichbaren Quellen (Flaschenposten usw.). Auch die Auffindung der Leichen der drei Polarhelden wird ausführlich geschildert. Eine größere Zahl damals (1897) von ihnen aufgenommener Photographien schmückt heute dieses ungeheuerlich spannende Buch. Die Übersetzung darf als recht gut gelungen bezeichnet werden, die Ausstattung des Werkes ist hervorragend.

Julius Payer: Die Entdeckung des Kaiser-Franz-Joseph-Landes. Die österreichisch-ungarische Nordpolexpedition 1872 bis 1874. 158 S. mit mehreren Abb. und einer Karte. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig 1929.

Das Buch ist ein Auszug aus Payers großem Reisewerk über die genannte Expedition. Er beschränkt sich in der Hauptsache darauf, die von Payer selbst geschriebenen Erlebnisse der drei von ihm durchgeführten bzw. mitgemachten Expeditionen zu schildern. Nach der Teilnahme an der zweiten deutschen Nordpolexpedition (1869/70) brachte eine von

Payer geführte Vorexpedition (1871) Erlebnisse, die zu dem großen Unternehmen 1872/74 führten. Die lebhaften Schilderungen der vielen Erlebnisse und Abenteuer machen das Buch zu einer sehr lesenswerten Lektüre. Eingestreut sind gelegentlich interessante Bemerkungen und Ausführungen über geographische Verhältnisse, Tierwelt und Jagd, Polarzonenwelt, Nordlicht und anderes.

George H. Wilkins: Eismeerflug. 152 S. mit 24 Abb. und 1 Karte. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig 1930.

Eine Schilderung der persönlichen Erlebnisse des Forschers. Die umständlichen Vorbereitungen, der erste Versuch 1926, bei dem aber die Fahrten 1927 und die gescheiterte Überquerung des Polargebietes 1928 weiter erzählt. Wissenschaftliche Erörterungen werden bewußt vermieden; nur gelegentlich werden meteorologische Probleme gestreift, deren Klärung die Reise unternommen wurde und deren Besonderheiten den Reiseweg bestimmten.

Soeben erschienen:

HANS SIEMSEN

RUSSLAND

JA UND NEIN

Einband: E. R. WEISS

Kartonierte M. 5.80

Leinenband M. 7.50

Skeptisch gegen Hymnen und Flüche auf die Sowjetunion beobachtet hier ein neuer „Rußland-Wanderer“ und „Rußland-Sucher“ und berichtet sein menschliches Erlebnis. Besser als Theorien und Meinungen belehren ihn der Anblick der Straße, Mienen und Worte der Menschen in Gasthäusern, Gerichtssälen, Gefängnissen, Fürsorgeheimen, Fabriken usw. Er sieht ein großes Kampf- und Arbeitsfeld, auf dem nur der begeistert kämpfen kann, der bereit ist, für seinen Zukunftsglauben zu leiden. Alles regt ihn zu unmittelbarem Nachdenken an, der Anblick einer Gruppe verwahrloster Kinder so gut wie der eines riesigen Kraftwerkes. Er liebt statt zu urteilen, und seine liebevolle Beobachtung bereichert uns mehr als jede Theorie.

ERNST ROWOHLT VERLAG · BERLIN W 50

Diesem Hefte liegen Prospekte bei der Firma Artibus et literis, Gesellschaft für Geographie und Naturwissenschaften m. b. H., Berlin-Nowawes, und des Europa-Verlages, G. m. b. H., Leipzig S 3. Die in den Prospekten angezeigten Neuerscheinungen werden in unseren Literaturberichten noch eingehende Würdigung finden.

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O. 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Halle Alleestraße 18 / Professor Dr. Maull, Graz, Hilmteichstr. 23 / Verlag: Kurt Vowinkel Verlag G. m. b. H., F. Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spammersche Buchdruckerei in Leipzig / Alfa-Papier von E. A. Berlin SW 68